



4 2014

67. Jg., 8.–9. KW, 27. Februar 2014

ifo Schnelldienst

Symposium

Heinrich Traublinger, Ingo Luge, Gunther Friedl, Markus Glasl und Alexandra Zehe

- **Energiewende 2.0** – Was getan werden muss, um unsere Energieversorgung wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen!

Forschungsergebnisse

Nikolay Hristov, Oliver Hülsewig, Thomas Siemsen und Timo Wollmershäuser

- **Schiffbruch ohne Tiger**: Das OMT-Programm der EZB

Daten und Prognosen

Andreas Gontermann

- **Deutsche Elektroindustrie**: Moderate Wachstumserwartungen für 2014

Michael Kleemann, Gernot Nerb und Johanna Plenk

- **ifo Weltwirtschaftsklima** hellt sich auf

Wolfgang Nierhaus

- **Administrative Preise und indirekte Steuern**: Ihr Einfluss auf die aktuelle Inflation im Euroraum

Stefan Sauer und Christian Seiler

- **Konjunkturtest im Fokus**: Die Beurteilung der Lagerbestände im Handelsgewerbe

Annette Weichselberger

- **Deutsche Industrie**: Erhöhte Investitionsbereitschaft

Im Blickpunkt

Jana Lippelt

- **Kurz zum Klima**: REDD+ – Schlägt der Klimaschutz Wurzeln?

ifo Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Dr. Christa Hainz, Annette Marquardt, Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Symposium

Energiewende 2.0 – Was getan werden muss, um unsere Energieversorgung wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen!

3

Am 28. Januar 2014 veranstaltete das ifo Institut gemeinsam mit dem Bayerischen Handwerkstag ein Symposium unter dem Titel »Energiewende 2.0 – Was getan werden muss, um unsere Energieversorgung wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen!«. Die Veranstaltung unter der Moderation von Ursula Heller, Bayerischer Rundfunk, bot mehreren ausgewiesenen Experten aus Politik und Wissenschaft Gelegenheit, zu den Folgen der Energiewende in Deutschland Stellung zu nehmen. Nach der Begrüßung und den einführenden Worten von *Heinrich Traublinger*, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, veranschaulichte *Franz Josef Pschierer*, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, die besonderen Herausforderungen der Energiewende für den Freistaat Bayern und gab einen Ausblick auf die politischen Maßnahmen, die Bayern durchführen wird, um diese Herausforderungen zu meistern. *Hans-Werner Sinn*, Präsident des ifo Instituts, setzte sich in seinem Vortrag kritisch mit der Energiewende und den daraus entstehenden Problemen für Unternehmen und Verbraucher auseinander. Im Anschluss an diese Präsentation diskutierten, neben Sinn und Traublinger, *Bernhard Schwab*, Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, *Ingo Luge*, Vorsitzender der Geschäftsführung E.ON Deutschland, und *Gunther Friedl*, der Leiter des Ludwig-Fröhler-Instituts, München, die Frage, welche politischen Weichenstellungen notwendig sind, damit die Energiewende für Bürger, Unternehmen und Staat doch noch ein Erfolg werden könnte.

Forschungsergebnisse

Schiffbruch ohne Tiger: Das OMT-Programm der Europäischen Zentralbank

15

Nikolay Hristov, Oliver Hülsewig, Thomas Siemsen und Timo Wollmershäuser

Die Europäische Zentralbank (EZB) begründet ihr »Outright-Monetary-Transactions«-Programm (OMT-Programm) offiziell mit Störungen in der geldpolitischen Transmission, die sich darin zeigen, dass die Kreditzinsen für Unternehmen in den Krisenländern der Eurozone trotz der massiven Herabsetzung der Leitzinsen nahezu kaum gesunken sind. Ziel des OMT-Programms ist es, durch Käufe von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt die Renditen für öffentliche Schuldtitel zu reduzieren, um so die Kreditzinsen zu verringern. Dieser Beitrag legt nahe, dass das OMT-Programm ungeeignet ist, das angekündigte Ziel, d.h. die Wiederherstellung der geldpolitischen Transmission, zu erreichen.

Daten und Prognosen

Deutsche Elektroindustrie – moderate Wachstumserwartungen für 2014

17

Andreas Gontermann

Eine Analyse von *Andreas Gontermann*, ZVEI, Frankfurt am Main, zeigt, dass ein Mangel an Aufträgen 2013 das größte Produktionshemmnis für die deutsche Elektroindustrie war. Die globale Wirtschaftsleistung sowie auch die Investitionstätigkeit in den Industrieländern haben sich im vergangenen Jahr schwächer entwickelt als im Jahr davor. Der Welthandel ist laut IWF 2013 um weniger als 3% gewachsen. Im inländischen Geschäft haben vor allem Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem politischen Management der Energiewende belastet. 2014 sollte die deutsche Elektroindustrie aber wieder moderat zulegen.

ifo Weltwirtschaftsklima hellt sich auf

Ergebnisse des 123. World Economic Survey (WES) für das erste Quartal 2014

22

Michael Kleemann, Gernot Nerb und Johanna Plenk

Der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist weiter gestiegen. Die Einschätzung zur aktuellen Lage fällt positiver aus als vor drei Monaten. Der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate bleibt freundlich. Die Weltkonjunktur dürfte in den nächsten Monaten Fahrt aufnehmen.

Der Einfluss von administrierten Preisen und indirekten Steuern auf die aktuelle Inflation im Euroraum

36

Wolfgang Nierhaus

Das statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht regelmäßig Indizes für die Entwicklung administrierter Preise im Euro-Währungsgebiet. Sie umfassen Produkte, deren Preise staatlicher Einflussnahme unterliegen. Es zeigt sich, dass im vergangenen Jahr die Preisdynamik bei Gütern mit administrierten Preisen deutlich nachgelassen hat. In der zweiten Jahreshälfte 2013 trug dieses Gütersegment knapp ein Fünftel zur Inflation im Euroraum bei, was deutlich weniger ist als im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012.

Konjunkturtest im Fokus: Die Beurteilung der Lagerbestände im Handelsgewerbe

41

Stefan Sauer und Christian Seiler

Zur Erhebung der Lagerentwicklung bittet das ifo Institut im Rahmen des ifo Konjunkturtests die Umfrageteilnehmer aus dem Handelsbereich jeden Monat darum, ihre Lagerbestände als »zu klein«, »befriedigend (saisonüblich)« oder »zu groß« einzustufen. Der vorliegende Artikel beschreibt die unterschiedlichen Bewertungsmuster in den einzelnen Handelssparten und analysiert den Zusammenhang der Lagerentwicklung mit dem aktuellen Geschäftsverlauf und anderen Variablen aus dem ifo Konjunkturtest. Insgesamt deuten die aktuellen Ergebnisse darauf hin, dass überhöhte Warenlager im ifo Konjunkturtest ein Indikator für zu schwache Nachfrage sind. Die Firmen sind gezwungen, korrigierende Maßnahmen zu ergreifen.

Deutsche Industrie: Erhöhte Investitionsbereitschaft

45

Annette Weichselberger

Nach den aktuellen Ergebnissen des ifo Investitionstests wollen die Unternehmen des deutschen Verarbeitenden Gewerbes 2014 ihre Investitionen um rund 9% erhöhen. Für das Jahr 2013 ergaben die Meldungen der Testteilnehmer einen Anstieg von 3%. Erweiterungsinvestitionen und Investitionen in Ersatzbeschaffungen halten sich 2013 und 2014 in etwa die Waage. In diesem Jahr sind je rund 30% der Sachanlageinvestitionen den beiden Investitionsmotiven zuzuordnen. Rationalisierungsmaßnahmen spielen im Vergleich zu den 1990er Jahren nur noch eine untergeordnete Rolle.

Im Blickpunkt

Kurz zum Klima: REDD+ – Schlägt der Klimaschutz Wurzeln?

50

Jana Lippelt

Die Abholzung der weltweiten Wälder ist nach der Verbrennung fossiler Brennstoffe die zweitgrößte anthropogene CO₂-Quelle. Maßnahmen der UN, die unter dem Namen »REDD« zusammengefasst werden, sollen der Abholzung entgegenwirken. Der Beitrag beschreibt die Funktionsweise von REDD und gibt eine kurze Einschätzung.

Energiewende 2.0 – Was getan werden muss, um unsere Energieversorgung wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen!

3

Symposium »Energiewende 2.0 – Was getan werden muss, um unsere Energieversorgung wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen!«

Symposium am 28. Januar 2014, 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr.

Begrüßung und Einführung

Heinrich Traublinger, MdL a.D.

Präsident des Bayerischen Handwerkstages

»Politischer Ausblick«

Franz Josef Pschierer, MdL

Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

»Herausforderung Energiewende«

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn

Präsident des ifo Instituts

Diskussion

Dr. Bernhard Schwab

Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Heinrich Traublinger, MdL a.D.

Präsident des Bayerischen Handwerkstages

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn

Präsident des ifo Instituts

Dr. Ingo Luge

Vorsitzender der Geschäftsführung E.ON Deutschland

Prof. Dr. Gunther Friedl

Leiter des Ludwig-Fröhler-Instituts, München

Moderation

Ursula Heller

Bayerischer Rundfunk



Diskussionsrunde: Prof. Dr. Gunther Friedl, Dr. Bernhard Schwab, Heinrich Traublinger, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Dr. Ingo Luge, Ursula Heller

Am 28. Januar 2014 veranstaltete das ifo Institut gemeinsam mit dem Bayerischen Handwerkstag ein Symposium unter dem Titel »Energiewende 2.0 – Was getan werden muss, um unsere Energieversorgung wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen!«. Die Veranstaltung unter der Moderation von Ursula Heller, Bayerischer Rundfunk, bot mehreren ausgewiesenen Experten aus Politik und Wissenschaft Gelegenheit, zu den Folgen der Energiewende in Deutschland Stellung zu nehmen. Nach der Begrüßung und den einführenden Worten von Heinrich Traublinger, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, veranschaulichte Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, die besonderen Herausforderungen der Energiewende für den Freistaat Bayern und gab einen Ausblick auf die politischen Maßnahmen, die Bayern durchführen wird, um diese Herausforderungen zu meistern. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, setzte sich in seinem Vortrag kritisch mit der Energiewende und den daraus entstehenden Problemen für Unternehmen und Verbraucher auseinander. Im Anschluss an diese Präsentation diskutierten, neben Sinn und Traublinger, Bernhard Schwab, Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ingo Luge, Vorsitzender der Geschäftsführung E.ON Deutschland, und Gunther Friedl, der Leiter des Ludwig-Fröhler-Instituts, München, die Frage, welche politische Weichenstellungen notwendig sind, damit die Energiewende für Bürger, Unternehmen und Staat doch noch ein Erfolg werden könnte.

Im Folgenden werden einige der Beiträge, die im Rahmen des Symposiums präsentiert wurden, veröffentlicht.

Energiewende 2.0 – Was getan werden muss, um unsere Energieversorgung wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen!

4



Heinrich Traublinger,
MdL a. D.*



Bedeutung der Energieversorgung für die Wirtschaft

Eine moderne Industriegesellschaft ist ohne eine ausreichende und sichere Energieversorgung nicht denkbar. Der industrielle Aufschwung Bayerns in der Nachkriegszeit wurde entscheidend durch grundlegende energiepolitische Weichenstellungen, wie den Bau der Erdöl-Pipelines vom Mittelmeer nach Bayern, ermöglicht. Später trug vor allem auch die Kernkraft zur Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung im Freistaat bei. Die sichere und kostengünstige Energieversorgung war unter anderem die Basis für einen hohen Fertigungsanteil der bayerischen Wirtschaft, der auch zu deren grenzüberschreitenden Erfolgen beiträgt. Weichenstellungen in der Energiepolitik haben großen Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaft. Der Standortfaktor Energieversorgung darf daher nicht vernachlässigt werden.

Bedeutung der Energiepolitik für das Handwerk

Auch in vielen Handwerksbranchen stellt Energie einen erheblichen Kostenfaktor dar. In mehreren Gewerken liegt der Anteil der Energie an den Gesamtbetriebskosten deutlich über 5%, zum Teil sogar über 10%. Deshalb darf der Einfluss der Energiekosten auf die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks nicht unterschätzt werden. Benachteiligungen der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Verteilung der Kosten der Energiewende können daher schwerwiegende Auswirkungen auf das Handwerk haben. Das Handwerk ist aber nicht nur Verbraucher von Energie, es bietet in energierelevanten Sektoren auch wichtige Produkte und Dienstleistungen an. Die Gestaltung der Energiepolitik hat damit ganz unmittelbare Auswirkungen auf Betriebe und Gewerke. Mit ihrem umfangreichen Wissen und ihren Fertigkeiten sind Handwerker unverzichtbare Ratgeber für den Kunden. Handwerksbetriebe sind Problemlöser bei Gebäudesanierung, erneuerbaren Energien, aber auch effizienten konventionellen

Energiekonzepten. Energiepolitische Entscheidungen stellen daher die Weichen für die Zukunft des Handwerks und haben konkrete Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des Mittelstands sowie auf Wachstum und Arbeitsplätze.

Energiepolitik und Umwelt

Jede Form der Energiegewinnung hat Auswirkungen auf unsere Umwelt. Bereits in der Antike führte der hohe Brennholzbedarf zu einer Abholzung von Wäldern und damit in einigen Regionen zur Verkarstung der Landschaft. Spätestens seit Ende der 1980er-Jahre drangen die Risiken des Verbrauchs fossiler Energieträger verstärkt in das öffentliche Bewusstsein. Die Bekämpfung des globalen Klimawandels ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Es steht daher außer Frage, dass der weltweite Ausstoß von Klimagasen eingedämmt werden muss. Bereits 1990 erstellte die Bundesregierung ein CO₂-Minderungsprogramm und definierte erstmals CO₂-Minderungsziele. Die Bestrebungen haben auch Erfolg. So ist der CO₂-Ausstoß in Deutschland 2010 gegenüber 1990 – allerdings nicht zuletzt wegen des Zusammenbruchs der DDR-Industrie – um rund 25% zurückgegangen. Der CO₂-Ausstoß weltweit steigt dagegen alljährlich an. Beispielsweise emittierte China 2011 ca. 770 Mill. t mehr CO₂ als 2010. Der gesamte CO₂-Ausstoß Deutschlands zum Vergleich betrug 2011 rund 800 Mill. t. Dies untermauert, dass Klimaschutz nur international sinnvoll in Angriff genommen werden kann. Die Risiken der Kernenergie wurden der Welt durch das Reaktorunglück von Fukushima deutlich vor Augen geführt. Und auch für die Problematik der langfristigen Lagerung der Abfälle fehlt eine endgültige Lösung. Allerdings hat die Nutzung erneuerbarer Energien ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf unsere Umwelt. Hervorzuheben ist insbesondere der hohe Flächenverbrauch durch Windkraft- oder Photovoltaikanlagen. Bereits im Jahr 2008 hat der Bayerische Handwerkstag in einem Symposium gemeinsam mit dem ifo Institut auf die Probleme im Zusammenhang mit Biokraftstoffen hingewiesen. Es wurde deut-

* Präsident des Bayerischen Handwerkstages.

lich, dass diese die Erwartungen zum Umwelt- bzw. Klimaschutz nicht erfüllen können und weltweit ernsthafte Probleme wegen der Nahrungsmittelkonkurrenz verursachen. Inzwischen – fünf Jahre später – wird diese Diskussion unter anderem auf europäischer Ebene offen geführt. Hier muss der Grundsatz gelten: »Teller vor Tank!«

Energiepolitik in Deutschland

Die Vision einer nachhaltigen Energieversorgung, die im Wesentlichen gespeist wird von Sonne und Wind, hat zweifellos Charme. Die Energiepolitik in Deutschland hat schon sehr früh die Weichen für den Ausbau der regenerativen Energien gestellt. Zur Jahrtausendwende wurde mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ein starkes Förderinstrumentarium geschaffen, das zu einem Boom beim Ausbau der erneuerbaren Energien geführt hat. Auch der Ausstieg aus der Kernenergie wurde bereits vor Fukushima beschlossen. Allerdings wurde der Zeitraum der weiteren Nutzung der Kernenergie mit der Energiewende in Deutschland deutlich verkürzt. Der Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft soll nun bis zum Jahr 2022 erfolgen. Dennoch wird an ambitionierten Klimaschutzzielen festgehalten. Ziel ist, den Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 bis 2020 um 40%, bis 2030 um 55% und schließlich bis 2050 um mindestens 80% zu senken. Bis 2020 sollen erneuerbare Energien mindestens 35% und bis 2040 mindestens 60% der Stromerzeugung abdecken.

Bewertung und aktuelle Entwicklung

Die Energiepolitik eines Industriestaates muss sich daran messen lassen, ob sie geeignet ist, dem »Zielviereck Nachhaltigkeit – Versorgungssicherheit – Wettbewerbsfähigkeit – Soziale Verträglichkeit« gerecht zu werden. Keines dieser Ziele darf vernachlässigt werden. Aus Sicht des Handwerks bestehen erhebliche Bedenken, dass die unter dem Begriff »Energiewende« zusammengefassten Maßnahmen Deutschland auf dem Weg in eine Energiezukunft, die sich an diesem Zielviereck orientiert, voranbringt. Denn ökonomische Gesetzmäßigkeiten werden weitgehend ausgeblendet. Diese Bedenken wurden bereits in einem weiteren gemeinsamen Symposium des Bayerischen Handwerkstages und ifo im Jahr 2012 geäußert. Einer der Kernpunkte der Kritik ist, dass sich allein durch die Förderung der erneuerbaren Energien die Ziele nicht erreichen und der Klimaschutz nicht verwirklichen lassen. Darüber hinaus werden durch das EEG falsche Anreize gesetzt. Die Förderpolitik ist nicht effizient. Das EEG setzt zudem zu wenige Anreize für den technischen Fortschritt, ist nicht abgestimmt mit dem CO₂-Zertifikatehandel und berücksichtigt nicht die Effekte auf der Angebotsseite. Diese Aspekte lassen erwarten, dass einerseits der Klimaschutz nicht wirksam verfolgt wird, weil über den Zertifika-

tehandel die Emissionen lediglich verlagert werden. Ferner droht eine Dauersubventionierung von teuren Technologien. Die Entwicklung der letzten Jahre scheint diese Erwartungen zu bestätigen.

Der Vorstandsvorsitzende eines großen Energieversorgers brachte es im vergangenen Jahr auf den Punkt: »Nach zwei Jahren Energiewende ist die Energieversorgung in Deutschland schmutziger, unsicherer und zudem teurer als je zuvor.« Für die Handwerksbetriebe besonders spürbar ist dabei die Kostenlast. Zum Jahreswechsel 2013/2014 wurde die EEG-Umlage von knapp 5,3 Cent auf 6,24 Cent pro Kilowattstunde Strom erhöht. Damit steigt nach unseren Schätzungen die Gesamtbelastung für die 200 000 bayerischen Handwerksbetriebe auf rund 260 Mill. Euro im Jahr. Das ist fast ein Zehntel der Summe, die unsere Betriebe zuletzt für Investitionen ausgegeben haben. Damit sind wir in einem Bereich, der die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Unternehmen beeinträchtigt. Es bestätigen sich die Befürchtungen des Handwerks, dass die Dimensionen der Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährden.

Hinzu kommt, dass trotz des starken – und teuren – Ausbaus der erneuerbaren Energien nach Jahren des Rückganges der Ausstoß von CO₂ in Deutschland seit 2011 wieder steigt. Dies liegt vor allem an der zunehmenden Braunkohleleistung wegen des niedrigen Preises für CO₂-Verschmutzungsrechte.

Benachteiligung des Mittelstandes

Es steht außer Frage, dass eine EEG-Umlage von mehr als 6 Cent pro Kilowattstunde für einige energieintensive Branchen das Aus am Produktionsstandort Deutschland bedeuten würde. Die Politik hat darauf reagiert und im internationalen Wettbewerb stehende Großunternehmen von der Finanzierung der erneuerbaren Energien befreit beziehungsweise deutlich entlastet. Man sollte jedoch nicht dem Irrtum erliegen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gesichert werden kann, wenn international agierende Großunternehmen von den Kosten der Energiewende ausgenommen werden. Der Mittelstand ist das Herzstück der deutschen Wirtschaft. Viele mittelständische Unternehmen liefern ihre Produkte ins Ausland. Insbesondere aber müssen sie mit Importen aus dem Ausland konkurrieren. Nicht zuletzt sind die Produkte kleiner und mittlerer Zulieferunternehmen in vielen international erfolgreichen Industrieprodukten enthalten. Verschlechtern sich die Wettbewerbsbedingungen für den heimischen Mittelstand, dann beeinträchtigt dies die Wettbewerbsposition der gesamten deutschen Wirtschaft. Es ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, wie die Kostenlast verteilt wird. Viel wichtiger ist, ob und wie die Kostenlast in einem verträglichen Rahmen gehalten werden kann. Besonders die Entlastung heimischer Großunterneh-

men von der EEG-Umlage stößt auch verstärkt auf Widerstand auf europäischer Ebene. Kommissar Almunia hat am 17. Dezember 2013 ein Beihilfeverfahren gegen das EEG eingeleitet. Die Förderung der erneuerbaren Energien und insbesondere die Ausnahmen für stromintensive Betriebe stehen damit auf dem Prüfstand.

Reformansätze

Die skizzierten Fehlentwicklungen lassen nur einen Schluss zu: Die Energiewende braucht einen Neustart. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat bereits Eckpunkte für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorgelegt. Im Kern soll es allerdings mit dem Einspeisevorrang für erneuerbare Energien und den garantierten festen Vergütungssätzen erhalten bleiben.

Um die Kosten des Ausbaus erneuerbarer Energien in den Griff zu bekommen, sind insbesondere Regulierungen für die einzelnen regenerativen Energien vorgesehen. So soll nach den Vorschlägen Gabriels die Vergütung für Windräder, Solar- und Biogasanlagen deutlich sinken. Geplant ist, einen Ausbaukorridor vorzugeben. Bei einem Überschreiten der Ausbauziele soll beispielsweise auch bei der Windkraft die Förderung abgesenkt werden. Gesprochen wird von einem atmenden Deckel. Bei der Biomasse wird ein Ausbau von nur 100 MW jährlich angestrebt – durch Verwertung von Abfall- und Reststoffen. Bei der Windkraft auf See verabschiedet man sich von unrealistischen Ausbauzielen. Statt 10 Gigawatt soll bis 2020 Offshore-Windkraft mit einer Leistung von 6,5 Gigawatt bereit gestellt werden. Auch die Ausnahmeregelungen für die Industrieunternehmen kommen auf den Prüfstand. Diese Schritte können dazu beitragen, die Gefahren durch die Energiewende zu entschärfen. Nach wie vor zu wenig berücksichtigt werden aber Maßnahmen, die einen echten Wettbewerb im Energiebereich verankern. Es wird vielmehr mit Hilfe zum Teil planwirtschaftlicher und bürokratischer Regulierungen versucht, den durch falsche Anreize eingeschlagenen Kurs zu korrigieren.

Es ist allerdings zu befürchten, dass dies nicht ausreichend gelingt, wenn die Grundausrichtung, die sich zu wenig an ökonomischen Prinzipien orientiert, nicht geändert wird. Es besteht die Gefahr, dass wir ein undurchdringliches Regulierungsdickicht bekommen werden, das erhebliche Ressourcen zur Kontrolle und Abwicklung binden wird.

Gebäudesanierung

Das Einmaleins der Ökonomie erfordert, dass Mittel dort eingesetzt werden, wo sie die größte Wirkung erzielen. Die Energiewende fokussiert sich aktuell fast ausschließlich auf den Ausbau der erneuerbaren Energien im Bereich der

Stromversorgung. Nicht einmal ein Viertel des Endenergieverbrauchs entfällt aber auf die Elektrizität. Auf Kohle, Gas und Erdöl entfällt weiterhin der Löwenanteil unserer Energieversorgung. Außerhalb des Stromsektors bestehen unter Umständen viel höhere Potenziale, um Energie einzusparen und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Eines der ergiebigsten Felder ist aus meiner Sicht der Gebäudebestand. Nach Zahlen des Bundesbauministeriums haben öffentliche und private Gebäude in Deutschland einen Anteil von 40% am Gesamtenergieverbrauch und stehen für fast 30% des gesamten CO₂-Ausstoßes. Durch fachgerechtes Sanieren könnten große Teile davon eingespart werden. Es wäre weitaus sinnvoller, die Energieeinsparung zu fördern als – wie man dies bei den Subventionen für erneuerbare Energien tut – den Energieverbrauch. Von den ursprünglich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen angekündigten Plänen, die Gebäudesanierung voranzutreiben, ist im Koalitionsvertrag aber nicht viel übrig geblieben. Zwar wird weiterhin das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2050 formuliert. Allerdings wurde gerade die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung aus dem Koalitionsvertrag gestrichen. Hier wird einmal mehr die große Chance vertan, wirksam Energie einzusparen und private Mittel für den Klimaschutz zu mobilisieren. Steuerliche Anreize für die energetische Gebäudesanierung hätten einen Mehrfacheffekt: Sie bringen die Energieeinsparung voran und sorgen für Effizienzsteigerung bei der Energieverwendung, sie unterstützen den Umwelt- und Klimaschutz durch eine effektive CO₂-Reduzierung, und sie sind ein Konjunkturprogramm für alle Teile unserer Wirtschaft, die in den zukunftsweisenden Bereichen Umweltschutz und Energieeffizienz tätig sind.

Eine Studie des Deutschen Handwerksinstituts untermauert diese Argumente für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Diese Art der Förderung würde die Wirtschaftlichkeit von Investitionen in die Sanierung deutlich erhöhen. 1,5 Mrd. Euro Fördersumme würden Investitionen in Höhe von insgesamt etwa 5 Mrd. Euro auslösen. Sie würde zudem den CO₂-Ausstoß um ca. 640 000 t jährlich senken. Die Förderung hätte darüber hinaus auch positive fiskalische Effekte. Steuerausfälle würden durch Mehreinnahmen aus Umsatzsteuer, Lohnsteuer und Sozialversicherung überkompensiert. Bei einer steuerlichen Förderung in Höhe von 1 500 Mill. Euro beliefen sich diese Mehreinnahmen auf 2 261 Mill. Euro. Die Förderung hätte auch positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Das DHI rechnet mit 50 000 neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, die entstehen könnten.

Position des bayerischen Handwerks

Die Energiewende braucht ein klares Konzept und eine durchdachte Projektsteuerung. Ökonomische und ökologische Ziele sind zu formulieren. Folgen muss eine transpa-

rente und unvoreingenommene Analyse, wie diese Ziele verwirklicht werden können. Damit verbunden muss auch aufgezeigt werden, welche Kosten der Wandel verursacht und wer diese zu tragen hat. Unverzichtbar für das Gelingen ist, dass die Innovationskraft und das Know-how im Mittelstand zur Entfaltung gebracht werden.

Die Energiewende braucht auch mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb! Wettbewerb entfaltet nicht nur einen kreativen Suchprozess um die beste Lösung, sondern sorgt durch die Auslese auch für die wirtschaftlichste Lösung.

Besonders zu beachten ist, dass wir in der Frage der zukünftigen Energieversorgung nicht isoliert agieren können. Insbesondere eine enge Abstimmung mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist unverzichtbar.

Bei allen Maßnahmen muss die Versorgungssicherheit strikt gewährleistet bleiben. Unverzichtbar ist beispielsweise, dass vor einer Abschaltung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld im Jahr 2015 die Thüringer Strombrücke nach Bayern fertiggestellt ist. Ohne rasche und ausreichende Investitionen in die Infrastruktur scheitert die Energiewende. Es müssen auch ausreichend konventionelle Kraftwerkskapazität und Energiespeicher bereit gestellt werden, um die Leistungsschwankungen der regenerativen Energien auszugleichen.

Die Gebäudesanierung muss als zentraler Ansatzpunkt zur Verfolgung der Ziele der Energiewende Anerkennung finden. Die steuerliche Förderung muss dazu wieder auf die Tagesordnung!

Bei den erneuerbaren Energien dürfen die Ziele der Förderung nie aus den Augen verloren werden. Diese können nur sein, durch Innovationsanreize den technischen Fortschritt voranzutreiben und die regenerativen Energien möglichst rasch an die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit heranzuführen.

Der Mittelstand darf nicht zum Hauptbelasteten der Energiewende werden. Auch Handwerksbetriebe können durch steigende Energiekosten in der Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt werden, mit negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft insgesamt. Das Handwerk lehnt in diesem Zusammenhang auch die Pläne ab, Eigenstromerzeugung verstärkt in die Finanzierung der Ökostromförderung einzubeziehen und mit einer Mindestumlage zu belegen. Diese Maßnahme würde gerade auch kleine und mittlere Unternehmen empfindlich treffen. Besonders hervorzuheben sind hier die mittelständischen Mühlen und Sägewerke.

Über die politischen Lasten auf die Energiepreise muss kritisch nachgedacht werden. Der Anteil von Steuern und Abgaben am Strompreis liegt 2013 schon über 50%. Deutsch-

land liegt deutlich vor den meisten anderen Industriestaaten. 2012 lag die Belastung in Deutschland noch bei 44%. Zum Vergleich: In Österreich lag sie zur gleichen Zeit bei 28%, in Italien bei 32%, in Frankreich bei 30% und in Großbritannien bei 5%. Alle Möglichkeiten zu Entlastungen müssen daher genutzt werden.



Ingo Luge*

Die Energiewende zum Erfolg zu führen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deutschland als Wirtschaftsstandort kann es sich nicht erlauben, in dieser Frage zu scheitern. Noch mehr: Europa kann es sich nicht leisten, dass uns der Umbau der Energielandschaft nicht gelingt. Deutschlands zentrale Rolle im Wirtschaftsleben der EU sticht hervor. Andere Mitgliedstaaten schauen bewundernd, aber zum Teil auch skeptisch auf das starke Land in ihrer Mitte, das ohne hohe Arbeitslosigkeit und mit gutem Wirtschaftswachstum aus der Finanzkrise gekommen ist. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands ist die Stütze, ohne die sich der Kontinent in der Krise nicht erholen können wird. Fundament dieses Erfolgs ist die einmalige Mischung aus großen Konzernen und kleineren, starken Mittelständlern sowie vor allem auch dem qualitativ höchstwertigen Handwerk. Aber ohne eine sichere und bezahlbare Energieversorgung wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet. Deutschland und Europa, Energieversorgung und Wirtschaft sind auf das engste miteinander verbunden.

Wie sieht nun die bisherige Bilanz der Energiewende in Deutschland vor diesem Hintergrund aus? Als infolge der Katastrophe von Fukushima 2011 kurzerhand beschlossen wurde, endgültig aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie auszusteigen, hat man die damit einhergehenden Folgen weitgehend außer Acht gelassen. Der Wunsch der Gesellschaft nach einer befriedenden Lösung war stärker. Die Energiewende, die ja schon lange vor dem »Ausstieg vom Ausstieg aus dem Atomausstieg« eingeleitet wurde und bei der die Kernenergie ursprünglich als CO₂-freie »Brückentechnologie« fungieren sollte, erhielt dadurch eine dramatische Beschleunigung.

Allerdings: ohne klare Vorstellung vom Weg und mit einem Wirrwarr an Zielen und Instrumenten auf europäischer und nationaler Ebene, die nicht immer in Einklang zu bringen sind und sich sogar widersprechen können. Am offensichtlichs-

ten ist dieses Spannungsverhältnis zwischen dem europäischen CO₂-Emissionshandel (ETS) und der Förderung erneuerbarer Energien. Nicht nur, dass per definitionem unter dem Regime des ETS durch die Förderung der Erneuerbaren keine Tonne CO₂ vermieden wird, also für den Klimaschutz nichts gewonnen ist. Vielmehr ist es so, dass durch die teure Subventionierung bestimmter klimafreundlicher Technologien die effiziente steuernde Wirkung des Emissionshandels konterkariert wird. Die Folge ist: Der CO₂-Preis geht in den Keller, und die Verstromung CO₂-intensiverer Brennstoffe wird attraktiver. Nicht zuletzt deswegen hat der CO₂-Ausstoß in der deutschen Energieerzeugung in den letzten beiden Jahren zugenommen, obwohl wir deutlich mehr Erneuerbare im Netz haben.

Über die Auswirkungen der Energiewende auf die Strompreise muss nicht viel gesagt werden. Für Haushalt und Gewerbe beträgt der Anteil staatlicher Lasten auf dem Strompreis bereits weit über 50%. Diese »Nebenkosten« sind damit seit 1998 um über 200% gestiegen, während die Kosten für Erzeugung, Netze und Vertrieb unterhalb der Inflationsrate stiegen. Die Erneuerbaren werden 2014 voraussichtlich mit 20 Mrd. Euro gefördert, für einen Marktwert des erzeugten Stroms von lediglich rund 4 Mrd. Euro. Die EEG-Umlage stieg ein weiteres Mal auf 6,24 ct/kWh. Die Rabatte für die Industrie – die ich ausdrücklich für notwendig erachte – müssen immer größer werden. Das aber führt zu einer noch stärkeren Belastung der nicht-privilegierten Stromkunden.

Auch mit Blick auf die Versorgungssicherheit werden die Sorgenfalten größer. Immer öfter müssen die Netzbetreiber eingreifen, um die Versorgung stabil zu halten. Die rechtzeitige Fertigstellung der sogenannten »Thüringer Strombrücke« ist schon fast die Achillesferse der Energiewende. Durch die Subventionierung der Erneuerbaren können die erforderlichen zumeist konventionellen Reservekapazitäten zu häufig nicht wirtschaftlich betrieben werden, vorzeitige Stilllegungen sind die Folge. Und dies, obwohl konventio-

* Dr. Ingo Luge ist Vorsitzender der Geschäftsführung E.ON Deutschland.

nelle Kraftwerke dringend gebraucht werden als Begleiter der erneuerbaren Energien, die nur dann zur Verfügung stehen, wenn die Natur es erlaubt.

Gleichzeitig stellt sich die Akzeptanzfrage immer schärfer. Der Widerstand gegen Stromleitungen, Windräder, Pumpspeicherprojekte, Wasserkraftanlagen oder Biomasse-Verstromung nimmt an Heftigkeit zu. Dabei ist klar, dass die Energiewende das Landschaftsbild verändern wird bzw. schon verändert hat. Die Umstellung von wenigen zentralen Großanlagen auf eine Vielzahl von Kleinanlagen, die vor allem natürliche Ressourcen nutzen, bleibt nicht folgenlos – vor allem für die ländlichen Gebiete. Sie tragen in dieser Hinsicht die Hauptlast des Umbaus und werden in Zukunft für die Versorgung der Städte verantwortlich sein.

Und schließlich: Unsere Nachbarn sind bereits massiv von der europäisch nicht abgestimmten Energiewende in Deutschland betroffen. So geraten auch im Ausland die konventionellen Kraftwerke unter erheblichen wirtschaftlichen Druck, weil Deutschland z.B. in Zeiten hoher Windeinspeisung den Stromüberschuss zu niedrigsten Preisen ins Ausland exportiert. Seit 2011 sind die Stromexporte aus Deutschland deutlich angestiegen – allerdings immer nur dann, wenn der Strom praktisch nichts wert war. Oder: Die Kuppelkapazitäten an den Grenzen sind ausgelegt für »normale« Import-/Exportströme, aber nicht für den »schwallenartige« auftretenden Erneuerbaren-Überschuss, der stark zugenommen hat. Das heißt, der Erneuerbarenausbau zwingt zunehmend zum Aufbau von Infrastruktur, die aber nicht laufend genutzt wird, sondern nur bei Extrembedarf; volkswirtschaftlich unsinnig und teuer. Die Folge ist eine weitere Renationalisierung der Energiepolitiken in ganz Europa. Um ihre Netze zu schützen, überlegen die deutschen Nachbarn, sogenannte Phasenschieber an den Grenzen zu installieren, um das Überangebot an Strom nicht aufnehmen zu müssen. Um ihre jeweils nationale Energieversorgung sicherzustellen, führen jetzt z.B. einzelne Länder bereits eigene Kapazitätsmärkte ein. Und diese setzen dann wiederum die deutsche konventionelle Erzeugung unter Druck. Ein Teufelskreis. Abschottungstendenzen einzelner Länder sind auf dem Vormarsch mit dem Ergebnis, dass der europäische Markt zunehmend auseinanderfällt. Ein fatales Signal für die Bestrebungen nach einem europäischen Energiebinnenmarkt und in letzter Konsequenz auch für Europa insgesamt.

Aus all dem wird deutlich: Die Energiewende ist an einem Wendepunkt angelangt. Es besteht dringender Handlungsbedarf in Deutschland und Europa. Natürlich wäre es nun angesichts der geschilderten Probleme verlockend, einen kompletten Neustart zu fordern. Allerdings sind in den letzten Jahren wirtschaftliche und politische Realitäten geschaffen worden, die man nicht einfach ignorieren kann. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Deutschland unsere unmittelbaren

Hausaufgaben machen. Hier sehe ich vier wesentliche Ansatzpunkte:

1. Wir müssen die Kostendynamik bremsen und die Belastungen reduzieren – soweit dies unter Einhaltung von Bestandsschutz für bereits getätigte Investitionen geht. Dabei spielt die EEG-Reform die entscheidende Rolle. Die Bundesregierung hat hierzu einen Entwurf vorgelegt, der insgesamt in die richtige Richtung geht. Es wird ein klarer Ausbaupfad vorgegeben. Die Marktintegration der Erneuerbaren wird vorangetrieben, die Vergütungssätze für neue Anlagen werden gesenkt, und der Systemwechsel hin zu einer Ausschreibung der Förderung zur Hebung von Effizienzpotenzialen ist eingeleitet. Selbstverständlich wird die Vielzahl von Einzelinteressen, die die Politik selbst durch die Vielzahl von Subventionstatbeständen geschaffen hat, versuchen, nun Einfluss zu nehmen. Die Politik muss jedoch an den Eckpunkten festhalten und wenn möglich sogar noch mutiger voranschreiten. Denn perspektivisches Ziel muss bleiben, dass die Erneuerbaren ohne gesonderte Förderung in den Markt integriert werden und die gleichen Rechte und Pflichten übernehmen, wie sie heute allein von den konventionellen Kraftwerken für das Funktionieren des Systems verlangt werden.
2. Wir müssen den Ausbau der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netze synchronisieren. Dies gilt nicht nur für den Ausbau des Übertragungsnetzes und die Frage, wie viele Gleichstromübertragungsleitungen benötigt werden. Dies muss vor allem auch für die Verteilnetzebene gelten, an die über 90% der erneuerbaren und dezentralen Energieanlagen angeschlossen werden. Hier liegen erhebliche Effizienzpotenziale, z.B. wenn die Netze nicht mehr für die »letzte erneuerbare Kilowattstunde« ausgebaut werden müssen oder die Investoren die Frage von Netzengpässen in ihr betriebswirtschaftliches Kalkül einbeziehen müssen. Diese Themen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.
3. Wir brauchen nachhaltig tragfähige Rahmenbedingungen für die dezentrale Erzeugung. Trotz des ambivalenten Verhältnisses der Europäer zur deutschen Energiewende ist Fakt, dass in unterschiedlicher Ausprägung fast überall »Energiewenden« stattfinden. Politisch und technologisch geht der Trend in Richtung erneuerbarer Energien und dezentraler Lösungen. Immer mehr Kunden und Kommunen wollen Energie-Autarkie. Dies hat eine enorme Dynamik gewonnen. Eine Flucht aus der gemeinsamen Infrastruktur hat eingesetzt, Effizienzvorteile durch Größe spielen kaum mehr eine Rolle. Hierfür brauchen wir neue regulatorische Rahmenbedingungen, um einerseits dezentrale Lösungen zu ermöglichen, andererseits auch die Solidarität im System zu sichern.
4. Wir müssen der gesicherten Leistung einen Preis geben. Konventionelle Kraftwerke werden noch lange als »Backup« für die volatilen Erzeugung aus Wind und Sonne gebraucht. Sie müssen einspringen, wenn das Dar-

gebot fehlt. Speicher und Nachfragemanagement können ebenso gesicherte Leistung bereitstellen. Nur: Diese wesentliche Funktion für das System hat noch keinen Preis, so dass viele Anlagen nicht mehr wirtschaftlich sind. Deshalb brauchen wir einen effizienten und technologieneutralen Kapazitätsmarkt, bei dem sich der Wert der gesicherten Leistung am Markt bildet. Dabei sollten wir allerdings nicht den Fehler wiederholen, den wir bei den Erneuerbaren begangen haben, sondern diesen von Anfang an europäisch einbetten. Er sollte zumindest im zentraleuropäischen Rahmen harmonisiert werden.

Wichtig ist eben, dass wir nicht nur auf Deutschland schauen, sondern auch Europa berücksichtigen und grundsätzlicher nachdenken. Die Binnenmarktidee lebt von den Vernetzungs- und Größenvorteilen, wie sie durch europäische Strukturen erreicht werden können. Bevor wir sinnvoll eine Vollendung des Binnenmarkts in Angriff nehmen können, müssen wir deshalb darüber nachdenken, wie seine Konstruktion an das Heute angepasst werden muss. Dazu gehört vor allem ein europäisches Marktdesign, das konventionelle und erneuerbare Energieerzeugung vom derzeitigen Gegeneinander in ein Miteinander bringt. Denn sie sind aufeinander angewiesen.

Dabei kann und muss der Emissionshandel eine zentrale Rolle übernehmen. Ein Instrument, das Liberalisierung, Binnenmarkt und Klimaschutz ideal verbindet. Ein Instrument, das gleichermaßen für Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz bei der Transformation der Energiestrukturen sorgt. Ein Instrument, das den Abbau einer Vielzahl nationaler Markteingriffe zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ermöglicht. Und ein Instrument, das den Europäern zeigt, dass Europa nicht nur Krisenmanagement betreibt, sondern zur Zukunftsgestaltung fähig ist. Erste stabilisierende Schritte wurden mit dem Backloading eingeleitet, und damit kann der Niedergang zunächst aufgehalten werden. Um wieder die gewünschte Lenkungswirkung zu entfalten, muss der Emissionshandel allerdings ganz neu ausgerichtet werden. Und zwar auf ein ambitioniertes Zwischenziel für 2030, wie es die Europäische Kommission mit – 40% CO₂-Emissionen aktuell vorgeschlagen hat.

Die Welt schaut mit einer Mischung aus Neugier, Skepsis und vielleicht auch Unverständnis auf die deutsche Energiewende. Klar ist jedoch, dass die erfolgreiche Gestaltung und Umsetzung der Energiewende von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und unseren Wohlstand ist. Ein Scheitern hätte schlimme Folgen. Deswegen müssen wir die deutschen Hausaufgaben jetzt mutig anpacken und endlich die Energiewende europäisch abstimmen. Dann wird sie gelingen.

Hintergrund und Aufgabenstellung

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Energiekonzept vom Herbst 2010 zum Ziel gesetzt, den Primärenergiebedarf des Gebäudesektors bis zum Jahr 2050 um 80% zu senken (vgl. BMWi 2010, S. 5). Nachdem knapp drei Viertel aller Wohngebäude vor dem Inkrafttreten der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1979 errichtet wurden, sind diese aus energetischen Gesichtspunkten überwiegend stark sanierungsbedürftig und bergen dementsprechend große Potenziale zur Energieeinsparung (vgl. Bizer und Komhardt 2011, S. 10). Der energetischen Sanierung kommt damit in der Umsetzung des Energiekonzepts eine entscheidende Rolle zu. Um die festgelegten Ziele erreichen zu können, muss die Sanierungsrate von derzeit etwa 1% auf 2% verdoppelt werden (vgl. BMWi 2010, S. 22 ff.). Dass dies nicht ohne zusätzliche Anreize möglich sein wird, zeigen Meinungsumfragen. Trotz des steigenden Umweltbewusstseins in der Bevölkerung sieht die Mehrzahl der Befragten den Staat in der Pflicht zur Lösung der Energie- und Emissionsprobleme. Eigeninitiative und die Akzeptanz ordnungspolitischer Maßnahmen sind jedoch nur dann zu erwarten, wenn sich die Sanierungsmaßnahmen für den Eigentümer wirtschaftlich rechnen (vgl. BMVBS 2007, S. 36 ff.). Dabei ist die Investitionsbereitschaft umso höher, je kürzer die Amortisationsdauer und je geringer das Investitionsvolumen sind (vgl. BMVBS 2007, S. 35).

Viele Sanierungsmaßnahmen sind mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden, der sich allein über die niedrigeren Energiekosten erst nach 20, 30 oder mehr Jahren amortisiert. Dies ist für viele Immobilienbesitzer wirtschaftlich nicht akzeptabel, zumal in diesem Zeitraum möglicherweise auch noch mit Folge- oder Ersatzinvestitionen gerechnet werden muss (vgl. Weiß und Dunkelberg 2010, S. 88 f.; Bizer und Komhardt 2011, S. 11). Vor diesem Hintergrund muss die

finanzielle Förderung der energetischen Gebäudesanierung ein Bestandteil energiepolitischer Programme sein. Die derzeitige Förderung allein über Programme der KfW reicht offensichtlich nicht aus, um die erforderliche Sanierungsrate zu erreichen. Neben einer Änderung der Motivstruktur bei den Gebäudeeigentümern durch eine aktive Informations- und Kommunikationspolitik kommt deshalb der steuerlichen Förderung eine entscheidende Bedeutung zu. Sie verändert nicht nur das wirtschaftliche Entscheidungskalkül der Eigentümer, sondern schärft auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von energetischen Sanierungsmaßnahmen. Gleichzeitig haben die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt, dass steuerliche Anreize gerade in Deutschland besonders gut dazu geeignet sind, um Verhaltensänderungen anzustoßen (vgl. Klima-Allianz Deutschland 2011, S. 3). Darüber hinaus spricht die steuerliche Förderung im Vergleich zu den KfW-Programmen eine andere Zielgruppe an.

Aus den genannten Gründen hat die Bundesregierung bereits 2011 einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von energetischen Gebäudesanierungen auf den Weg gebracht. Dieser wurde jedoch durch den Bundesrat abgelehnt, da die Bundesländer Steuerausfälle in Milliardenhöhe befürchten. Auch der Vermittlungsausschuss konnte im Folgenden keine Einigung herbeiführen, so dass es derzeit keine steuerliche Förderung der energetischen Sanierung gibt. Da der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung keine entsprechenden Vereinbarungen enthält, ist mit einer steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung derzeit nicht zu rechnen. Das folgende Papier analysiert daher die zu erwartenden positiven Folgen bei einer Einführung einer steuerlichen Förderung.

Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch Verkürzung der Amortisationsdauer

Die Entscheidung von Gebäudeeigentümern für eine energetische Sanierung



Gunther Friedl*

Markus Glasl**
Alexandra Zehe***

* Prof. Dr. Gunther Friedl ist Leiter des Ludwig-Fröhler-Instituts, München.

** Dr. Markus Glasl ist Stellvertretender Geschäftsführer des Ludwig-Fröhler-Instituts, München.

*** Alexandra Zehe ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ludwig-Fröhler-Institut, München.

wird in den meisten Fällen aufgrund wirtschaftlicher Kriterien getroffen. Neben langfristiger Substanzerhaltung und Vermeidung von Leerstand im Falle vermieteter Objekte sind es vor allem die eingesparten Energiekosten bzw. die evtl. erzielbare höhere Kaltmiete, die Eigentümer zur energetischen Gebäudesanierung motivieren. Die Eigentümer betrachten eine energetische Sanierung also letztendlich als Investition, die sich wirtschaftlich rechnen muss.

Fehlende bzw. begrenzte finanzielle Mittel hemmen die Umsetzung von energetischen Sanierungsmaßnahmen (vgl. VBW 2010, S. 5; IW 2012, S. 22). Erkennbar wird dies auch an der Tatsache, dass einer deutlichen Mehrheit der in der Realität beobachteten Sanierungsfälle keine Komplettanierung, sondern Einzelmaßnahmen zugrunde liegen (vgl. IW 2012, S. 20 ff.). Deshalb erscheint es zweckmäßig, diese Einzelmaßnahmen einer getrennten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu unterziehen.

Das Ludwig-Fröhler-Institut hat in einer Modellrechnung exemplarisch die Entscheidungssituation des Eigentümers eines selbstgenutzten Einfamilienhauses abgebildet und kommt zu dem Ergebnis, dass die Amortisationsdauer von Sanierungsinvestitionen auf Basis von Vollkosten zwischen neun Jahren (Heizungsmodernisierung) und mehr als 40 Jahren (Fassadendämmung) liegt. Alternativ wurden die Berechnungen auch auf Basis der energiebedingten Mehrkosten einer Sanierung durchgeführt. Diese liegen mehreren Studien zufolge bei etwa 35% der Vollkosten (vgl. IW 2012, S. 28; VBW 2012, S. 41), wobei deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Maßnahmen bestehen dürften.¹ Zur Vereinfachung wurde in der Modellrechnung von einem einheitlichen Prozentsatz ausgegangen.²

Für den Fall, dass die energetische Sanierung nicht mit anderen Instandhaltungsmaßnahmen kombiniert werden kann, sind der Investitionsentscheidung die Vollkosten zugrunde zu legen. Wie die Tabelle deutlich macht, sind dann Investitionen in energetische Sanierungsmaßnahmen mit Ausnahme des Austauschs der Heizanlage wirtschaftlich nicht sinnvoll, da sich Amortisationsdauern ergeben, die von Investoren in der Regel als zu lange angesehen werden. Auch die Berechnungen auf Basis der energiebedingten Mehrkosten führen noch zu Amortisationszeiträumen, die deutlich über den von Investoren akzeptierten Werten liegen. Einer Befragung zufolge würden gut zwei Drittel aller Eigentümer in die energetische Sanierung investieren, wenn es sich in-

¹ Dieser Ansatz dürfte insbesondere bei der Heizanlage unrealistisch niedrig sein, bei der Dachdämmung hingegen etwas zu hoch.

² Zur Diskussion über die Verwendung von Vollkosten oder energiebedingten Mehrkosten vgl. auch IW (2012, S. 24 f.).

Tab. 1
Erwartete Amortisationsdauer von energetischen Sanierungsmaßnahmen

| | Ohne steuerliche Förderung | | Mit steuerlicher Förderung | |
|--------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-----------------------------|
| | Amortisation der Vollkosten | Amortisation der Mehrkosten | Amortisation der Vollkosten | Amortisation der Mehrkosten |
| Austausch der Heizanlage | 9 Jahre | 4 Jahre | 7 Jahre | 3 Jahre |
| Dämmung der Fassade | > 40 Jahre | 21 Jahre | 37 Jahre | 7 Jahre |
| Dämmung des Daches | > 40 Jahre | 37 Jahre | > 40 Jahre | 8 Jahre |
| Dämmung der Kellerdecke | 23 Jahre | 9 Jahre | 16 Jahre | 5 Jahre |
| Austausch der Fenster | 15 Jahre | 6 Jahre | 10 Jahre | 4 Jahre |

Quelle: Ludwig-Fröhler-Institut.

nerhalb von fünf Jahren bezahlt macht (vgl. BMVBS 2007, S. 35). Dies hat zur Konsequenz, dass selbst im Sanierungszyklus, also wenn andere Gründe eine Sanierung notwendig machen, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz häufig unterbleiben.

Das am häufigsten diskutierte Modell zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung sieht vor, dass über zehn Jahre hinweg 10% der Investitionssumme steuerlich abzugsfähig sind. Berücksichtigt man zusätzlich zu den eingesparten Energiekosten auch diese Steuersparmöglichkeiten, so verändert sich das Entscheidungskalkül für den Eigentümer des Einfamilienhauses erheblich und lässt insbesondere energetische Modernisierungen im Rahmen von turnusmäßigen Sanierungen wirtschaftlich zweckmäßig erscheinen. Die in der rechten Spalte von Tabelle 1 aufgelisteten Amortisationsdauern liegen nämlich in der Größenordnung, die Gebäudeeigentümer zu akzeptieren bereit sind.

Alternative Investitionsanreize für Eigentümer

Etwa 80% des Wohnraums in Deutschland werden von den Eigentümern selbst genutzt oder von sogenannten Kleinvermietern vermietet (vgl. Klima-Allianz Deutschland 2011, S. 3). Diese haben unterschiedliche Motivstrukturen und unterschiedliche finanzielle Voraussetzungen. Deshalb erscheint es zweckmäßig, die finanzielle Förderung möglichst vielfältig zu gestalten, um sie bestmöglich an die Bedürfnisse einer heterogenen Zielgruppe anzupassen.

Wie eine Vielzahl an Untersuchungen bestätigt, haben sich die Förderprogramme der KfW-Bankengruppe »Energieeffizientes Bauen und Sanieren« sowie das »CO₂-Gebäudesanierungsprogramm« bewährt und zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Evaluationen von Prognos (Böhmer et al. 2013), des Bremer Energie Instituts (Diefenbach et al.

2013) sowie des Instituts für Energie- und Klimaforschung am Forschungszentrum Jülich (Kuckshinrichs, Kronenberg und Hansen 2011) belegen den durch die Programme initiierten Modernisierungsfortschritt im Gebäudebestand sowie die damit verbundenen Wirkungen auf Energieeinsparung, Treibhausgase und Beschäftigung. Die Ergebnisse dieser Studien belegen aber auch, dass die Sanierungsquote bislang nicht den Wert erreicht hat, der zur Erreichung der klimapolitischen Ziele der Bundesregierung notwendig wäre.

Dies könnte daran liegen, dass die Ausgestaltung der KfW-Programme nicht alle relevanten Zielgruppen gleichermaßen anspricht. So beeinflussen Kreditprogramme z.B. die Investitionsentscheidung von Eigentümern nur wenig, wenn diese über ausreichend Eigenkapital zur Finanzierung der Maßnahme verfügen. Andererseits haben Gebäudeeigentümer mit einem hohen Steuersatz zumeist ein großes Interesse, Steuern zu sparen, und wären deshalb durch zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten besonders gut für Sanierungsmaßnahmen zu motivieren. Deshalb ist davon auszugehen, dass eine Verbreiterung der Fördermechanismen weitere Gebäudeeigentümer ansprechen kann (vgl. DIW 2011, S. 5).

Positive fiskalische Effekte

In der politischen Diskussion werden die mit einer steuerlichen Förderung der energetischen Sanierung verbundenen Einnahmeherausfälle für die öffentlichen Haushalte vielfach als Gegenargument aufgeführt. Eine durch das Volkswirtschaftliche Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh) durchgeführte Prognose der fiskalischen Effekte kommt hingegen zu dem Ergebnis, dass die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sogar mit positiven Effekten für die öffentlichen Kassen sowie die Haushalte der Sozialversicherungsträger verbunden ist. Unter Berücksichtigung von Mitnahmeeffekten in Höhe von 30% berechnet das ifh Mehreinnahmen aus Umsatzsteuer in Höhe von 559 Mill. Euro sowie ein zusätzliches Lohnsteueraufkommen in Höhe von 250 Mill. Euro. Zusammen mit den erhöhten Einnahmen der Sozialversicherung (1 000 Mill. Euro) sowie vermiedenen Ausgaben für Arbeitslosigkeit (452 Mill. Euro) ergeben sich positive Effekte in Höhe von 2 261 Mill. Euro. Gleichzeitig werden die Steuerausfälle durch die Fördermaßnahme mit 1 500 Mill. Euro pro Jahr veranschlagt, so dass sich ein Nettofiskaleffekt von + 761 Mill. Euro errechnet (vgl. Komhardt 2012, S. 6).

Den Berechnungen des ifh liegt die Annahme zugrunde, dass das gesamte Investitionsvolumen beschäftigungswirksam wird (jeweils zur Hälfte sozialversicherungspflichtige

und geringfügige Beschäftigung). Dies könnte durch Folgewirkungen der Investitionen gerechtfertigt sein. Doch selbst bei einer konservativeren Rechnung, die von einer Materialeinsatzquote von 30% ausgeht, wären die fiskalischen Effekte mit einem Nettorückfluss in Höhe von 250 Mill. Euro immer noch deutlich positiv.

Reduktion der CO₂-Emissionen

Sämtliche Maßnahmen des Energiekonzeptes der Bundesregierung zielen letztendlich darauf ab, die Emission von klimaschädlichen Treibhausgasen zu reduzieren. Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist dabei die Reduktion des Energiebedarfs und damit der CO₂-Emissionen. In einem Kurzgutachten geht das ifh davon aus, dass eine auf 1,5 Milliarden pro Jahr begrenzte steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung Investitionen in Höhe von insgesamt etwa 5 Mrd. Euro auslöst (vgl. Komhardt 2012, S. 4). Mit diesem Investitionsvolumen können jedes Jahr energetische Sanierungen finanziert werden, die den Primärenergiebedarf um 2,5 TWh/a reduzieren. In der Folge könnten die CO₂-Emissionen zusätzlich um 640 000 Tonnen pro Jahr gesenkt werden.³ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. Sie prognostiziert ein Einsparpotenzial von 550 000 Tonnen CO₂ und 2 TWh Primärenergie (vgl. DENEFF 2011, S. 1).

Nachhaltige Beschäftigungseffekte

Zusätzliche Investitionen in Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung lösen Beschäftigungseffekte aus. Bereinigt um Mitnahmeeffekte geht die bereits erwähnte Studie des ifh davon aus, dass durch eine steuerliche Förderung von 1,5 Mrd. Euro im Jahr rund 50 000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen könnten (vgl. Komhardt 2012, S. 5). In einer ähnlichen Größenordnung liegen die Prognosen des DIW, die für den Fall der Realisierung der klimapolitischen Ziele der Bundesregierung 66 000 neue Arbeitsplätze bis zum Jahr 2030 vorhersagen (vgl. Spiegel Online 2014). Bestätigt werden die positiven Wirkungen der Förderung der energetischen Gebäudesanierung auch durch ein Gutachten des Forschungszentrums Jülich, das zu dem Ergebnis kommt, dass durch die Förderprogramme der KfW zum »Energieeffizienten Bauen und Sanieren« Investitionen angestoßen werden, die vor allem regionalen Handwerkern und Bauunternehmern zugute kommen und durch die Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden können (vgl. Kuckshinrichs, Kronenberg und Hansen 2011, S. 11 ff.; Komhardt 2012, S. 2).

³ Basis für diese Schätzung sind die Daten aus dem CO₂-Gebäudereport 2007. Demnach ist die Einsparung von 172 TWh/a mit zusätzlichen Kosten i.H.v. 344 Mrd. Euro verbunden (vgl. BMVBS 2007, S. 66 f.).

Fazit

Durch die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden können einerseits das Entscheidungskalkül von Gebäudeeigentümern nachhaltig beeinflusst und andererseits neue Zielgruppen angesprochen werden. Dadurch ist mit einem Anstieg der Sanierungsquote zu rechnen, der sich positiv auf die Erreichung der klimapolitischen Ziele der Bundesregierungen auswirkt. Gleichzeitig tragen die durch die Förderung induzierten Investitionen zum volkswirtschaftlichen Wachstum bei und lösen Beschäftigungseffekte aus. Die damit verbundenen positiven Effekte für die öffentlichen Haushalte würden die steuerlichen Mindereinnahmen durch die Förderung mehr als kompensieren.

Literatur

Bizer, K. und U. Kornhardt (2011), *Volkswirtschaftliche Implikationen eines modifizierten Steuerbonus für Handwerkerleistungen*, Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh), Duderstadt.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2007), *CO₂ Gebäudereport 2007*, Berlin.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010), *Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung*, Berlin.

Böhmer, M., N. Thamling, M. Hoch und G. Steudle (2013), *Ermittlung der Wachstumswirkungen der KfW-Programme zum Energieeffizienten Bauen und Sanieren*, Prognos AG, Berlin, Basel.

DENEFF – Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (2011), *5 gute Gründe für die steuerliche Förderung energetischer Gebäudemodernisierung*, Berlin.

Diefenbach, N. et al. (2013), *Monitoring der KfW-Programme »Energieeffizientes Sanieren« und »Energieeffizientes Bauen« 2012*, IWU – Institut Wohnen und Umwelt und IFAM – Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialtechnik Darmstadt, Bremen.

DIW (2011), »Steueranreize zur Förderung energetischer Sanierungen«, *CPI-Brief 6*, Berlin.

IW (2012), »Quote ohne Aussagekraft«, *Immobilien-Monitor 3*, Köln.

Klima-Allianz Deutschland (2011), *Deutschland braucht einen »Sanierungsfahrplan 2050«*, online verfügbar unter: http://www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2011/06/Positionspapier_Gebaeudesanierung062011_korrigiert.pdf.

Kuckshinrichs, W., T. Kronenberg und P. Hansen (2011), *Wirkungen der Förderprogramme im Bereich »Energieeffizientes Bauen und Sanieren« der KfW auf öffentliche Haushalte*, Forschungszentrum Jülich, online verfügbar unter: <https://www.kfw.de/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-alle-Evaluationen/STE-Research-Wirkungen-EBS-auf-oeffentliche-Haushalte-2011.pdf>.

Kornhardt, U. (2012), *Kurzgutachten zu den fiskalischen Effekten der steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden*, Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh), Göttingen.

Spiegel Online (2014), »Forscher erwarten Wachstumsschub durch Wärmedämmung«, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/diw-studie-wachstum-durch-gebaeudesanierung-und-energieeffizienz-a-944806.html>.

Weiß, J. und E. Dunkelberg (2010), *Erschließbare Energieeinsparpotenziale im Ein- und Zweifamilienhausbestand*. Eine Untersuchung des energetischen Ist-Zustandes der Gebäude, aktuelle Sanierungsraten, theoretische Einsparpotenziale sowie deren Erschließbarkeit, Berlin, online verfügbar unter: http://www.enef-haus.de/fileadmin/ENEFH/redaktion/PDF/Weiss_Dunkelberg_2010_Potenzialanalyse.pdf.

VBW – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (2012), *Energetische Gebäudesanierung in Bayern*, VBW, München.

Nikolay Hristov, Oliver Hülsewig, Thomas Siemsen und Timo Wollmershäuser*

Die Europäische Zentralbank (EZB) begründet ihr »Outright-Monetary-Transactions«-Programm (OMT-Programm) offiziell mit Störungen in der geldpolitischen Transmission, die sich darin reflektieren, dass die Kreditzinsen für Unternehmen in den Krisenländern der Eurozone trotz der massiven Herabsetzung der Leitzinsen nahezu kaum gesunken sind. Ziel des OMT-Programms ist es, durch Käufe von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt die Renditen für öffentliche Schuldtitel zu reduzieren, um so die Kreditzinsen zu verringern. Dieser Beitrag legt nahe, dass das OMT-Programm ungeeignet ist, das angekündigte Ziel, d.h. die Wiederherstellung der geldpolitischen Transmission, zu erreichen.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat das Verfahren zum OMT-Programm der EZB ausgesetzt. Es wird dem Gerichtshof der Europäischen Union zur Vorabentscheidung vorgelegt, um zu klären, ob das OMT-Programm, das vorsieht, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von Euroländern mit Finanzierungsschwierigkeiten aufzukaufen, rechtmäßig ist. Nach Auffassung des BVerfG sprechen gewichtige Gründe dafür, dass die EZB ihr Mandat durch die Ankündigung des OMT-Programms überschritten hat, da das Programm einer monetären Staatsfinanzierung gleichkäme, die nach dem Vertrag von Lissabon strikt untersagt ist (Artikel 123 Paragraph 1 AEUV).¹

Die EZB hält die Kritik an ihrem OMT-Programm generell für unbegründet. Sie argumentiert, dass Staatsanleihekäufe im Rahmen des Programms ein geldpolitisches Instrument seien, das dem Ziel diene, die Störung der geldpolitischen Transmission zu beseitigen. Diese zeige sich vor allem darin, dass die Kreditzinsen für Unternehmen in den Krisenländern der Eurozone, trotz der massiven Leitzinssenkungen, die seit Mitte 2008 vorgenommen wurden, nur geringfügig gesunken sind. Offizielles Ziel des OMT-Programms ist es daher, durch Käufe von Staatsan-

leihen auf dem Sekundärmarkt und der damit einhergehenden Verringerung der Renditen öffentlicher Schuldtitel, die Kreditzinsen zu reduzieren.²

Die EZB sieht die Ursache für die Zinspreizung in den Krisenländern, also dem Auseinanderdriften zwischen den Kreditzinsen und Leitzinsen, im Redenominierungsrisiko, d.h. in der Möglichkeit eines Austritts aus der Eurozone. Die Konditionen für Bankkredite in den Ländern mit Finanzierungsschwierigkeiten sind nach dieser Sichtweise hauptsächlich deshalb angespannt, da Kreditzinsen stark durch die Zinsen für Staatsanleihen beeinflusst werden, wobei letztere aufgrund von Risikoaufschlägen nach Ausbruch der Eurokrise Mitte 2010 spürbar gestiegen sind. Das OMT-Programm soll durch notfalls unlimitierte Offenmarktkäufe dazu beitragen, dieses Redenominierungsrisiko zu beseitigen und somit zu attraktiveren Kreditkonditionen führen.

Die Argumente der EZB scheinen schlüssig. Und in der Tat hat die Ankündigung des OMT-Programms dazu geführt, dass die Zinsen auf Staatsanleihen der Krisenländer gesunken sind. Unter Investoren sind diese Titel mittlerweile begehrt, da sie im Vergleich zu denen der Kernländer eine relativ hohe Rendite versprechen und gleichzeitig durch die implizite Garantie der EZB nahezu risikolos sind. Ein Investor muss lediglich ausharren, d.h., er darf die erworbenen Staatsanleihen nicht vorzeitig abstoßen. Befürworter des

* Nikolay Hristov ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut, Oliver Hülsewig ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule München und Forschungsreferent am ifo Institut, Thomas Siemsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Makroökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Timo Wollmershäuser ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und kommissarischer Leiter des ifo Zentrums für Konjunkturforschung und Befragungen.

¹ Das BVerfG neigt zur Annahme eines Ultra-vires-Aktes, was impliziert, dass die EZB ihr Mandat mit der Ankündigung des OMT-Programms überschritten hat (Bundesverfassungsgericht, 2014).

² Die EZB schreibt bezüglich des OMT-Programms: »Mit diesen Geschäften [Outright Monetary Transactions, Einfügung durch die Autoren], soll der Transmissionsmechanismus in allen Euroländern sichergestellt und die Einheitlichkeit der Geldpolitik gewahrt werden« (Europäische Zentralbank 2012, S. 7).

OMT-Programms feiern dieses Instrument daher schon jetzt als das effektivste Mittel der Geldpolitik, um die Eurokrise, die ja zum Teil auch eine Staatsschuldenkrise ist, zu bekämpfen. Das Programm wirke, bezogen auf die zuletzt gefallenem Risikoauflage auf Staatsanleihen in den Krisenländern, wie erhofft.

Allerdings bleibt festzustellen, dass das eigentliche Ziel des OMT-Programms nach wie vor in weiter Ferne ist. Die Kreditzinsen für Unternehmen in den Krisenländern sind bislang, trotz der niedrigeren Staatsanleihezinsen – wenn überhaupt – nur geringfügig gesunken. Von der Beseitigung der Störung der geldpolitischen Transmission kann also derzeit in keiner Weise gesprochen werden. Aus Sicht der EZB ist diese Entwicklung fatal, zeigt sie doch, dass der Zusammenhang zwischen Kreditzinsen und Staatsanleihezinsen weitaus schwächer ist als gedacht. Letzterer ist jedoch für die Rechtfertigung des OMT-Programms als geldpolitisches Instrument elementar. Die schwache Reaktion der Kreditzinsen in den Krisenländern der Eurozone deckt sich mit empirischer Evidenz, die zeigt, dass die Transmission von Änderungen der Staatsanleihezinsen hin zu Änderungen der Kreditzinsen bereits vor Ausbruch der Finanzmarktkrise äußerst träge war (vgl. Hristov et al. 2014). Zudem hat sich diese Transmission seit Mitte 2008 nochmals deutlich abgeschwächt.

Für die EZB ist diese Erkenntnis keine gute Nachricht, droht sie doch die potemkinschen Dörfer, die sie zur Rechtfertigung des OMT-Programms mühsam errichtet hat, einzureißen. Was sich dahinter verbirgt, ist wenig erfreulich: Das OMT-Programm ist schlichtweg ungeeignet, das offizielle Ziel, d.h. die Wiederherstellung der geldpolitischen Transmission, zu erreichen. Denn eine nachhaltige Senkung der Kreditzinsen in den Krisenländern der Eurozone würde kontinuierliche, massive Interventionen erfordern. Vorsichtige Schätzungen ergeben, dass die EZB über einen Zeitraum von zwei Jahren Offenmarktkäufe in Höhe von bis zu 250 Mrd. Euro vornehmen müsste. Dies würde etwa 37% der insgesamt ausstehenden Volumina an Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von einem bis drei Jahren entsprechen, die von den Euroländern mit Finanzierungsschwierigkeiten emittiert worden sind. Interventionen in diesem Umfang könnten zwar eine spürbare Entlastung von Kreditnehmern bewirken. Die damit einhergehenden Risiken sind jedoch gravierend. Binnen kurzer Zeit würde die EZB so zu einem der Hauptgläubiger der derzeitigen Krisenländer werden und damit Gefahr laufen, ihre politische Unabhängigkeit zu verlieren und gleichzeitig zu einer »Bad Bank« zu verkommen.

Zudem stellt sich die Frage, ob Krisenländer, die aufgrund massiver Finanzierungsschwierigkeiten Interventionen der EZB eigentlich begrüßen sollten, überhaupt genügend politischen Willen an den Tag legen, um in den Genuss des OMT-Programms kommen zu können. Schließlich setzt die

Anwendung des Programms voraus, dass ein Land vorher unter den Rettungsschirm des European Stability Mechanism (ESM) schlüpft und sich somit strengen wirtschaftspolitischen Auflagen unterwirft. Die jüngste Entwicklung deutet jedoch eher daraufhin, dass die derzeitigen Krisenländer bestrebt sind, alles Erdenkliche zu tun, um dem strengen Regiment eines ESM-Programms zu entkommen. Dieser Widerspruch macht den Geburtsfehler des OMT-Programms deutlich, der die EZB in einen nahezu unlösbaren Konflikt stürzen könnte: Wenn die EZB aus geldpolitischen Gründen eigentlich intervenieren müsste, um die Preisstabilität in der Eurozone zu sichern, bindet ihr die Konditionalität die Hände. Denn über die Macht, ein Land unter den Rettungsschirm zu zwingen, verfügt die EZB als unabhängige Zentralbank nicht.

Was bleibt, sind Zweifel an der Effektivität des OMT-Programms als geldpolitisches Instrument, da, unabhängig von der Frage seiner rechtlichen Legitimität, die Grundlage des Programms, d.h. die unterstellte enge Beziehung zwischen Kreditzinsen und Staatsanleihezinsen, keine empirische Bestätigung findet. Für das Ziel, die Kreditzinsen in den Krisenländern zu senken, wären insofern wohl eher Maßnahmen geeignet, die die Banken von ihren eigentlichen Problemen, wie z.B. die gestiegene Zahl von Kreditausfällen infolge von Insolvenzen oder die mangelnde Ausstattung an Eigenkapital, befreien. Letzteres schließt auch die Abwicklung von Banken ein, die aufgrund ihrer misslichen Lage kaum mehr fähig sind, als Finanzintermediäre zu wirken. Ob es Aufgabe der Geldpolitik ist, derartige Maßnahmen umzusetzen, darf bezweifelt werden. Zur Lösung der Probleme im Bankensektor der Krisenländer sind vielmehr die nationalen Regierungen und Bankenaufsichten gefragt.

Literatur

Bundesverfassungsgericht (2014), Pressemitteilung Nr. 9/2014 vom 7. Februar 2014, online verfügbar unter: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-009.html>, aufgerufen am 7. Februar 2014.

Europäische Zentralbank (2012), »Editorial«, *Monatsbericht*, September, 5–11.

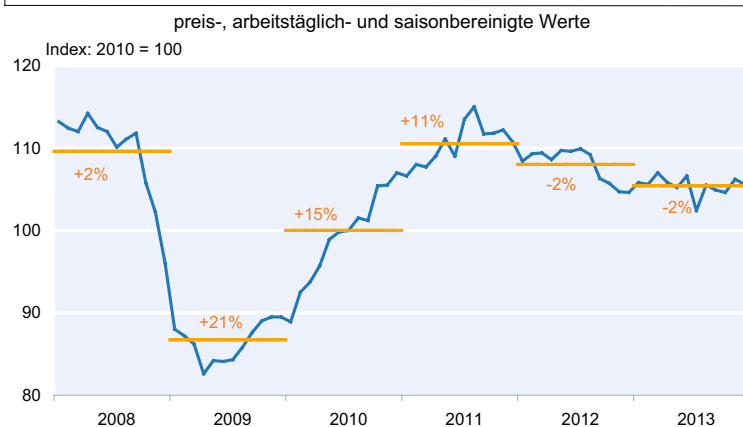
Hristov, N., O. Hülsewig, Th. Siemsen und T. Wollmershäuser (2014), »Smells like Fiscal Policy? Evaluating the Potential Effectiveness of the ECB's OMT Program«, CESifo Working Paper Nr. 4628.

Seit der 2008er Pleite der ehemaligen US-Investmentbank Lehman Brothers – und der darauf folgenden Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise – ist die Weltwirtschaft, in deren Arbeitsteilung die deutsche Elektroindustrie sehr tief eingebunden ist, noch immer nicht zur Normalität zurückgekehrt. Dies hat sich auch im abgelaufenen Jahr 2013 in der Produktions- und Geschäftstätigkeit der Elektrobranche niedergeschlagen. Ein Mangel an Aufträgen – also eine zu geringe Nachfrage – war 2013 dabei das größte Produktionshemmnis. Die globale Wirtschaftsleistung sowie auch die Investitionstätigkeit in den Industrieländern haben sich im vergangenen Jahr schwächer entwickelt als im Jahr davor. Der Welthandel ist laut IWF 2013 um weniger als 3% gewachsen. Im inländischen Geschäft haben vor allem Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem politischen Management der Energiewende belastet. 2014 sollte die deutsche Elektroindustrie aber wieder moderat zulegen.

Den Berechnungen des ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. zufolge ist die reale – d.h. um Preiseffekte bereinigte – Produktion der Elektrounternehmen hierzulande 2013 um 2½% unter ihrem Vorjahreswert geblieben (vgl. Abb. 1). Die nominalen Erlöse (die auch Dienstleistungen und Handelsware mit einschließen) sind – bei in etwa gleich gebliebenen Erzeugerpreisen – um 2% auf 167 Mrd. Euro gesunken, wobei dieses Ergebnis auch von Währungseffekten mit beeinflusst ist. Je stärker der Euro ist, desto geringer fallen in Auslandswährung erzielte Umsätze nach Umrechnung in die heimische Währung nun mal aus. Unsere ursprüngliche Erwartung einer im 2013er Jahresverlauf mehr und mehr anziehenden konjunkturellen Dynamik ist so nicht eingetreten. Bekanntlich sind die Prognosen sowohl für die Weltwirtschaft als auch für die deutsche Wirtschaft letztes Jahr mehrfach gesenkt worden. Entsprechend hatte der ZVEI bereits im Frühherbst darauf hingewiesen, dass die erstmals im Dezember 2012 veröffentlichte Produktionsprognose (von plus 1,5%) nicht zu erreichen ist. Hier haben sicherlich auch die politischen Rahmenbedingungen eine erhebliche Rolle gespielt. Im Vorkrisenjahr 2008 hatte die Branchenproduktion noch moderat zulegen können. Der tiefe 2009er Einbruch konnte dann in den Jahren 2010 und 2011 – und damit letztlich in kürzester Zeit! – aufgeholt und zwischenzeitlich sogar übertroffen werden. Seit Ende 2011 bzw. Anfang 2012 ent-

Abb. 1

Produktion der deutschen Elektroindustrie



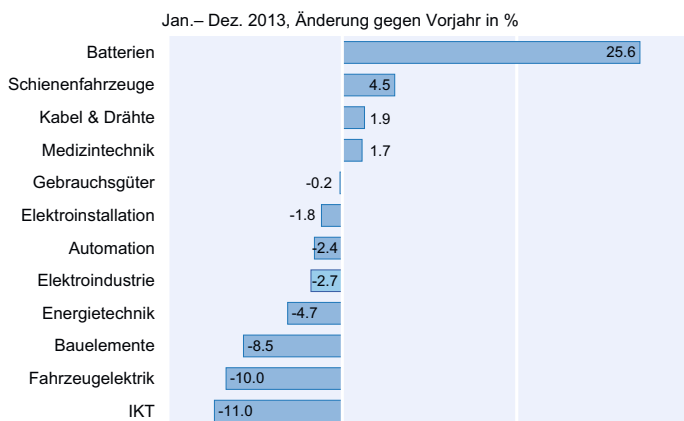
Quelle: Destatis; Berechnungen des ZVEI.

wickelt sich die Produktion aber eher zäh und schleppend, allenfalls seitwärts dahin. Aktuell liegt sie wieder unter dem 2008er Niveau. Allerdings: Betrachtet man den gesamten Zeitraum nach der tiefen Rezession des Jahres 2009 bis heute, so ist die Elektroproduktion zwischen 2010 und 2013 im Durchschnitt um 5% pro Jahr gestiegen.

Freilich variiert die Entwicklung der vielfältigen einzelnen Fachzweige der Elektroindustrie dabei – wie eigentlich immer – äußerst stark (vgl. Abb. 2). So gab es etwa von Januar bis Dezember des vergangenen Jahres im Bereich Elektrische Schienenfahrzeuge ein Produktionsplus von knapp 5% gegenüber dem Vorjahr. Die elektromedizinische Technik oder die Messtechnik und Prozessautomatisierung legten hier um 2 bzw. 1% zu. Dem standen etwa Rückgänge von 8% in der Kommunikationstechnik und 14% in der Informationstechnik gegenüber. In der

* Dr. Andreas Gontermann ist Chefvolkswirt und Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik, Konjunktur und Märkte beim ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V., Frankfurt am Main.

Abb. 2
(Reale) Produktion nach Fachbereichen



Quelle: Destatis; Berechnungen der ZVEI.

Unterhaltungselektronik gab es sogar ein Minus in Höhe von 17%.

Eurozone bremst Exporte

Neben einer zurückhaltenden (inländischen wie ausländischen) Investitionsnachfrage hat sich im abgelaufenen Jahr 2013 auch ein Schwächeln des Exports – der sonst regelmäßig ein Zugpferd ist – im Geschäftsverlauf der deutschen Elektrofirmen bemerkbar gemacht. Das nachlassende Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern – deren Bedeutung als Abnehmer deutscher Elektroexporte in den letzten anderthalb Jahrzehnten durchgängig gewachsen ist – hat dazu geführt, dass Ausfuhrückgänge nach Europa bzw. in den Euroraum diesmal nicht von hohen Zuwächsen der Branchenexporte in die Schwellenländer (über-)kompensiert werden konnten.

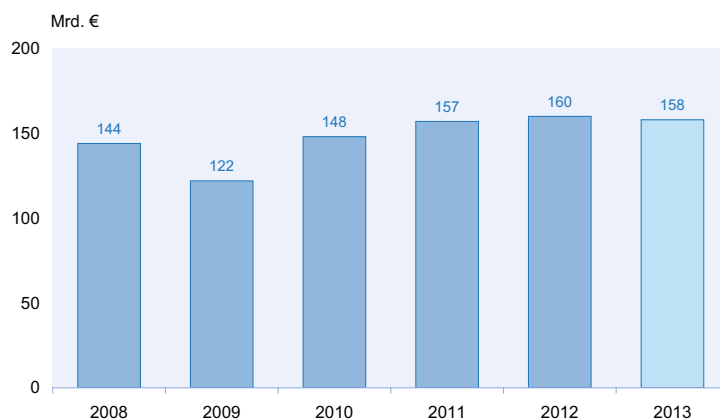
Ganz konkret heißt das: Im vergangenen Jahr sind die deutschen Elektroexporte insgesamt um 1% auf 158 Mrd. Euro zurückgegangen (vgl. Abb. 3). Das hat vor allem an der schwachen Entwicklung der Ausfuhren in die Eurozone – die rund ein Drittel aller Branchenexporte aufnimmt – gelegen. Sie sind um 2% zurückgegangen. Im Exportgeschäft mit Frankreich gab es Stagnation, mit Italien und Spanien ein Minus von 12 und 3%. Auch in die USA – dem mittlerweile größten Abnehmerland vor China und Frankreich – sind die Ausfuhren zwischen Januar und Dezember 2013 stagniert. Dagegen haben die Exportgeschäfte mit China – nach nur verhaltenem Wachstum im vorangegangenen Jahr 2012 – 2013 wieder auf einen

soliden Wachstumspfad zurückgefunden und um mehr als 9% zugelegt. Dass die Zuwächse hier bis 2011 noch deutlich höher lagen, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass der angestrebte Umbau der chinesischen Wirtschaft – weg von der bislang einseitigen Investitions- und Exportorientierung hin zu mehr Konsum und Dienstleistungen – sich eben in einer weniger rasant wachsenden Nachfrage des Landes nach Investitions- und Industriegütern niederschlägt.

Einem 2%-igen Exportrückgang in die Industrieländer stand von Januar bis Dezember des vergangenen Jahres nur ein leichtes Plus von knapp 2% der Ausfuhren in die Schwellenländer gegenüber. Zuletzt hat die Exportdynamik aber wieder an Schwung gewonnen. Die Elektroausfuhren in den Euroraum sind im September 2013 erstmalig wieder auf breiter Front gestiegen. Einzig in Griechenland gab es noch Rückgänge. Auch im Dezember nahm der Euroraum 1,5% mehr Elektroerzeugnisse aus deutscher Herstellung ab als im entsprechenden Vorjahr. Die Exporte nach China und in die USA sind im Dezember um 22 bzw. 4% gegenüber Vorjahr gestiegen, im Oktober zuvor immerhin um 7 und 1%. Auch wenn die gesamten Branchenexporte (einschließlich Re-Exporten) 2013 leicht zurückgegangen sind, sollte man in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass die deutsche Elektroindustrie in den Jahren 2010, 2011 und 2012 drei Ausfuhrrekorde in Folge vermelden konnte und der letztjährige leichte Rückgang insoweit auf sehr hohem Niveau stattgefunden hat.

Sorge bereiten die latente Beeinflussung von Wechselkursen mit dem Ziel, globale Marktanteile zu verteidigen oder auszubauen, sowie die Zunahme protektionistischer Maßnahmen. Seit 2009 gab es weltweit jedes Jahr mehr als 400 neue

Abb. 3
Deutsche Elektroexporte



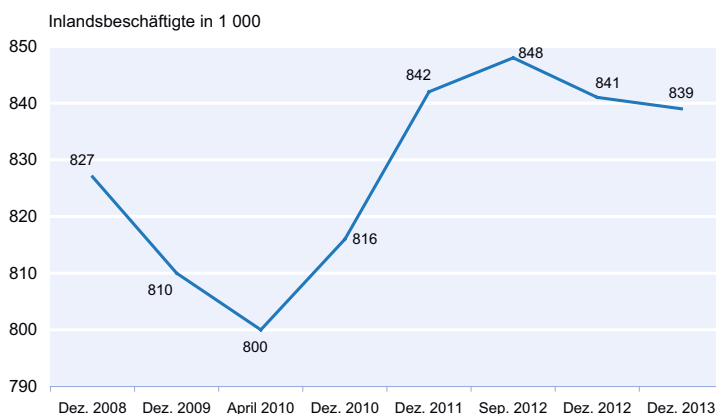
Quelle: Destatis; Berechnungen der ZVEI.

Handelsbeschränkungen (vgl. Global Trade Alert) – Tendenz steigend. Dem Peterson Institute zufolge haben sogenannte Local-content-Klauseln die Weltwirtschaft bereits 2010 mit 93 Mrd. Dollar – an entgangenen Handelsgeschäften – belastet. Gerade in den Schwellenländern greift Protektionismus derzeit stärker um sich als in den Industrieländern. Öffentliche Ausschreibungen verlangen hier einen Mindestanteil an lokaler Wertschöpfung. Brasilianische oder chinesische Zölle etwa sind heute im Durchschnitt vier- bzw. dreimal so hoch wie amerikanische. Entsprechend begrüßen wir sehr den jüngsten (überraschenden) WTO-Abschluss – faktisch ja das erste multilaterale Handelsabkommen seit Bestehen der Organisation überhaupt. Auch die angestrebte transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA unterstützen wir. Wichtig ist, dass die Verhandlungen jetzt schnell zu greifbaren Ergebnissen beim Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse bzw. der Angleichung von Standards und Normen führen.

Beschäftigung nahe am Zehn-Jahres-Hoch

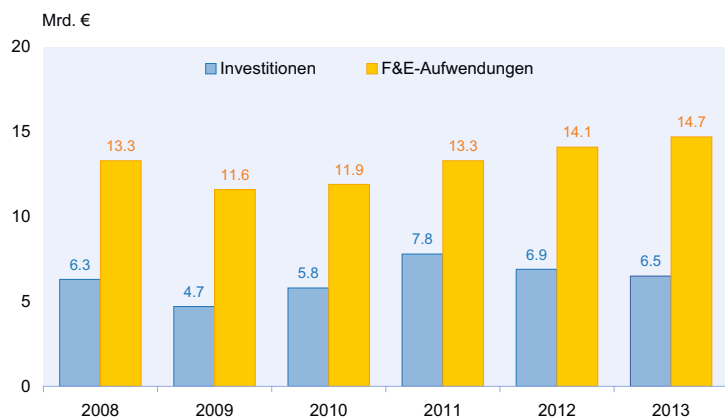
Erfreulich ist nach wie vor die Entwicklung der Beschäftigten in der Branche. Die Zahl der inländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der deutschen Elektroindustrie belief sich zuletzt auf 839 000 (vgl. Abb. 4). Das sind 12 000 Menschen mehr als Ende 2008. Damit befindet sich die Beschäftigung nah am Zehn-Jahres-Hoch. Allein der Fachbereich Automation zählt heute 255 000 Beschäftigte. Im Bereich Gebrauchsgüter sind 91 000 Menschen tätig, im Fachzweig Elektronische Bauelemente 75 000, in der Energietechnik 63 000 oder in der Medizintechnik 34 000. Seit April 2010 – als die branchenweite Beschäftigtenzahl krisenbedingt auf

Abb. 4
Entwicklung der Beschäftigten in der deutschen Elektroindustrie



Quelle: Destatis; Berechnungen des ZVEI.

Abb. 5
Investitionen und F&E-Aufwendungen



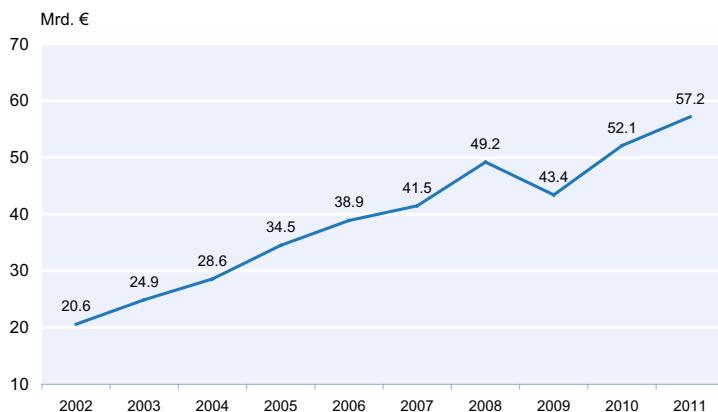
Quelle: Destatis; Berechnungen des ZVEI; ifo Institut Stifterverband.

800 000 gesunken war – haben die Elektrounternehmen knapp 40 000 neue Jobs geschaffen. Mit dem Ziel der Fachkräftesicherung – immerhin sind mehr als ein Fünftel der Branchenbeschäftigten Ingenieure, weitere drei Fünftel Fachkräfte – haben die Firmen in den zurückliegenden Jahren mehr und mehr Zeitarbeits- in Stammbeschäftigungsverhältnisse umgewandelt. Zählt man schließlich die 665 000 Auslandsbeschäftigten zu den inländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinzu, so hat die deutsche Elektrobranche weltweit inzwischen mehr als 1,5 Mill. Beschäftigte.

Investitionen, Innovationen und Internationalisierung als Erfolgsfaktoren

Industrie und industrienaher Dienstleistungen erwirtschaften ein Drittel des Sozialprodukts hierzulande. Es ist diese starke industrielle Basis, die Deutschland vergleichsweise gut durch die Krise gebracht hat. Die zugrunde liegenden Erfolgsfaktoren lassen sich kurz und knapp mit drei »Is« beschreiben: Investitionen, Innovationen und Internationalisierung. Auch und gerade die deutsche Elektroindustrie setzt hierauf. Ihre Investitionen und Aufwendungen für Forschung und Entwicklung belaufen sich zusammengenommen auf 21 Mrd. Euro bzw. 13% des Branchenumsatzes (vgl. Abb. 5). Sieben von zehn Elektrounternehmen bringen regelmäßig Produkt- oder Prozessinnovationen hervor. Die betriebs- wie volkswirtschaftlich günstigen Effekte liegen auf der Hand: Neue Produkte verbessern das Marktangebot, neue Verfahren senken die Kosten. Beides steigert die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Mit einer steuerlichen Forschungsförderung, weniger Bürokratie, Flexibilität am Arbeitsmarkt oder Augenmaß bei

Abb. 6
Direktinvestitionen



Quelle: Destatis; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ZVEI.

den Sozialabgaben sollte die Politik diese Wettbewerbsfähigkeit sichern helfen.

Indem die Elektroindustrie hierzulande zudem mit Abstand auch die meisten Impulse für Neuerungen in anderen Branchen gibt, legt sie zusätzlich die Grundlagen für Wachstum und Wohlstand. Die starke internationale Ausrichtung der deutschen Elektroindustrie zeigt sich nicht nur in den bereits genannten Außenhandelsdaten, sondern auch bei den Direktinvestitionen im Ausland, die sich seit 2000 annähernd verdreifacht haben (vgl. Abb. 6). Mit 57,2 Mrd. Euro geht damit nahezu ein Fünftel aller Direktinvestitionen der deutschen Gesamtindustrie auf unser Konto. Schließlich zeugt die durchschnittliche Eigenkapitalquote der deutschen Elektrounternehmen in Höhe von 40% von der sehr gesunden betriebswirtschaftlichen Verfasstheit der Branche.

Ausblick auf 2014: Erwartung moderaten Wachstums

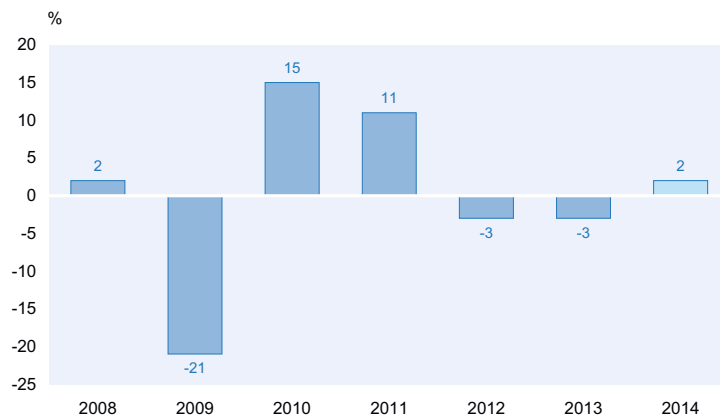
Die Prognose-Unsicherheit ist weiterhin hoch. Entsprechend steht der Ausblick des ZVEI auf 2014 wieder unter Vorbehalt. Diese betreffen vor allem auch die politischen Rahmenbedingungen. Ihre Ausgestaltung ist mitentscheidend dafür, Unsicherheiten zu verringern. In den USA müssen die politischen Lager wieder verlässlich und nachhaltig zur Kompromissfähigkeit zurückfinden. In Europa darf es keine neuerlichen Rückschläge bei der Bewältigung der Euro-Schuldenkrise geben, und man muss sich auf ein reformiertes institutionelles Rahmenwerk verständigen, das den Euro-Raum und die EU dauerhaft wetterfest macht. In Deutschland sollten die Errungenschaften der Agenda 2010 nicht wieder rückgängig gemacht werden. Und die Energiewende muss so organisiert werden, dass das Investitions- und Produktionsklima nicht beeinträchtigt wird. Schließlich sind die Schwellenländer nach zwei Jahrzehnten sehr dynamischen

Wachstums an einem Punkt angelangt, an dem strukturelle Reformen erforderlich sind.

Wir sind zuversichtlich, im kommenden Jahr wieder wachsen zu können. Sowohl der Weltwirtschaft als auch Europa und Deutschland werden für dieses Jahr wieder spürbar höhere (bzw. im Fall der Eurozone überhaupt wieder) Steigerungsraten in Aussicht gestellt. Die Auftragseingänge in der deutschen Elektroindustrie sind zwischen Januar und Dezember 2013 um 3% und in den letzten drei Monaten um 5% gegenüber Vorjahr gestiegen. Dabei kommen die stärksten Impulse aus dem Nicht-Euro-Ausland. Hier gab es in den letzten drei Monaten des Jahres 2013 ein Bestellplus von 12% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wichtige Kundenbranchen dürften 2014 Produktionszuwächse vorweisen. Für Maschinenbau, Automobil-, Bau- oder Chemische Industrie liegen die Vorhersagen zwischen + 2 und + 3%. Wesentliche Stimmungsindikatoren in unserer Branche – etwa: die gegenwärtige Lagebeurteilung, die allgemeinen Geschäftserwartungen, die Exporterwartungen oder die Produktionspläne – befinden sich trotz inzwischen Normalität gewordener monatlicher Zickzack-Bewegungen allesamt deutlich im positiven Bereich. Die Kapazitätsauslastung in der Elektroindustrie befindet sich seit dem ersten Quartal 2014 in etwa wieder auf dem Niveau des langjährigen Mittelwerts von 83%. Die Reichweite der Auftragsbestände liegt bei überdurchschnittlichen 2,7 Monaten. Der jüngsten Konjunkturumfrage des ZVEI (von Anfang November) zufolge erwarten 70% der befragten Branchenunternehmen in diesem Jahr ein Erlöswachstum zwischen 2 und 4%. 20% der Unternehmen gehen von Zuwächsen größer als 4% aus. Entsprechend denken wir, dass die preisbereinigte Produktion der gesamten deutschen Elektroindustrie 2014 wieder um 2% zulegen wird (vgl. Abb. 7). Der Branchenumsatz sollte entsprechend auf 170 Mrd. Euro steigen. Führende Forschungsinstitute und Banken sehen uns nächstes Jahr sogar stärker wachsen. Drei Viertel der Elektrounternehmen wollen ihre Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr (wieder) erhöhen, knapp ein Viertel beibehalten. Kaum eine Firma plant weniger Investitionen.

Aller zunehmenden Volatilität zum Trotz – es bleibt dabei: Die weiter voran schreitende Globalisierung (die sich neben der Ausweitung des weltweiten Handels eben auch immer mehr in grenzüberschreitenden Direktinvestitionen bzw. Unternehmensbeteiligungen ausdrückt), das Streben der Entwicklungs- und Schwellenländer nach mehr Wohlstand, das Wachstum der Weltbevölkerung bei gleichzeitiger Alterung zahlreicher Volkswirtschaften (demographischer Wandel), der Klimawandel, Umweltprobleme und die Knappheit natürlicher Ressourcen oder der zunehmende Bedarf an Wis-

Abb. 7
Ausblick für das Produktionswachstum (Originalwerte)



Quelle: Destatis; Berechnungen des ZVEI.

sen und Information, Vernetzung, Sicherheit und Infrastruktur stellen die Welt vor enorme Herausforderungen. Für die innovativen Technologien, Produkte und Systemlösungen der Elektroindustrie bieten sich hier entsprechend Marktchancen.

Grundlegende Quellen

Destatis, Wiesbaden.

Deutsche Bundesbank, *Bestandserhebung über Direktinvestitionen*, Frankfurt am Main.

ifo Investitionstest im Verarbeitenden Gewerbe.

ifo Konjunkturumfrage.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, *FuE-Datenreport*, Essen.

ZEW - Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, *Deutsche Innovationserhebung*, Mannheim.

ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, *eigene Umfragen und Berechnungen*, Frankfurt am Main.

Der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist weiter gestiegen (vgl. Abb. 1). Die Einschätzung zur aktuellen Lage fällt positiver aus als vor drei Monaten. Der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate bleibt freundlich (vgl. Abb. 3). Der Indikator befindet sich mit 103,2 nun deutlich über seinem langfristigen Durchschnittswert von 95,5 (1998–2013). Die Weltkonjunktur dürfte in den nächsten Monaten Fahrt aufnehmen. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Fragebogenrücklauf Ende Januar 2014 abgeschlossen war und daher die Turbulenzen auf den Devisenmärkten der Schwellenländer nicht voll berücksichtigt werden konnten.

Die wichtigsten Ergebnisse

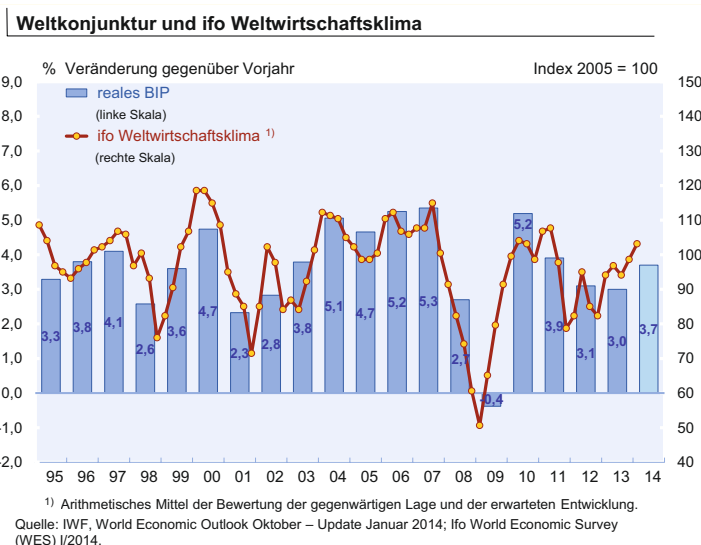
- Die aktuelle Lage hellte sich in allen Regionen auf, wenn auch nur leicht.
- Die Konjunkturerwartungen für die kommenden sechs Monate bleiben unverändert optimistisch.
- Der erwartete Preisanstieg für das Jahr 2014 ist mit 3,2% moderat.
- Ein Anstieg der langfristigen Zinsen wird wahrscheinlicher.
- Der Wert des US-Dollar wird im nächsten halben Jahr voraussichtlich steigen.

Konjunktorentwicklung in den Weltregionen

Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum ist weiter gestiegen (vgl. Abb. 2). Die Verbesserung resultiert aus der wesentlich weniger ungünstigen Lagebeurteilung. Der konjunkturelle Ausblick für die nächsten sechs Monate bleibt unverändert auf dem höchsten Stand seit rund drei Jahren. Die konjunkturelle Erho-

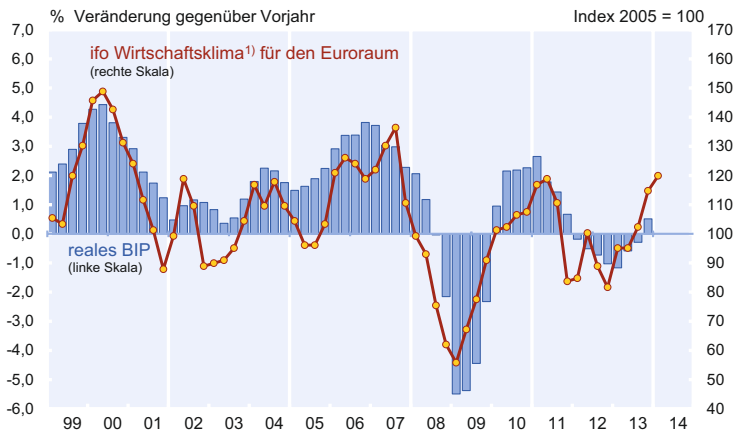
lung dürfte im Laufe der nächsten Monate deutlichere Konturen annehmen. Die beste Bewertung erhielt *Deutschland*, wo sich die sehr positive wirtschaftliche Situation weiter verbessert hat. Auch in *Österreich* äußerten sich wieder mehr Wirtschaftsexperten zuversichtlich zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation. *Lettland*, das die Euro-Währung Anfang des Jahres eingeführt hat, und *Estland* gehören ebenfalls zu den wenigen Ländern des *Euroraums*, in denen die gegenwärtige Konjunkturlage insgesamt als zufriedenstellend gilt. Dagegen hat sich die aktuelle Wirtschaftslage in *Griechenland*, *Italien*, *Portugal*, *Spanien* und *Zypern* gegenüber dem Vorquartal kaum verbessert und bleibt auf Krisenniveau. In *Belgien*, *Irland* und den *Niederlanden* hat sich die wirtschaftliche Situation den befragten Experten zufolge im Vergleich zum Vorquartal zwar etwas verbessert, ist aber wie in *Finnland* und *Frankreich* weiterhin als »ungünstig« einzustufen. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate bleiben in fast allen Ländern des *Euroraums* auf einem hohen Niveau. Lediglich in *Griechenland* und *Frankreich* äußerten

Abb. 1



¹ Im Januar 2014 hat das ifo Institut zum 123. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« – kurz WES – bei 1 121 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 121 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung.

Abb. 2
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum



¹⁾ Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Eurostat, Ifo World Economic Survey (WES) I/2014.

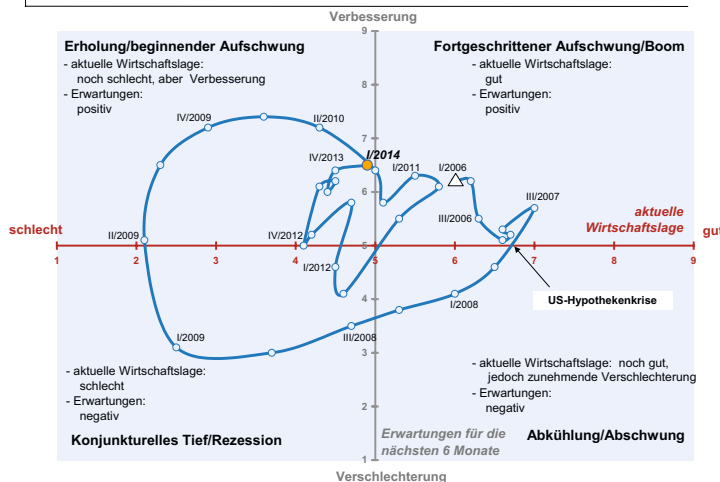
sich die befragten Experten weniger positiv als noch vor drei Monaten. Von einer weiteren Verschlechterung der Lage wird allein in *Zypern* ausgegangen.

In den Ländern **Westeuropas außerhalb des Euroraums** sind die Einschätzungen sowohl zur derzeitigen Wirtschaftslage als auch zu den Konjunkturerwartungen deutlich positiver als in der vorherigen Umfrage. In *Dänemark, Schweden* und dem *Vereinigten Königreich* wird die aktuelle Wirtschaftsleistung als zufriedenstellend beurteilt, in *Island, Norwegen* und der *Schweiz* gilt sie als gut. Im *Vereinigten Königreich* identifizierten die befragten Experten jedoch einige wirtschaftliche Engpässe wie schwache Investitionsausgaben und eine stark eingeschränkte Kreditvergabe an Unternehmen. Im Hinblick auf die kurzfristigen wirtschaftlichen Aussichten äußerten die befragten Experten in allen genannten Ländern mehr Vertrauen. Vor allem in *Norwegen* kehrte Optimismus zurück, trotz der erwarteten geringen wirtschaftlichen Impulse vom privaten Konsum in den nächsten sechs Monaten.

Box 1
ifo Konjunkturuhr und das ifo Weltwirtschaftsklima

Die ifo Konjunkturuhr für das ifo Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus. Nach den Ergebnissen im Januar stieg der Ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima zum zweiten Mal in Folge. Im Gegensatz zur vorangegangenen Umfrage waren es vor allem die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage, die sich verbessert haben, während die Konjunkturerwartungen nahezu unverändert geblieben sind. Der Indikator zeigt eine Seitwärtsbewegung im »Erholungsquadranten« in Richtung eines »fortgeschrittenen Aufschwungs«. Es wird erwartet, dass die Weltwirtschaft in den kommenden Monaten an Dynamik gewinnt. Nach wie vor gibt es aber Abwärtsrisiken wie beispielsweise die jüngsten Turbulenzen in den Devisenmärkten der Schwellenländer, die wegen des Redaktionsschlusses Ende Januar 2014 nicht voll in den Umfrageergebnissen erfasst werden konnten.

ifo Weltwirtschaftsklima

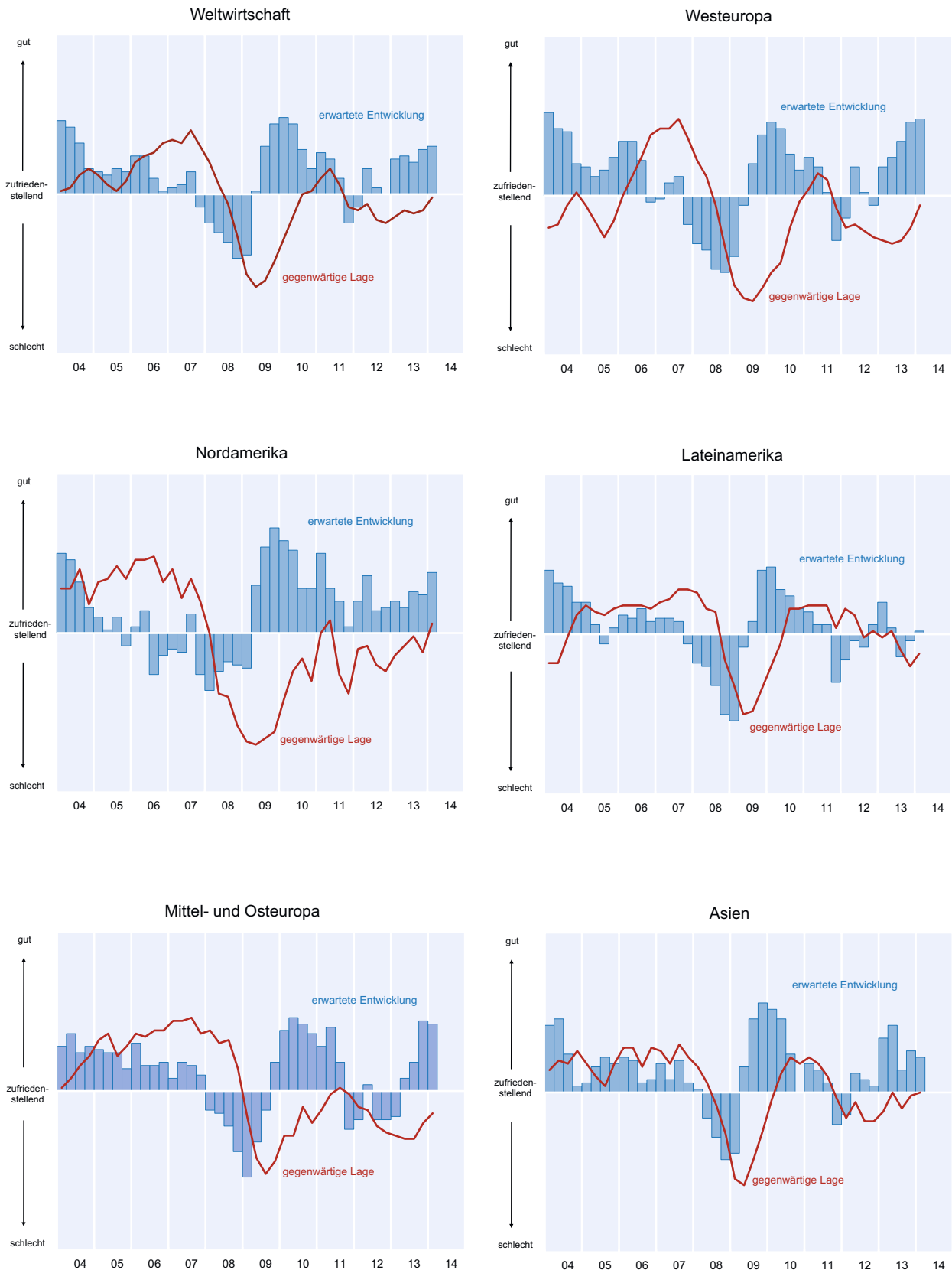


Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) I/2014.

Das ifo Weltwirtschaftsklima ist das arithmetische Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vierquadrantenschema dargestellt werden (»ifo Weltkonjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine zufriedenstellende Beurteilung der Lage (5) bzw. eine unveränderte Einschätzung der Erwartungen (5) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, welche die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

Der Wirtschaftsklimaindikator in **Nordamerika** begann wieder zu steigen, nachdem er Ende 2013 vorübergehend gefallen war. Mit 102,1 erreichte der Indikator den höchsten Stand seit Anfang 2011 und befindet sich deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt von 90,1 (1998–2013). Beide Komponenten des Wirtschaftsklimas, die derzeitige Wirtschaftslage und die Konjunkturerwartungen, sind deutlich positiver als vor drei Monaten. In den *USA* hellte sich das Wirtschaftsklima nach der Eintrübung im vergangenen Quartal wieder leicht auf. Die Beurteilung zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage erreichte zum ersten Mal seit rund drei Jahren ein zufriedenstellendes Niveau. Nach erneut nach oben revidierten Konjunkturerwartungen ist es wahrscheinlicher geworden, dass der wirtschaftliche Aufschwung an Fahrt gewinnt. In *Kanada* herrscht derzeit eine zufriedenstellende Wirtschaftslage und aufgrund zuversichtlicher Konjunkturerwartungen dürfte sich die wirtschaftliche Situation in den nächsten sechs Monaten weiter verbessern. Vor allem in *Kanada* scheint es den WES-Experten zufolge keine Einschränkungen bei der Kreditvergabe für Unternehmen zu geben (vgl. Tab. 1).

Abb. 3
Wirtschaftliche Lage



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) I/2014.

Tab. 1
Angebot an Bankkrediten, Ausmaß der Einschränkung

| Nicht eingeschränkt | |
|------------------------------|-----|
| Kanada | 8,3 |
| Chile | 8,2 |
| Japan | 8,0 |
| Malaysia | 7,7 |
| Paraguay | 7,7 |
| Peru | 7,7 |
| Philippinen | 7,7 |
| Thailand | 7,7 |
| Australien | 7,5 |
| Hongkong | 7,4 |
| Kolumbien | 7,4 |
| Namibia | 7,4 |
| Taiwan | 7,4 |
| Brasilien | 7,2 |
| Kroatien | 7,2 |
| Schweden | 7,2 |
| Neuseeland | 7,0 |
| Pakistan | 7,0 |
| Schweiz | 7,0 |
| Moderat eingeschränkt | |
| USA | 6,8 |
| Deutschland | 6,7 |
| Türkei | 6,6 |
| Argentinien | 6,3 |
| Lesotho | 6,3 |
| Südafrika | 6,3 |
| Südkorea | 6,3 |
| Tschechien | 6,3 |
| Slowakei | 6,2 |
| Kosovo | 6,1 |
| Litauen | 6,1 |
| Finnland | 6,0 |
| Ägypten | 5,9 |
| Frankreich | 5,9 |
| Bulgarien | 5,8 |
| Kenia | 5,8 |
| Sambia | 5,8 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 5,8 |
| Österreich | 5,7 |
| Sri Lanka | 5,7 |
| Uruguay | 5,7 |
| Mexiko | 5,6 |
| Belgien | 5,4 |
| Indien | 5,3 |
| Albanien | 5,0 |
| Bosnien und Herzegowina | 5,0 |
| Kasachstan | 5,0 |
| Lettland | 5,0 |
| Venezuela | 5,0 |
| Russland | 4,9 |
| Polen | 4,8 |
| Dänemark | 4,6 |
| China | 4,4 |
| Nigeria | 4,3 |
| Ukraine | 4,3 |
| Niederlande | 4,2 |
| Stark eingeschränkt | |
| Ungarn | 3,8 |
| Vereinigtes Königreich | 3,7 |
| Portugal | 2,8 |
| Italien | 2,7 |
| Spanien | 2,6 |
| Togo | 2,6 |
| Slowenien | 2,1 |
| Rumänien | 1,9 |
| Simbabwe | 1,6 |
| Griechenland | 1,0 |

Nur Länder mit mind. fünf Antworten sind aufgeführt. – WES-Skala: 9 = nicht, 5 = moderat, 1 = stark eingeschränkt.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) I/2014.

In Asien zeigte der Wirtschaftsklimaindikator nicht viel Bewegung und bleibt nahezu unverändert mit 97,4 (Vorquartal: 98,2) über seinem langjährigen Durchschnitt von 90,4 (1998–2013). Insgesamt wurde die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in der Region wieder als zufriedenstellend beurteilt. Die wirtschaftlichen Aussichten sind zwar etwas weniger positiv als vor drei Monaten, deuten aber auf eine weitere Steigerung des Wirtschaftswachstums in den nächsten sechs Monaten hin. In *China*, *Indonesien* und *Singapur* bleibt die wirtschaftliche Situation im Vergleich zur vorherigen Umfrage nach Ansicht der WES-Experten unverändert zufriedenstellend. In *Japan* und *Sri Lanka* werteten mehr Wirtschaftsexperten als bisher die wirtschaftliche Lage als gut. In *Malaysia* wandelte sich die gegenwärtige Wirtschaftsstimmung von »negativ« zu »positiv«. Was die nächsten sechs Monate betrifft, behalten die befragten Wirtschaftsexperten in allen oben genannten Ländern ihre Zuversicht bei, mit Ausnahme von *Japan*. Hier sind mehr WES-Experten gegenüber der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung skeptisch geworden. Ein Grund für ihre Vorsicht ist sicherlich die beabsichtigte Erhöhung der Verbrauchsteuer von derzeit 5% auf 8% im April 2014, die den privaten Konsum zumindest vorübergehend verlangsamen dürfte. Mit Abstand die beste Bewertung für die derzeitige Wirtschaftslage in der Region erhielten die *Philippinen*, wo alle befragten Wirtschaftsexperten einstimmig die Note »gut« vergaben. Die Mehrheit erwartet eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. In *Hongkong* wurde die aktuelle Wirtschaftslage als günstig bewertet, trotz einer leichten Korrektur nach unten gegenüber der Umfrage im Oktober. Die Konjunkturerwartungen wurden noch stärker herabgestuft; unter dem Strich weisen sie aber auf eine wirtschaftliche Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau. Positive Impulse werden aus dem stärkeren Exportsektor erwartet. In *Südkorea* und *Vietnam* sind die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage etwas weniger negativ als in der letzten Umfrage. Für die nächsten sechs Monate haben die WES-Experten jedoch mehr Vertrauen gewonnen – vor allem in *Vietnam* – und erwarten eine wirtschaftliche Verbesserung in ihren jeweiligen Ländern. In *Indien*, auch wenn eine leichte Verbesserung gegenüber der vorherigen Umfrage sichtbar ist, bleibt die derzeitige Wirtschaftslage weiterhin gedämpft. Die Konjunkturerwartungen behalten ihren Aufwärtstrend bei; dies deutet auf eine leichte Entspannung der derzeit schwierigen Wirtschaftslage in den kommenden Monaten hin. Die stärkste Abwärtsrevision der aktuellen Wirtschaftslage im Vergleich zur vorherigen Befragung fand in *Bangladesch* statt. Hier bewegen sich die Bewertungen auf ungünstigem Terrain. Allerdings wird die derzeit schwache Wirtschaftsleistung wahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein, da die Konjunkturerwartungen der befragten Experten für die nächsten sechs Monate auf der positiven Seite verbleiben. In *Thailand* spiegeln sich in den ungünstigen Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage die an-

dauernden politischen Spannungen wider. Im Hinblick auf die nächsten sechs Monate erwarten die WES-Experten keine große Veränderung zum Besseren in ihrem Land. In *Pakistan* und *Taiwan* wurde weiterhin von einer schwachen aktuellen Wirtschaftsleistung berichtet. Während die befragten Wirtschaftsexperten in *Pakistan* keine wesentliche Verbesserung ihrer Wirtschaft in den nächsten sechs Monaten erwarten, sollte sich ihrer Meinung nach die wirtschaftliche Situation in *Taiwan* ein wenig verbessern.

In **Mittel- und Osteuropa** stieg der Wirtschaftsklimaindikator nur leicht auf 90,7 (Vorquartalsumfrage: 89,1), und zwar ausschließlich aufgrund der weniger negativen Einschätzungen der derzeitigen wirtschaftlichen Lage. Die Konjunkturerwartungen trübten sich zwar geringfügig ein, bleiben aber positiv und signalisieren eine Fortsetzung der allmählichen wirtschaftlichen Belebung im Laufe der nächsten sechs Monate. Die beste Bewertung in der Region erhielt erneut *Litauen*, auch wenn die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage weniger positiv als vor drei Monaten ausfielen. Im Gegensatz dazu haben sich die wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate weiter aufgehellt und sind sehr optimistisch. Vor allem werden mehr Impulse aus dem Exportgeschäft erwartet. In *Polen* wich die bislang skeptische Experteneinschätzung zur wirtschaftlichen Situation einer positiveren Beurteilung. Die Konjunkturerwartungen bleiben optimistisch und deuten auf eine anhaltende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in den nächsten sechs Monaten hin. Insbesondere die Exporte werden voraussichtlich in den nächsten sechs Monaten zulegen. In *Bulgarien*, *Tschechien* und *Ungarn* bleiben die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage insgesamt ungünstig, trotz einer leichten Aufwärtskorrektur in *Bulgarien* und *Ungarn*. Im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind die Umfrageteilnehmer in den beiden letztgenannten Ländern deutlich positiver als noch vor drei Monaten. In *Tschechien* trübten sich die konjunkturellen Aussichten zwar etwas ein, bleiben aber insgesamt positiv. In *Kroatien* gibt es wiederum keine Veränderung zum Besseren: Alle befragten Wirtschaftsexperten bestätigten zum sechsten Mal in Folge wieder einstimmig die schlechte Wirtschaftslage ihres Landes. Die Konjunkturerwartungen sind weniger positiv als vor drei Monaten und signalisieren nur schrittweise Verbesserungen in den kommenden sechs Monaten. In *Rumänien* wurde die gegenwärtige wirtschaftliche Situation weiterhin als ungünstig eingestuft. Die wirtschaftlichen Aussichten drehten sich von »positiv« auf »negativ« und zeigen keine Verbesserungen der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten an. In den *mittel- und osteuropäischen* Ländern außerhalb der EU wurde die aktuelle wirtschaftliche Lage sogar als noch schwieriger als in der letzten Umfrage empfunden. Dies gilt insbesondere für *Albanien* und *Serbien*, wo die derzeitige Wirtschaftslage als »schlecht« eingestuft wurde. Auch die Konjunkturerwartungen in diesen Ländern sind weniger positiv als vor drei Monaten. In *Bosnien und Her-*

zegowina wurde über keine Verbesserung der derzeit schwachen Konjunktur berichtet. Im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung äußerten die befragten Experten sogar eine größere Skepsis als in der vorangegangenen Umfrage und erwarten damit keine wirtschaftliche Verbesserung in den nächsten sechs Monaten.

Der ifo Wirtschaftsklimaindikator für die **GUS-Staaten** (*Russland, Ukraine, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan* und *Armenien*) ist nur leicht gestiegen. Mit 70,4 (vorherige Umfrage: 67,9) bleibt der Indikator weit unter seinem langfristigen Durchschnitt von 87,4 (1998–2013). Während die Einschätzungen zur gegenwärtigen Situation nach wie vor ungünstig sind, wurden die Konjunkturerwartungen leicht nach oben revidiert. Dennoch sind die wirtschaftlichen Perspektiven insgesamt trübe und zeigen keine Verbesserung in den nächsten sechs Monaten an. In *Russland* bleiben die Beurteilungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage ungünstig. Vor allem Investitionen erweisen sich als schwach, während der private Konsum zufriedenstellend läuft. Was die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Monaten betrifft, korrigierten die WES-Experten ihre Erwartungen zwar nach oben, jedoch bestimmt weiterhin Vorsicht den Ausblick. Im Hinblick auf das Klima für ausländische Investoren monieren die Umfrageteilnehmer in *Russland* sehr hohe rechtliche und administrative Beschränkungen für ausländische Firmen. Dies gilt auch für die *Ukraine*, wo sich die politische Instabilität voraussichtlich fortsetzen wird und weitere negative Auswirkungen auf das Investitionsklima haben dürfte (vgl. Tab. 2 und 3). Auch das Wirtschaftsklima insgesamt verschlechterte sich weiter. Beide Einschätzungen – sowohl zur derzeitigen Lage als auch zu den Erwartungen in den kommenden sechs Monaten – sind negativer als in der letzten Umfrage und sprechen für eine verhaltene wirtschaftliche Entwicklung. In *Kirgisien* bleibt die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation wie in der vorherigen Umfrage auf einem ungünstigen Niveau. Die Konjunkturerwartungen hellten sich etwas auf und deuten auf eine Verbesserung der Wirtschaftsleistung in den nächsten sechs Monaten hin. *Kasachstan* und *Usbekistan* sind die einzigen Länder der Region, in denen derzeit eine insgesamt zufriedenstellende Wirtschaftslage herrscht, die auch voraussichtlich in den kommenden Monaten anhalten dürfte.

In **Ozeanien** fiel der Wirtschaftsklimaindikator leicht auf 107,1 (Wert im Vorquartal: 108,0), was auf die weniger positiven Konjunkturerwartungen zurückzuführen ist. Die Beurteilung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage veränderte sich kaum und bleibt auf einem zufriedenstellenden Niveau. Dies gilt insbesondere für *Australien*, wo die aktuelle wirtschaftliche Lage wenig Anlass zur Kritik gibt. Der Optimismus hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung verblasste zwar etwas, bleibt aber insgesamt positiv. Jedoch wird im nächsten halben Jahr weiterhin eine Abschwächung bei den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen erwartet. Die

Tab. 2
Rechtlich-administrative Einschränkungen für ausländische Investoren

| Keine | |
|------------------------------|-----|
| Uruguay | 9,0 |
| Chile | 7,8 |
| Dänemark | 7,7 |
| Schweden | 7,7 |
| Finnland | 7,5 |
| Namibia | 7,4 |
| Sudan | 7,4 |
| Peru | 7,1 |
| Litauen | 7,0 |
| Eher gering | |
| Niederlande | 6,8 |
| Kosovo | 6,7 |
| Deutschland | 6,6 |
| Hongkong | 6,6 |
| Schweiz | 6,4 |
| Portugal | 6,3 |
| Kolumbien | 6,2 |
| Österreich | 6,2 |
| Türkei | 6,2 |
| USA | 6,2 |
| Slowenien | 6,1 |
| Neuseeland | 6,0 |
| Lettland | 5,9 |
| Polen | 5,9 |
| Rumänien | 5,9 |
| Slowakei | 5,9 |
| Israel | 5,8 |
| Spanien | 5,8 |
| Vereinigtes Königreich | 5,8 |
| Australien | 5,7 |
| Brasilien | 5,5 |
| Belgien | 5,4 |
| Bulgarien | 5,4 |
| Kanada | 5,4 |
| Pakistan | 5,4 |
| Kenia | 5,3 |
| Mexiko | 5,3 |
| Griechenland | 5,0 |
| Kasachstan | 5,0 |
| Lesotho | 5,0 |
| Paraguay | 5,0 |
| Togo | 5,0 |
| Tschechien | 5,0 |
| Südafrika | 4,8 |
| Frankreich | 4,7 |
| Japan | 4,7 |
| Sambia | 4,7 |
| Südkorea | 4,6 |
| Thailand | 4,5 |
| Ungarn | 4,5 |
| Malaysia | 4,3 |
| Sri Lanka | 4,3 |
| Albanien | 4,2 |
| Kroatien | 4,2 |
| Eher hoch | |
| Indien | 3,9 |
| Italien | 3,7 |
| Bosnien und Herzegowina | 3,4 |
| Taiwan | 3,4 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 3,4 |
| China | 3,2 |
| Nigeria | 3,0 |
| Philippinen | 3,0 |
| Russland | 2,7 |
| Venezuela | 2,3 |
| Ägypten | 1,4 |
| Argentinien | 1,3 |
| Simbabwe | 1,0 |
| Ukraine | 1,0 |

Nur Länder mit mind. fünf Antworten sind aufgeführt. – WES-Skala: 9 = keine, 5 = gering, 1 = hoch.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) I/2014.

Exporte, andererseits, werden innerhalb der nächsten sechs Monate zunehmen und dürften helfen, das Handelsbilanzdefizit zu verringern. Der Wirtschaftsklimaindikator in *Neuseeland* setzte seinen Aufwärtstrend fort und erreichte fast die historischen Höchststände des ifo Wirtschaftsklimas, die im Jahr 1994 beobachtet werden konnten. Die Einschätzungen sowohl zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation als auch zur konjunkturellen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten sind sehr positiv und deuten auf einen Fortbestand der günstigen wirtschaftlichen Bedingungen in den kommenden Monaten.

Das Wirtschaftsklima in *Lateinamerika* verbesserte sich aufgrund der nach oben revidierten Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Situation als auch der Erwartungen. Im Durchschnitt bleibt aber die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in der Region weiterhin ungünstig; daran wird sich – den befragten Experten zufolge – auch in den nächsten sechs Monaten nichts ändern. Der Indikator stieg zwar auf 86,0 (vorangegangener Umfragewert: 79,6), liegt damit aber deutlich unter seinem langfristigen Durchschnitt (1998–2013: 91,3). In *Brasilien* sind keine Änderungen zum Besseren zu erkennen. Bau- und Ausrüstungsinvestitionen werden erneut als besonders schwach empfunden. Die Konjunkturaussichten für die nächsten sechs Monate bleiben eingetrübt, da sich mehr Experten als in der vorangegangenen Erhebung besorgt hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zeigen. In *Mexiko*, das wirtschaftlich zweitwichtigste Land in der Region, hellte sich das Wirtschaftsklima leicht auf. Die Beurteilung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage bleibt allerdings trotz der leichten Verbesserung zum Vorquartal auf ungünstigem Terrain. Jedoch wurden die Konjunkturerwartungen nach oben revidiert und signalisieren eine Verbesserung der Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten. Aus *Argentinien* gibt es keine positiven Nachrichten, und die Wirtschaft bleibt schwach, insbesondere im Hinblick auf Investitionen. Auch innerhalb der nächsten sechs Monate wird keine wesentliche Verbesserung erwartet. Die Umfrageteilnehmer warnten vor einer steigenden Inflationsrate in den kommenden Monaten und erwarten eine Fortsetzung der Peso-Abwertung. Die mit Abstand schwächsten wirtschaftlichen Bedingungen herrschen weiterhin in *Venezuela*. Hier bescheinigen alle befragten Wirtschaftsexperten einstimmig die aktuelle schwierige wirtschaftliche Situation und erwarten eine weitere Verschlechterung in den nächsten sechs Monaten. Neben einer Inflationsrate von über 62%, die voraussichtlich weiter anzusteigen droht, wird das Investitionsklima durch die zunehmende politische Instabilität und weitere administrative Beschränkungen für ausländische Firmen belastet (vgl. Tab. 2, 3 und 4). Dagegen wird in *Bolivien*, *Chile*, *Kolumbien*, *Ecuador*, *Paraguay*, *Peru* und *Uruguay* die gegenwärtige wirtschaftliche Lage als günstig bewertet und damit weit freundlicher als in den anderen *lateinamerikanischen* Ländern. Die künftigen wirtschaftlichen Erwartungen betreffend, gibt es

Tab. 3
Erwartete Veränderungen der Rahmenbedingungen für ausländische Investoren in den nächsten sechs Monaten

| Einflussfaktoren auf das Investitionsklima | Änderungen in den nächsten sechs Monaten* | |
|---|---|--|
| | Verschlechterung | Verbesserung |
| Rechtlich-administrative Einschränkungen für die ausländischen Investoren | Venezuela | China, Griechenland, Kroatien, Peru, Sudan |
| Politische Stabilität | Belgien, Bosnien und Herzegowina, Israel, Neuseeland, Nigeria, Rumänien, Ukraine, Venezuela | Ägypten, Albanien, China, Indien |

* Für die Länder, die in dieser Tabelle nicht genannt wurden, wird keine wesentliche Veränderung des Investitionsklimas erwartet. Nur Länder mit mind. fünf Antworten wurden in die Analyse einbezogen. – Kriterien zur Auswahl von Ländern: Verschlechterung: Wert auf der WES-Skala zwischen 1,0 und 3,5; Verbesserung: Wert auf der WES-Skala zwischen 6,0 und 9,0.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) I/2014.

jedoch unterschiedliche Tendenzen in diesen Ländern: Während in *Bolivien*, *Kolumbien*, *Paraguay* und *Peru* die aktuellen guten wirtschaftlichen Bedingungen voraussichtlich bestehen bleiben werden, zeigen sich die Experten in *Chile*, *Ecuador* und *Uruguay* skeptisch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. In *Costa Rica*, *Guatemala* und *Panama* herrscht eine zufriedenstellende derzeitige wirtschaftliche Situation vor, die sich voraussichtlich in den nächsten sechs Monaten auf diesem guten Niveau halten dürfte.

Im **Nahen Osten** stieg der Wirtschaftsklimaindikator von 87,7 auf 94,8 und somit spürbar über einen langfristigen Durchschnitt. Die Bewertungen der beiden Wirtschaftsklimakomponenten sind positiver als vor drei Monaten. Vor allem die aktuelle wirtschaftliche Situation hellte sich im Vergleich zur vorherigen Umfrage auf und wird als günstig erachtet. Dies gilt insbesondere für *Saudi-Arabien*, *Katar* und die *Vereinigten Arabischen Emirate*. In allen drei Ländern wird die aktuelle Wirtschaftslage als sehr gut bewertet, und daran dürfte sich nach Einschätzung der WES-Experten in den nächsten sechs Monaten nichts ändern. In *Israel*, *Jordanien* und im *Libanon* läuft die Wirtschaft derzeit laut den befragten Experten zufriedenstellend. Der wirtschaftliche Ausblick ist für *Israel* und den *Libanon* wieder freundlicher, und die Vorsicht im letzten Quartal wurde von Optimismus abgelöst. Auch in *Jordanien* bleiben die Testteilnehmer positiv, trotz einer leichten Abwärtsrevision ihrer Erwartungen im Vergleich zur Umfrage im Oktober. In der *Türkei* trübte sich das Wirtschaftsklima ein, und die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wird nicht mehr als zufriedenstellend angesehen. Die negativen Konjunkturerwartungen signalisieren Skepsis im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden sechs Monaten.

Das Wirtschaftsklima in den **nordafrikanischen** Ländern, die von WES abgedeckt werden, bleibt insgesamt unverändert, auch wenn sich seine zwei Komponenten unterschiedlich entwickelten: Während sich die Beurteilung zur aktuellen Wirtschaftslage weiter verschlechterte, sind die Konjunktur-

erwartungen wiederum positiver als vor drei Monaten. Die aktuelle Wirtschaftslage wurde nur in *Algerien* als befriedigend bewertet. In *Libyen* und *Marokko* verblasste die positive Stimmung in der Wirtschaft, und die aktuelle Situation wird als schwach angesehen. In *Ägypten* und *Tunesien* gibt es keine Entwarnung hinsichtlich der aktuellen politischen Spannungen. Immerhin werden wirtschaftliche Verbesserungen in den nächsten sechs Monaten erwartet, zumal die Konjunkturerwartungen – trotz einer beobachteten Abwärtskorrektur in *Ägypten* – für alle *nordafrikanischen* Länder im positiven Bereich verbleiben. Der Wirtschaftsklimaindikator in *Südafrika* bleibt nahezu unverändert auf niedrigem Niveau. Die aktuelle Wirtschaftslage wurde erneut als ungünstig beurteilt. Die Konjunkturerwartungen bleiben insofern neutral, als die WES-Experten keine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den nächsten sechs Monaten erwarten.

Inflationserwartungen bleiben moderat

Für 2014 erwarten die WES-Experten im weltweiten Durchschnitt einen Preisanstieg von 3,3% und damit in etwa dieselbe Rate, die sie für das abgelaufene Jahr 2013 geschätzt haben (3,2%; vgl. Tab. 4). Stellt man nur auf die Inflationserwartungen jeweils zu Jahresanfang ab, so liegt eine volle Übereinstimmung für 2013 und 2014 vor (3,3%). Dahinter verbergen sich jedoch unterschiedliche Preistendenzen in den verschiedenen Regionen: Während in *West- und Osteuropa*, *Nordamerika*, *Ozeanien*, in den *GUS*-Staaten und *Afrika* für 2014 eine in etwa gleichbleibende oder gar niedrigere Inflationsrate als im Jahre 2013 erwartet wird, sind die Inflationserwartungen in *Asien* und *Lateinamerika* gestiegen.

Inflationstrends nach ausgewählten Ländern

Die von den WES-Experten für den **Euroraum** erwartete Inflationsrate 2014 liegt mit 1,5% deutlich unter dem Wert der zu Jahresanfang 2013 erwartet worden war (2,1%). Im Laufe des vergangenen Jahres wurden die Inflationserwar-

Tab. 4

Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2014 und 2013 (im Januar 2014 und Oktober 2013)

| Region | I/2014 | IV/2013 | Region | I/2014 | IV/2013 |
|---|------------|------------|------------------------------|-------------|------------|
| Durchschnitt der Länder^{a)} | 3,3 | 3,2 | Nordamerika | 1,9 | 1,9 |
| EU (28 Länder) | 1,6 | 1,9 | Kanada | 1,6 | 1,5 |
| EU (alte Mitglieder) ^{b)} | 1,6 | 1,8 | USA | 2,0 | 2,0 |
| EU (neue Mitglieder) ^{c)} | 2,0 | 2,1 | | | |
| Euroraum ^{d)} | 1,5 | 1,7 | Lateinamerika | 10,6 | 9,2 |
| Westeuropa | 1,6 | 1,8 | Argentinien | 29,8 | 26,0 |
| Belgien | 1,4 | 1,3 | Bolivien | 6,6 | 5,9 |
| Dänemark | 1,3 | 1,2 | Brasilien | 6,0 | 5,8 |
| Deutschland | 1,8 | 1,8 | Chile | 2,9 | 2,6 |
| Finnland | 1,6 | 1,8 | Costa Rica | (5,0) | 5,4 |
| Frankreich | 1,2 | 1,2 | Dominikanische Republik | 4,8 | 5,0 |
| Griechenland | -0,4 | -0,1 | Ecuador | 3,0 | 3,6 |
| Irland | 1,1 | 1,0 | El Salvador | 2,2 | 1,5 |
| Island | (3,6) | - | Guatemala | 4,8 | 4,8 |
| Italien | 1,4 | 1,7 | Kolumbien | 2,5 | 2,7 |
| Luxemburg | 1,5 | 1,9 | Kuba | (3,0) | (2,5) |
| Monaco | 1,5 | 1,8 | Mexiko | 4,4 | 3,9 |
| Niederlande | 1,8 | 2,4 | Panama | (6,5) | (6,0) |
| Norwegen | 2,3 | 2,6 | Paraguay | 4,8 | 4,7 |
| Österreich | 1,9 | 2,1 | Peru | 2,9 | 2,9 |
| Portugal | 1,0 | 1,1 | Trinidad und Tobago | (3,0) | - |
| Schweden | 1,0 | 0,9 | Uruguay | 8,0 | 8,6 |
| Schweiz | 0,4 | 0,3 | Venezuela | 62,0 | 47,0 |
| Spanien | 1,3 | 1,9 | | | |
| Vereinigtes Königreich | 2,4 | 3,0 | Ozeanien | 2,4 | 2,4 |
| Zypern | 0,0 | 0,7 | Australien | 2,5 | 2,5 |
| | | | Neuseeland | 2,2 | 1,6 |
| Mittel- und Osteuropa | 2,0 | 2,2 | Naher Osten | 4,1 | 3,9 |
| Albanien | 2,7 | 3,0 | Israel | 2,5 | 2,4 |
| Bosnien und Herzegowina | 2,0 | 1,8 | Jordanien | 5,6 | - |
| Bulgarien | 2,2 | 2,6 | Libanon | 5,5 | (7,0) |
| Estland | 2,4 | 3,3 | Saudi-Arabien | 3,2 | - |
| Kosovo | 1,8 | - | Türkei | 8,2 | 7,6 |
| Kroatien | 2,4 | 2,6 | Vereinigte Arabische Emirate | 2,3 | 1,6 |
| Lettland | 2,6 | 1,9 | | | |
| Litauen | 2,0 | 1,8 | Afrika | 7,5 | 7,8 |
| Mazedonien | 2,8 | 3,0 | Nördliches Afrika | 6,0 | 6,5 |
| Polen | 1,7 | 1,7 | Ägypten | 11,9 | 10,9 |
| Rumänien | 3,1 | 3,8 | Algerien | 3,8 | 5,0 |
| Serbien | 4,2 | 6,0 | Libyen | (6,3) | (4,0) |
| Slowakei | 1,5 | 1,8 | Marokko | (2,5) | (3,0) |
| Slowenien | 1,7 | 2,1 | Tunesien | 5,9 | 7,5 |
| Tschechien | 1,7 | 1,8 | Subsaharisches Afrika | 8,6 | 8,7 |
| Ungarn | 2,4 | 2,4 | Angola | (8,5) | (9,0) |
| | | | Benin | 3,4 | 3,7 |
| GUS | 6,8 | 6,9 | Burundi | (23,0) | (20,0) |
| Armenien | 8,3 | 8,0 | Elfenbeinküste | (5,2) | (3,0) |
| Kasachstan | 6,1 | 6,6 | Gabun | (3,2) | (3,2) |
| Kirgisien | 4,5 | (5,0) | Gambia | 5,8 | - |
| Russland | 6,8 | 7,1 | Ghana | (12,0) | (11,0) |
| Ukraine | 5,8 | 5,4 | Kenia | 8,1 | 7,8 |
| Usbekistan | (15,4) | (13,2) | Kongo Demokratische Rep. | 1,2 | 1,4 |
| | | | Kongo Rep. | 2,9 | 3,4 |
| Asien | 3,6 | 3,4 | Lesotho | 5,5 | 6,2 |
| Bangladesch | 7,0 | 8,0 | Liberia | 8,1 | 7,6 |
| China | 3,3 | 3,4 | Madagaskar | 7,1 | 7,6 |
| Hongkong | 4,5 | 3,6 | Malawi | (28,0) | (18,0) |
| Indien | 7,7 | 7,1 | Mauretanien | 6,5 | 6,5 |
| Indonesien | 6,5 | 8,3 | Mauritius | 3,8 | 3,6 |
| Japan | 1,5 | 0,6 | Namibia | 5,5 | 6,3 |
| Malaysia | 3,8 | 3,6 | Niger | 2,8 | 2,9 |
| Pakistan | 12,3 | 12,1 | Nigeria | 11,0 | 9,9 |
| Philippinen | 4,0 | 3,1 | Sambia | 7,7 | 8,0 |
| Singapur | (3,2) | (3,0) | Sierra Leone | 9,8 | 9,8 |
| Sri Lanka | 8,2 | 8,5 | Simbabwe | 3,1 | 2,7 |
| Südkorea | 2,6 | 2,5 | Südafrika | 6,0 | 6,3 |
| Taiwan | 1,4 | 1,3 | Sudan | 39,0 | 43,8 |
| Thailand | 2,8 | 3,2 | Swasiland | (6,2) | 6,6 |
| Vietnam | 5,1 | 6,2 | Togo | 2,8 | (2,7) |

^{a)} Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. – ^{b)} Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. – ^{c)} Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ^{d)} Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – () Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) I/2014 und IV/2013.

tungen kontinuierlich nach unten korrigiert. Es bleibt abzuwarten, wie der Anpassungsprozess der Erwartungen in diesem Jahr verläuft. Wie bereits 2013 werden im *Euroraum* für dieses Jahr die niedrigsten Inflationsraten in den »Euro-Krisenländern« *Griechenland* (– 0,4%), *Zypern* (0,0%), *Portugal* (1,0%) und *Irland* (1,1%) erwartet. Über dem Durchschnittswert des Euroraums liegen die Inflationserwartungen für 2014 in *Lettland* (2,6%), *Estland* (2,4%), und zu einem geringeren Grad auch in *Österreich* (1,9%), *Deutschland* und den *Niederlanden* (jeweils 1,8%).

In **Westeuropa außerhalb des Euroraums** werden voraussichtlich weiterhin die *Schweiz* (0,4%) das untere Ende und das *Vereinigte Königreich* (2,4%) und *Norwegen* (2,3%) das obere Ende der Preisskala bilden, auch wenn die Unterschiede zwischen diesen beiden Extremen gegenüber dem Vorjahr geringer geworden sind.

In **Mittel- und Osteuropa** ist die für 2014 erwartete Inflationsrate mit 2,0% deutlich niedriger als die zu Jahresanfang 2013 erwartete Rate (3,3%). Hierbei handelt es sich um einen Trend, der in allen Ländern der Region beobachtet werden kann. Nach Ansicht der WES-Experten wird die Preissteigerung dieses Jahr vor allem in *Polen* und in *Tschechien* relativ niedrig ausfallen (in beiden Fällen 1,7%). Die höchsten Inflationserwartungen in der Region herrschen wiederum in *Serbien* (4,2%); gegenüber der für 2013 registrierten Inflation von 6,0% würde dies nichtsdestoweniger eine spürbare Verbesserung an der Inflationsfront bedeuten.

In **Nordamerika** liegt die sich für 2014 abzeichnende Inflationsrate bei 1,9%, was der für 2013 gemeldeten Inflation entspräche. In den *USA* wird dabei die Inflation wiederum höher sein als in *Kanada* (2,0% gegenüber 1,6%).

In **Asien** sind die Inflationserwartungen für 2014 leicht gestiegen (auf 3,6% nach geschätzten 3,4% im Jahr 2013). Dies lag hauptsächlich an den höheren Inflationserwartungen in *Japan* (1,5% 2014 nach 0,6% 2013), *Hongkong* (4,5% 2014 nach 3,6% 2013) und in den *Philippinen* (4,0% 2014 nach 3,1% 2013). Auf der anderen Seite unterschreiten die aktuellen Inflationserwartungen die für das vergangene Jahr gemeldeten Preissteigerungen besonders in *Vietnam* (5,1% nach 6,2%) und *Indonesien* (6,5% nach 8,3%). In den meisten anderen *asiatischen* Ländern unterscheiden sich die aktuellen Inflationserwartungen nur geringfügig von den Raten, die für das abgelaufene Jahr gemeldet wurden, oder sind sogar etwas niedriger. So beträgt die für 2014 erwartete Inflationsrate in *China* 3,3% nach 3,4% 2013, in *Südkorea* 2,6% nach 2,5% 2013 und in *Thailand* 2,8% nach 3,2%. Die niedrigsten Inflationsschätzungen kamen auch dieses Jahr neben *Taiwan* aus *Japan*, wo mittels einer aggressiven Geldpolitik versucht wird, das Wachstum zu stimulieren und Deflationsgefahren zu bekämpfen. Das mittel-

fristige Inflationsziel von 2% wird allerdings wohl auch in diesem Jahr nicht erreicht werden können.

In **Ozeanien** entspricht die Inflationserwartung für 2014 der für das abgelaufene Jahr gemeldeten Inflationsrate von 2,4% (2,5% in *Australien* und 2,2% in *Neuseeland*).

In **Lateinamerika** befinden sich die Inflationserwartungen für 2014 deutlich über der für 2013 gemeldeten Preissteigerungsrate (10,6% nach 9,2% 2013). Der Grund hierfür liegt vor allem an den nochmals deutlich verschlechterten Inflationsspektiven für *Venezuela* (62,0% nach 47,0% 2013). Aber auch in den meisten anderen *lateinamerikanischen* Ländern hat sich der Inflationsausblick etwas verschlechtert, wie z.B. in *Brasilien* (von 5,8% auf voraussichtlich 6,0% 2014), in *Mexiko* (von 3,9% auf voraussichtlich 4,4% 2014) und im Hochinflationsland *Argentinien* (von 26,0% auf 29,8% 2014).

In den **GUS-Staaten** stimmen die Inflationserwartungen für 2014 weitgehend mit denen für 2013 überein (6,8% bzw. 6,9%). Niedriger als im Durchschnitt der Region dürften die Preissteigerungen im laufenden Jahr in *Kirgisien* (4,5%), der *Ukraine* (5,8%) und *Kasachstan* (6,1%) ausfallen. Die in *Russland* für 2014 erwartete Inflationsrate entspricht mit 6,8% dem regionalen Durchschnitt; verglichen mit der Inflation 2013 (7,1%) würde dies bei Eintreffen der Prognose zumindest eine Verlangsamung des Preisanstiegs bedeuten. Deutlich schlechter als im Durchschnitt in der Region werden die Inflationsspektiven weiterhin für *Usbekistan* eingeschätzt (15,4%).

Im **Nahen Osten** fielen die Inflationserwartungen für 2014 geringfügig höher aus als die für das abgelaufene Jahr gemeldete Preissteigerungsrate (4,1% gegenüber 3,9%). Dieser Anstieg resultiert vor allem aus den gestiegenen Inflationserwartungen in der *Türkei* (8,2% nach 7,6% 2013) und – ausgehend von einem wesentlich niedrigeren Niveau – auch in den *Vereinigten Arabischen Emiraten* (2,3% nach 1,6% 2013).

In **Afrika** ergibt sich nach wie vor ein sehr heterogenes Bild bei den Inflationstendenzen: Relativ niedrige Inflationsraten (unter 4%) werden für 2014 weiterhin in der *Demokratischen Republik Kongo* (1,2%), *Marokko* (2,5%), *Togo* und *Niger* (jeweils 2,8%), in *Kongo-Brazzaville* (2,9%), *Simbabwe* (3,1%), *Gabun* (3,2%), *Benin* (3,4%) und *Algerien* (3,8%) erwartet. In einem Mittelfeld (zwischen 4% und 9%) liegen die für 2014 prognostizierten Inflationsraten weiterhin in der Mehrheit der untersuchten *afrikanischen* Länder, so in *Tunesien* (5,9%), *Gambia* (5,8%), *Lesotho* (5,5%), *Kenia* (8,1%), *Mauretanien* (6,5%), *Südafrika* (6,0%) und *Sambia* (7,7%). Hohe Inflationsraten von über 9% dürften auch in diesem Jahr besonders im *Sudan* (39,0%), *Malawi* (28,0%) und *Burundi* (23,0%) dominieren. Ebenfalls zu der Gruppe

Abb. 4
Kurz- und langfristige Zinsen
 Erwartungen für die nächsten sechs Monate



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) I/2014.

der Hochinflationen, wenn auch mit etwas geringeren Preissteigerungsraten, gehören *Nigeria* (11,0%), *Ägypten* (11,9%), *Sierra Leone* (9,8%) und *Ghana* (12,0%).

WES-Experten erwarten weiterhin einen Anstieg der langfristigen Zinsen

Im weltweiten Durchschnitt wird mit nahezu unveränderten kurzfristigen Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet. Die Phase der Zinssenkungen durch die Notenbanken scheint abgeschlossen zu sein. Es zeichnet sich aber – zumindest im nächsten halben Jahr – keine Erhöhung der im historischen Vergleich meist niedrigen Geldmarktzinsen ab. Anderes gilt für die Kapitalmarktzinsen: Der bereits in Gang gekommene Anstieg der langfristigen Zinsen dürfte sich nach Ansicht der WES-Experten in den nächsten Monaten fortsetzen, allerdings nur sehr verhalten (vgl. Abb. 4). Relativ am stärksten ausgeprägt ist der erwartete Aufwärtstrend der Kapitalmarktzinsen in den USA, wo mit einer Fortsetzung des »Tapering«, also einer Straffung der bisher sehr lockeren Geldpolitik, gerechnet wird.

Ausnahmen von dem erwarteten weiteren Aufwärtstrend der langfristigen Zinsen bilden nach Ansicht der befragten Experten Länder wie *Sri Lanka*, *Bangladesch*, *Chile*, *Bulgarien*, *Rumänien*, *Serbien*, *Litauen* und *Armenien*. Ferner gehören zur Gruppe der Länder mit einem erwarteten weiteren Rückgang der Kapitalmarktzinsen Euro-Krisenländer wie *Griechenland*, *Spanien*, *Portugal* sowie *Zypern* und *Slowenien*, wo sich die krisenbedingten Zinsaufschläge nach Ansicht der WES-Experten weiter zurückbilden dürften.

Wie schnell sich jedoch die Ruhe an der Zinsfront ändern kann, haben in den vergangenen Wochen die Ereignisse in einigen Schwellenländern gezeigt. So sahen sich z.B. die Notenbanken in der *Türkei*, *Brasilien* und *Indien* gezwungen, kurzfristig ihren Leitzins erheblich und teilweise entgegen der Markterwartung zu erhöhen, um einer Kapitalflucht, verbunden mit einem Währungsverfall, entgegenzuwirken.

Aufwärtstrend des US-Dollar wird sich fortsetzen

Im weltweiten Durchschnitt werden der *Euro* und das *britische Pfund* als leicht überbewertet, der *US-Dollar* und – nach der erfolgten starken Abwertung – auch der *japanische Yen* tendenziell als unterbewertet bezeichnet (vgl. Abb. 5). Nach Ländern differenziert ergeben sich jedoch deutliche Abweichungen von diesem Gesamtbild: Als fundamental **unterbewertet** gilt die eigene

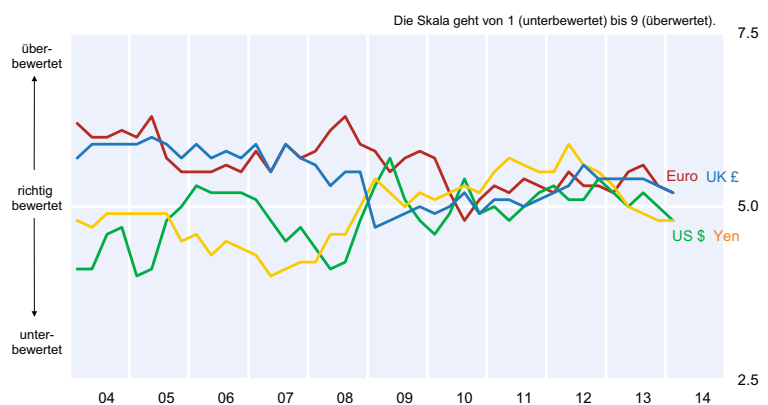
Landeswährung nach Ansicht der befragten WES-Experten in *Australien*, in einigen *mittel- und osteuropäischen* Ländern wie *Tschechien*, *Bosnien und Herzegowina*, *Ungarn* und *Rumänien*. Auch in einigen *asiatischen* Ländern wie *Indien*, *Indonesien*, *Thailand* und *China* (hier jedoch nicht im Hinblick auf den *japanischen Yen*), in der *Türkei* und in einigen Ländern *Afrikas* wie *Kenia*, *Elfenbeinküste*, *Sudan*, *Lesotho* und *Sierra Leone* wird die eigene Währung fundamental als unterbewertet empfunden, auch wenn dieses Urteil nicht immer mit den Markterwartungen ausländischer Kapitalanleger übereinstimmen muss. Im Gegensatz dazu sehen die WES-Experten ihre eigene Währung fundamental als **überbewertet** in *Pakistan*, *Vietnam*, *Argentinien*, *Brasilien*, *Kuba*, *Uruguay*, *Neuseeland* und in der *Ukraine*. Im *Euroraum* betrachten die Umfrageteilnehmer in nahezu allen Mitgliedsländern den *Euro* gegenüber dem *japanischen Yen* und vielfach auch gegenüber dem *US-Dollar* als überbewertet.

Auf die zusätzliche Frage nach der Entwicklung des *Dollar*-kurses in den nächsten sechs Monaten, unabhängig davon, wie die einzelnen Währungen fundamental eingeschätzt werden, ergab sich im Weltdurchschnitt noch etwas häufiger als in der vorangegangenen Umfrage ein insgesamt steigender Wert des *US-Dollar* (vgl. Abschnitt Globale Auswirkungen des »Tapering«). Abweichend vom Gesamtdurchschnitt wird mit einer Schwächung des *US-Dollar* gegenüber der eigenen Währung in einigen *asiatischen* Ländern, so in *China*, *Indonesien*, *Malaysia* und *Südkorea* sowie zu einem geringeren Grad auch in *Mexiko* gerechnet.

Zugang der Unternehmen zu Bankkrediten

Nachdem in einigen Ländern erhebliche Finanzierungsprobleme insbesondere von mittelständischen Unternehmen bekannt geworden waren, hat das ifo Institut 2013 begonnen, zweimal pro Jahr (jeweils im Januar und im Juli) eine spezielle Frage zum Thema »Zugang zu Bankkrediten« im

Abb. 5
Währungsbeurteilung



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2014.

Rahmen des WES zu stellen. Die Experten werden gebeten, ein Urteil darüber abzugeben, inwieweit das Angebot an Bankkrediten für Unternehmen in dem Land, für das sie berichten, durch bankspezifische Faktoren eingeschränkt ist. Die Skala reicht von »nicht eingeschränkt« (9), über »moderat eingeschränkt« (5) bis »stark eingeschränkt« (1) (vgl. Tab. 1).

Im Vergleich zur vorangegangenen Umfrage im Juli 2013 scheint sich die Kreditsituation generell etwas entspannt zu haben, auch wenn sie nach wie vor nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Mehr Länder als zu Jahresmitte 2013 befinden sich jetzt in der Kategorie »Kreditvergabe nicht eingeschränkt«. Zu den »Aufsteigern« (vorher Kategorie »Kreditvergabe moderat eingeschränkt«) gehören *Malaysia, Thailand, Taiwan, Brasilien, Kroatien* und *Schweden*. Die Spitzenstellung in der Gruppe von Ländern, in denen keine Kreditklemme vorherrscht, nimmt nach wie vor *Kanada* ein. Die Gruppe der Länder, in denen die Firmen häufig Probleme haben, sich in ausreichender Form über Bankkredite zu finanzieren, ist erfreulicherweise geschrumpft. Neben zwei *afrikanischen* Ländern – *Simbabwe* und *Togo* – gehören zu dieser Gruppe ausschließlich *europäische* Länder, zum einen die »Euro-Krisenländer« *Griechenland, Slowenien, Spanien, Italien* und *Portugal*, zwei *osteuropäische* Länder (*Rumänien* und *Ungarn*) sowie das *Vereinigte Königreich*. *China, Albanien* und die *Ukraine*, die bei der vorangegangenen Umfrage im Juli 2013 noch zu der Gruppe von Ländern mit »stark eingeschränkter Kreditvergabe« gehörten, sind nach der neuen Erhebung in die Kategorie »moderat eingeschränkt« aufgerückt.

Sonderfrage: Globale Auswirkungen des »Tapering« der US-Notenbank

Der Begriff »Tapering« wird in der US-Geldpolitik synonym für eine stufenweise Zurückführung der umfangreichen Anleihekäufe durch die US-Notenbank (Fed) gebraucht. Mit ihrer Politik der quantitativen Lockerung (»Quantitative Easing«) hielt die amerikanische Geldpolitik bisher das Zinsniveau in den USA äußerst niedrig und trug hierdurch zur Unterstützung von Konjunktur und Finanzmärkten bei.

Nachdem sich das konjunkturelle Umfeld im letzten Jahr deutlich verbessert hat, leitet die Fed nun den Ausstieg aus der damaligen Geldpolitik ein. Bereits im Mai vergangenen Jahres hatte ihr Präsident Ben Bernanke angedeutet, dass die Notenbank ihr Aufkaufprogramm für hypothekebesicherte Wertpapiere und amerikanische Staatsanleihen von monatlich rund 85 Mrd. US-Dollar bald zurückführen könnte. Diese Aussage überraschte die Investoren und löste Verwerfungen an den globalen Finanzmärkten aus. Hiervon waren besonders die Emerging Markets (Schwellenländer) be-

troffen, die auch aufgrund der ultralockeren Geldpolitik in den USA in den vergangenen Jahren umfangreiche Kapitalzuflüsse verzeichnen konnten. Die Finanzmärkte befürchten nun, dass sich dieser Trend mit einer Zinswende in den USA umkehren könnte und dass viele Unternehmen, Haushalte oder Regierungen in den Schwellenländern von steigenden Zinsen finanziell überfordert würden.

Angesichts der Finanzmarkturbulenzen sowie etwas schwächer gewordener Konjunkturdaten wartete die Fed schließlich noch bis Mitte Dezember 2013, bis sie ihr Ankaufprogramms tatsächlich verringerte. In einem ersten Schritt reduzierte sie dessen monatliches Volumen um 10 Mrd. US-Dollar auf zunächst 75 Mrd. US-Dollar. Hierauf folgte anderthalb Monate später, auf der nächsten regulären Sitzung des Notenbankdirektoriums am 29. Januar diesen Jahres, eine weitere Senkung um ebenfalls 10 Mrd. US-Dollar. Sollte sich dieser Pfad über die kommenden regulären Notenbanksitzungen verstetigen, so würde das Aufkaufprogramm kurz vor Ende des Jahres endgültig auslaufen. Allerdings signalisiert die amerikanische Geldpolitik deutlich, dass jede weitere Reduktion eng an eine kontinuierliche Verbesserung der US-Konjunktur und insbesondere des Arbeitsmarktes geknüpft sei.

Ähnlich unsicher wie der weitere Verlauf des »Tapering« selbst ist auch dessen Effekt auf die internationalen Kapitalflüsse und die globale Konjunktur. Allerdings wird ein verfrühter oder zu schneller Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik weithin als Risiko betrachtet, vor allem für die Emerging Markets. Da eine genaue Vorhersage der zukünftigen Auswirkungen schwierig ist, stützen sich Volkswirte in ihren Prognosen vor allem auf die Erfahrungen vorangegangener Zinswenden sowie auf die Reaktion der Finanzmärkte, die seit den ersten Verlautbarungen Bernankes im Mai vergangenen Jahres zu beobachten waren. So untersuchen beispielsweise die US-Ökonomen Barry Eichengreen und Poonam Gupta die Veränderung von Kapitalströmen in den Emerging Markets zwischen April und Juli 2013.² In ihrer Studie kommen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass vor allem diejenigen Emerging Markets betroffen waren, die über relativ weit entwickelte Finanzmärkte verfügten, deren Währungen in den vergangenen Jahren (2009–2012) stark aufgewertet hatten und in denen die Kapitalzuflüsse zu ausgedehnten Leistungsbilanzdefiziten geführt hatten. Diese Länder verzeichneten in der Mitte des vergangenen Jahres besonders große Einbrüche nationaler Aktienmarktindizes sowie Währungskorrekturen, in deren Verlauf die jeweiligen Zentralbanken auch einen beträchtlichen Abfluss ihrer Währungsreserven hinnehmen mussten. Interessanterweise stellten sich hierbei gute makroökonomische Fundamentaldaten nach Aussage der Forscher kaum als wirksamer

² Vgl. Eichengreen, B und P. Gupta (2013), »Tapering Talk: The Impact of Expectations of Reduced Federal Reserve Security Purchases on Emerging Markets«, World Bank Working Paper.

Schutz heraus. So fielen die Kapitalabflüsse in Ländern mit gesunden Staatsfinanzen, umfangreichen Währungsreserven oder so- lidem Wirtschaftswachstum nicht merklich geringer aus.

Um über die Untersuchung der Vergangen- heit hinaus Anhaltspunkte über die Effekte des »Tapering« geben zu können, wurden in der aktuellen Umfrage die Erwartungen der WES-Experten bezüglich dessen Auswir- kungen in ihren Ländern erhoben.³ Insbe- sondere sollten die Umfrageteilnehmer Pro- gnosen bezüglich der Entwicklung des Brut- toinlandsprodukts, des langfristigen Zinsni- veaus, des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar und der Veränderung ausländischer Portfolioinvestitionen im eigenen Land abgeben.

Die Resultate legen deutliche Unterschiede in der erwarteten Entwicklung zwischen den Ländern offen. So gibt Abbildung 6a die räumliche Verteilung der erwarteten Reak- tion der gesamtstaatlichen Wirtschaftsleistung (BIP) wieder.⁴ Obgleich eine restriktivere US-Geldpolitik zunächst einmal vor allem die Nachfrage in den USA selbst treffen sollte, rechnen in *Nordamerika* weniger Experten mit einem hierdurch bedingten Rückgang des BIP als in *Lateinamerika*, wo die stärksten Auswirkungen auf die Gesamtwirt- schaft erwartet werden. Im *Rest der Welt* gehen die Exper- ten zwar auch mehrheitlich von einem negativen Effekt auf die Wirtschaftsleistung aus, jedoch weniger stark als auf dem amerikanischen Kontinent. In *Ozeanien* prognostizie- ren die Befragten per saldo sogar einen positiven Wachs- tumseffekt. Hierbei könnte die Ausrichtung der Region auf die globalen Rohstoffmärkte und die damit einhergehende Abhängigkeit vom globalen Konjunkturzyklus eine Rolle spielen. So ist eine restriktivere amerikanische Geldpolitik nach Aussage der Fed nur bei einer weiteren konjunkturel- len Belebung der Nachfrage in den USA vorgesehen, welche traditionell am Anfang einer globalen Wachstumsbe- schleunigung steht.

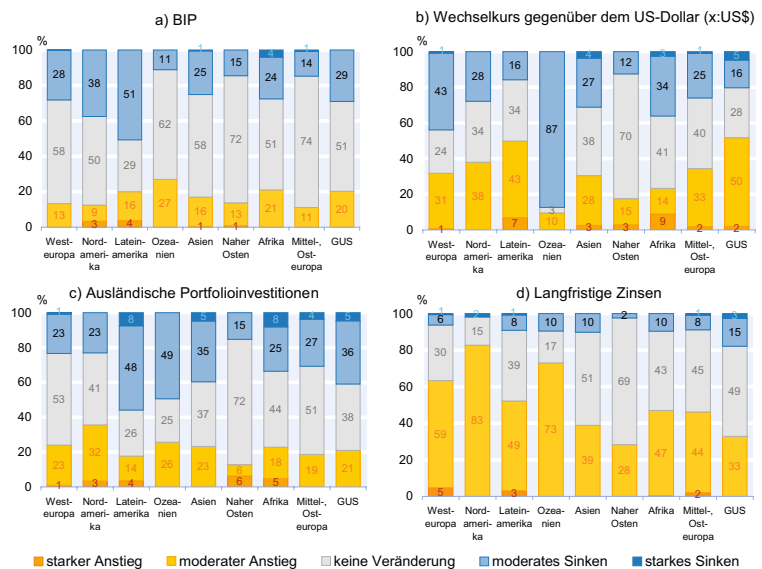
Der ökonomischen Theorie folgend, würde man erwarten, dass sich höhere US-Zinsen aufgrund entstehender Mög- lichkeiten zur Zinsarbitrage überall auf der Welt in einer Ten- denz zu höheren Zinsniveaus niederschlagen sollten. Ge-

³ Die Umfrage fand zwischen dem 2. und dem 27. Januar und damit zwi- schen der ersten und der zweiten Reduktion des Anleihekaufprogramms um jeweils 10 Mrd. US-Dollar statt. Da der zweite Senkungsschritt im Rah- men der Markterwartungen lag, gehen wir davon aus, dass die Prognosen der WES-Experten über den tatsächlichen Reduktionspfad des Ankauf- programms mit dem bisher zu beobachtenden übereinstimmen.

⁴ Bei den regional aggregierten Daten handelt es sich um gewichtete Durchschnitte, welche die jeweilige Bedeutung der zusammengefassten Länder für den Welthandel widerspiegeln.

Abb. 6

Erwartete Auswirkungen einer weniger expansiven Geldpolitik der USA (Tapering)



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) I/2014.

nauer impliziert das Konzept der Zinsparität, dass sich über die Grenzen der unterschiedlichen Währungsräume hinweg entweder der Zinsanstieg überträgt oder die Zinsdifferenz durch eine Anpassung des Wechselkurses ausgeglichen wird. Da die entsprechenden Anpassungsprozesse jedoch von internationalen Kapitalflüssen abhängen, können Beschränkungen des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs hier dämpfend wirken. Entsprechend gehen auch die Um- frageteilnehmer in *China* von geringeren Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft aus. Aufgrund ihres Gewichts in der Region bestimmt das chinesische Antwortverhalten auch maßgeblich den ermittelten Durchschnitt für *Asien* ins- gesamt.

Abbildung 6d zeigt die prognostizierte Entwicklung des lang- fristigen Zinsniveaus. Hier rechnet eine große Mehrheit der befragten Experten in den fortgeschrittenen Volkswirt- schaften (*Nordamerika*, *Westeuropa* und *Ozeanien*) mit einem Anstieg. In den aufstrebenden Volkswirtschaften ist diese Mehrheit hingegen etwas kleiner. In dieser Ländergruppe erfolgt die prognostizierte Anpassung stärker über den Wechselkurs, also durch eine Abwertung gegenüber dem US-Dollar (vgl. Abb. 6b). Auch hier zeigen sich die Wäh- rungen der Staaten, deren Wirtschaftsmodell verstärkt auf dem Export von Rohstoffen basiert, weniger betroffen. So erwar- ten die Experten in *Ozeanien*, dem *Nahen Osten* und *Afrika* weniger häufig eine Abwertung der heimischen Währung oder gehen per saldo sogar von einer Aufwertung gegen- über dem US-Dollar aus.

Abschließend stellt Abbildung 6c die Einschätzung der be- fragten Experten zur Reallokation ausländischer Portfolio- investitionen dar. In der Grundtendenz ist hier aufgrund des

Tab. 5
Saldierte Werte* der erwarteten Auswirkungen der weniger expansiven US-Geldpolitik auf ausgewählte Länder oder Regionen

| | BIP | Wechselkurs- abwertung (gegenüber US-Dollar) | Ausländische Portfolio- investitionen | Langfristige Zinsen |
|-----------|--------|---|---|------------------------|
| USA | - 33,3 | 0,0 | 25,0 | 83,3 |
| Euroraum | - 14,4 | - 18,0 | - 1,6 | 65,4 |
| Brasilien | - 50,0 | 53,3 | - 51,7 | 56,7 |
| Russland | - 13,9 | 33,3 | - 27,8 | 20,0 |
| Indien | 0,0 | 42,9 | - 14,3 | 14,3 |
| China | 0,0 | - 8,3 | - 7,7 | 15,4 |
| Türkei | - 25,0 | 12,5 | - 41,2 | 56,3 |

* Dargestellt sind die prozentualen Anteile der Antwortkategorien, wobei sich die Salden für die jeweilige Kategorie aus der Differenz der Prozentanteile der Antworten »Zunahme« und »Abnahme« ergeben.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) I/2014.

steigenden US-Zinsniveaus von einer Portfolioumschichtung aus den Emerging Markets zurück in die USA auszugehen. Analog zu den übrigen Komponenten prognostizieren die Experten in *Lateinamerika* die umfangreichsten Kapitalabflüsse. Und auch insgesamt scheinen die aufstrebenden Volkswirtschaften von Portfolioreallokationen stärker als die fortgeschrittenen Volkswirtschaften betroffen zu sein.

Neben einer befürchteten Anfälligkeit der Emerging Markets berichtete die Presse zuletzt auch von einer durch das »Tapering« bedingten Zunahme der Risiken für die Länder in der Peripherie des *Euroraums*. Sonderauswertungen für diese Ländergruppe, auf die aus Platzgründen nicht näher eingegangen wird, deuten jedoch darauf hin, dass nur ein relativ geringer Anteil der Experten in der Peripherie von merklichen Auswirkungen einer bevorstehenden US-Zinswende für die eigene Volkswirtschaft ausgeht. So rechnen hier deutlich weniger Umfrageteilnehmer mit einer Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar oder mit Kapitalabflüssen, als dies im Kern des *Euroraums* der Fall ist. Dies mag auch in einer veränderten globalen Risikoeinschätzung begründet sein, welche zunehmend auf eine Konzentration konjunktureller und struktureller Risiken in den Emerging Markets fokussiert und einer langsam fortschreitenden Verbesserung der Situation im *Euroraum* Rechnung trägt.

Insgesamt dokumentieren die Umfrageresultate eine globale Erwartungshaltung steigender langfristiger Zinsniveaus sowie dämpfender Wachstumseffekte durch eine Zurückführung der ultralockeren Geldpolitik und der quantitativen Lockerung in den USA. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gehen die befragten Experten vor allem von steigenden langfristigen Zinsen und weniger stark von Wechselkursanpassungen aus. Dagegen prognostizieren die Umfrageteilnehmer in den aufstrebenden Volkswirtschaften eine verminderte Transmission des Zinsanstiegs aus den USA und rechnen stattdessen vermehrt mit einer Abwertung der heimischen Währungen gegenüber dem US-Dollar. Inner-

halb der BRIC-Staaten scheinen hierbei vor allem *Brasilien*, *Russland* und *Indien* betroffen zu sein, während sich *China* einem geringeren Anpassungsdruck ausgesetzt sieht (vgl. Tab. 5). Abschließend bleibt zu bemerken, dass ungeachtet der regionalen Unterschiede im Antwortverhalten, die WES-Experten die ökonomischen Auswirkungen in ihrem Land insgesamt jeweils mehrheitlich als eher moderat einschätzen. Gravierende Verwerfungen prognostizierte demgegenüber nur eine kleine Minderheit.

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währung findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.

Der Einfluss von administrierten Preisen und indirekten Steuern auf die aktuelle Inflation im Euroraum

36

Wolfgang Nierhaus

Das statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht regelmäßig Indizes für die Entwicklung administrierter Preise im Euro-Währungsgebiet. Sie umfassen Produkte, deren Preise staatlicher Einflussnahme unterliegen. Der vorliegende Beitrag präsentiert aktuelle Ergebnisse und beleuchtet auch die Inflationseffekte der indirekten Besteuerung.

In der Europäischen Währungsunion wird die Inflation mit dem *harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)* gemessen. Der HVPI-EWU dient der Europäischen Zentralbank (EZB) als zentraler Indikator zur Beurteilung der Preisstabilität im Euroraum. Diese ist vom EZB-Rat als mittelfristig beizubehaltende jährliche Steigerung des harmonisierten Verbraucherpreisindex für das Euro-Währungsgebiet »von unter 2%« definiert. Der HVPI-EWU wird vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) als gewogener Durchschnitt der *harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI)* der Mitgliedsländer des Euroraums ermittelt, als Gewicht dient der private Konsum aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die nationalen harmonisierten HVPI wurden in den 1990er Jahren entwickelt, um Preisänderungen auf supranationaler Ebene vergleichen zu können. Im Vergleich zum US-amerikanischen *Consumer Price Index (CPI)*, der sich am Konzept eines Lebenshaltungskostenindex¹ orientiert, sind die HVPI eher als reine Preisindizes angelegt. Der Formel nach sind nationale HVPI Kettenindizes vom Laspeyres-Typ mit jährlicher Aktualisie-

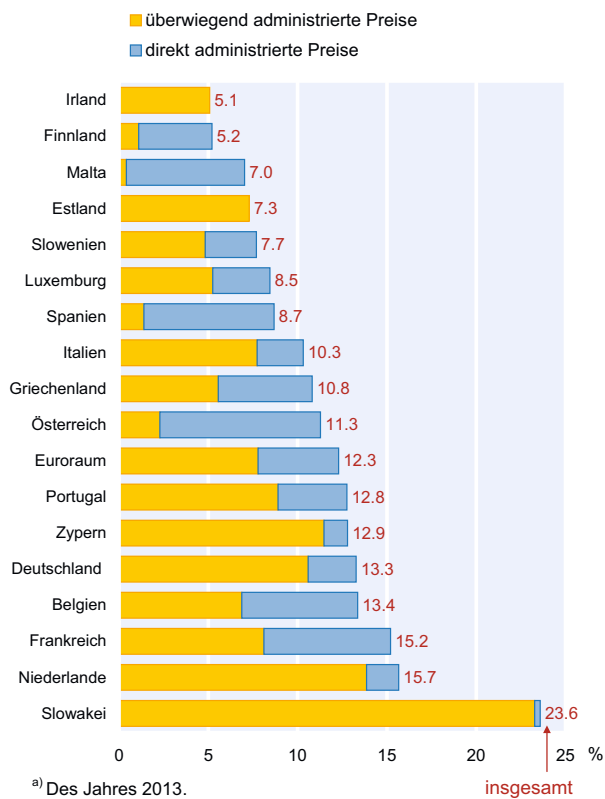
rung der Warenkorbgewichte. Im Vergleich zu Festbasisindizes, die Preisbewegungen anhand eines konstanten Wägungsschemas messen, haben Kettenindizes den Vorteil, dass ein verändertes Verbraucherverhalten zeitnah in den Warenkorbgewichten berücksichtigt werden kann. Nachteilig ist hingegen, dass die Eigenschaft des reinen Preisvergleichs aufgrund geänderter Produktgewichte im Vorjahresvergleich partiell verloren gehen kann.² Der Erfassungsbereich der harmonisierten HVPI ist zumeist kleiner als in den nationalen Verbraucherpreisindizes. So bleibt z.B. das vom Eigentümer selbst genutzte Wohneigentum – anders als etwa im deutschen Verbraucherpreisindex VPI – unberücksichtigt

Seit Februar 2010 veröffentlicht Eurostat einen speziellen *Index für die Entwicklung administrierter Preise im Euroraum* (hier: HVPI-EWU-AP; AP = »administered prices«). Der HVPI-EWU-AP erfasst die Preisentwicklung von Sachgütern und Dienstleistungen, deren Preise entweder *direkt* (»directly«) oder *überwiegend* (»to a significant extent«) vom Staat bzw. von staatlichen Regulierungsbehörden beeinflusst werden. Die Untergruppe der *direkt administrierten* Verbraucherpreise enthält die Preise derjenigen Waren und Dienstleistungen, die von staatlichen Stellen unmittelbar festgelegt werden (z.B. Entgelte für den Besuch von Schulen oder Universitäten, Tarife für den öffentlichen Nahverkehr, Gebühren für die Müll- oder Trinkwasserentsorgung, Passgebühren u.Ä.). Die Untergruppe der *überwiegend administrierten* Verbraucherpreise bezieht sich auf diejenigen Güter, auf deren Preise staatliche Instanzen signifikant Einfluss nehmen. Hierzu zählen etwa Sachgüter und Dienstleistungen, deren Preise nur nach vorheriger Zustimmung einer Regulierungsbehörde geändert werden dürfen.

¹ Definiert man den Begriff »Lebenshaltungskosten« als Aufwand zur Erzielung eines bestimmten Lebensstandards (Nutzen), so vergleicht ein Lebenshaltungskostenindex (»ökonomischer Preisindex«) die bei alternativen Preissituationen jeweils kostenminimalen Ausgaben. Beim ökonomischen Preisindex wird nicht ein Warenkorb zwischen Basis- und Berichtsperiode konstant gehalten, sondern das *Nutzenniveau* (»Lebensstandard«). Gemessen wird ein Ausgabenverhältnis, das nicht nur durch die Veränderung von Preisen, sondern auch durch die Substitution von teurer gewordenen Gütern durch billiger gewordene Produkte im Zeitablauf bestimmt wird. Zwar können ökonomische Preisindizes nur bei Kenntnis der konkreten Präferenzordnung (Nutzenfunktion) berechnet werden. Es lässt sich aber zeigen, dass konventionelle Preisindizes vom Laspeyres-Typ die obere Schranke eines ökonomischen Preisindex darstellen. Die Differenz zwischen einem Laspeyres-Preisindex und einem ökonomischen Preisindex, der Substitutionsvorgängen Rechnung trägt, wird als »substitution bias« bezeichnet (vgl. Hill 1999).

² Zu einer methodischen Kritik an den HVPI vgl. von der Lippe (2002).

Abb. 1
Produktgewichte^{a)} der administrierten Preise in den nationalen HVPI



Nicht im HVPI-EWU-AP enthalten sind Güter, auf denen spezielle Verbrauchsteuern lasten oder aber die speziellen Agrarmarktordnungen unterliegen. Neue oder geänderte nationale Regulierungen bzw. Liberalisierungsmaßnahmen werden jeweils zum Jahreswechsel berücksichtigt (vgl. Fritzer 2011; Nierhaus 2013).

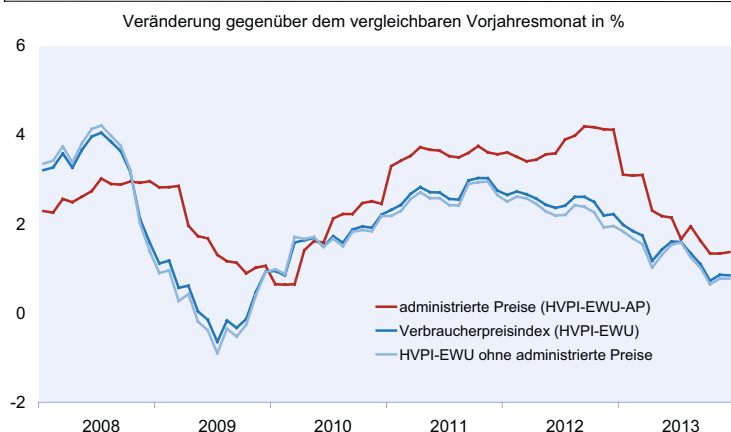
Abbildung 1 zeigt, dass die Produktgewichte der administrierten Preise in den nationalen HVPI erheblich streuen: Überdurchschnittlich hohe Gewichte haben Portugal, Zypern, Deutschland, Belgien, Frankreich, die Niederlande und die Slowakei, die mit 23,6% der unangefochtene Spitzenreiter ist. Am unteren Ende der Skala rangieren Irland und Finnland mit Produktgewichten von 5,1% bzw. 5,2%. Auch zwischen direkt administrierten bzw. überwiegend administrierten Preisen gibt es große Unterschiede: So beträgt der Anteil der direkt administrierten Preise am nationalen HVPI-AP in Deutschland 20,2%, in Frankreich dagegen 46,6%. In Irland und in Estland gibt es überhaupt keine Güter mit direkt administrierten Preisen, in Malta, Spanien, Österreich und Finn-

land unterdurchschnittlich wenige Güter mit überwiegend administrierten Preisen.

Im Durchschnitt des Euroraums beträgt das Indexgewicht der Gütergruppe mit administrierten Preisen 12,3% (vgl. Abb. 1); seit dem Jahr 2001 hat es sich damit um 2,2 Prozentpunkte reduziert. Der Rückgang geht auf den Anteilsverlust von Waren und Dienstleistungen mit überwiegend administrierten Preisen zurück (Produktgewicht im HVPI-EWU-AP im Jahr 2013: 63,3%, 2001: 70,7%), was im Wesentlichen durch die sukzessive Liberalisierung der nationalen Energiemärkte verursacht wurde. So fiel z.B. Strom aus dem deutschen HVPI-AP im Jahr 2008 heraus. Dagegen hat das Indexgewicht der Gütergruppe mit direkt administrierten Preisen im HVPI-EWU zugenommen, im Jahr 2013 betrug es 4,5% (2001: 4,2%).

Abbildung 2 präsentiert die Inflationsraten von Gütern mit administrierten Preisen im Vergleich zur Preisentwicklung der Gütergruppe mit nichtadministrierten, d.h. flexiblen Preisen (und im Vergleich zur gesamten Verbraucherpreisentwicklung) im Euroraum. Es zeigt sich, dass im Zeitraum 2009 bis 2013 die Inflationsrate von Gütern mit administrierten Preisen nahezu immer höher gewesen ist als die Inflationsrate von Gütern mit flexiblen Preisen. Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2012 belief sich die Inflationsrate von Gütern mit administrierten Preisen auf 2,7%, bei Gütern mit flexiblen Preisen betrug sie lediglich 1,7%. Besonders hohe Ratenunterschiede, die sich in der Spitze sogar bis auf 2 Prozentpunkte beliefen, konnten im Krisenjahr 2009 und in den Jahren 2011/2012 verzeichnet werden. Maßgeblich für die Entwicklung im Jahr 2009 war der rezessionsbedingte Einbruch der Weltmarktpreise für Rohstoffe, der sich in einem überaus starken Rückgang der Gesamtinflation, gemessen am HVPI-EWU, bemerkbar machte, währenddessen die Jahresteuersatzrate des HVPI-EWU-AP in diesem Zeitraum weitaus persistenter war. In der Entwicklung der Jahre

Abb. 2
Preisentwicklung in der Europäischen Währungsunion^{a)}



^{a)} Angaben für wechselnden Währungsraum.
Quelle: Eurostat.

Tab. 1
Zur Entwicklung der administrierten Preise in der Europäischen Währungsunion^{a)}
Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %

| | 2008 | | 2009 | | 2010 | | 2011 | | 2012 | | 2013 | |
|-------------------------------------|------|-----|------|------|------|-----|------|-----|------|-----|------|-----|
| | I | II | I | II | I | II | I | II | I | II | I | II |
| Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP) | 2,5 | 2,9 | 2,3 | 1,1 | 1,1 | 2,3 | 3,5 | 3,6 | 3,5 | 4,1 | 2,7 | 1,5 |
| Direkt administrierte Preise | 2,9 | 4,2 | 3,4 | 1,6 | 2,0 | 3,8 | 5,3 | 4,7 | 3,5 | 5,5 | 4,6 | 2,6 |
| Überwiegend administrierte Preise | 2,3 | 2,3 | 1,7 | 0,8 | 0,6 | 1,5 | 2,5 | 2,9 | 3,5 | 3,2 | 1,5 | 0,9 |
| Nicht administrierte Preise | 3,6 | 3,1 | 0,3 | -0,1 | 1,4 | 1,8 | 2,5 | 2,7 | 2,4 | 2,2 | 1,5 | 1,0 |
| Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU) | 3,5 | 3,1 | 0,6 | 0,0 | 1,4 | 1,9 | 2,6 | 2,8 | 2,6 | 2,4 | 1,6 | 1,1 |

Inflationsbeiträge zum HVPI-EWU in Prozentpunkten^{b)}

| | 2008 | | 2009 | | 2010 | | 2011 | | 2012 | | 2013 | |
|-------------------------------------|------|-----|------|------|------|-----|------|-----|------|-----|------|-----|
| | I | II | I | II | I | II | I | II | I | II | I | II |
| Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP) | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,1 | 0,1 | 0,3 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,5 | 0,3 | 0,2 |
| Direkt administrierte Preise | 0,1 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,1 |
| Überwiegend administrierte Preise | 0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 0,0 | 0,1 | 0,2 | 0,2 | 0,3 | 0,2 | 0,1 | 0,1 |
| Nicht administrierte Preise | 3,2 | 2,7 | 0,3 | -0,1 | 1,2 | 1,6 | 2,2 | 2,4 | 2,1 | 1,9 | 1,3 | 0,9 |
| Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU) | 3,5 | 3,1 | 0,6 | 0,0 | 1,4 | 1,9 | 2,6 | 2,8 | 2,6 | 2,4 | 1,6 | 1,1 |

Inflationsbeiträge zum HVPI-EWU in % der Gesamtinflation^{b)}

| | 2008 | | 2009 | | 2010 | | 2011 | | 2012 | | 2013 | |
|-------------------------------------|-------|-------|-------|----|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | I | II | I | II | I | II | I | II | I | II | I | II |
| Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP) | 8,5 | 11,4 | 48,6 | - | 9,3 | 14,6 | 16,1 | 15,0 | 16,7 | 20,5 | 20,0 | 17,7 |
| Direkt administrierte Preise | 3,4 | 5,6 | 25,3 | - | 6,1 | 8,7 | 9,0 | 7,3 | 6,1 | 10,3 | 12,8 | 11,1 |
| Überwiegend administrierte Preise | 5,0 | 5,8 | 23,4 | - | 3,2 | 5,8 | 7,0 | 7,7 | 10,6 | 10,3 | 7,2 | 6,6 |
| Nicht administrierte Preise | 91,5 | 88,6 | 51,4 | - | 90,7 | 85,4 | 83,9 | 85,0 | 83,3 | 79,5 | 80,0 | 82,3 |
| Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU) | 100,0 | 100,0 | 100,0 | - | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

^{a)} Angaben für wechselnden Währungsraum. – ^{b)} Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

2011/2012 kommt zum Ausdruck, dass die im Jahr 2010 stark gestiegenen Rohstoffpreise mit zeitlicher Verzögerung in regulierten Energie- und Transportpreisen weitergegeben wurden. Zudem schlugen Maßnahmen zur Erzielung höherer Kostendeckungsgrade vielerorts zu Buche (vgl. OECD 2011, S. 42). Seit Anfang 2013 haben sich die Inflationsraten im Euroraum dann aber wieder angenähert, zugleich sind sie deutlich gesunken. So lag im zweiten Halbjahr 2013 die Inflationsrate von Waren und Dienstleistungen mit administrierten Preisen bei 1,5%, die Inflationsrate von flexiblen Gütern bei 1,0%

Zum Rückgang der Veränderungsrate des HVPI-EWU-AP im Jahr 2013 haben beide Teilgruppen beigesteuert. So ermäßigte sich die Inflationsrate für die Gütergruppe mit *direkt administrierten* Preisen, die im zweiten Halbjahr 2012 noch bei 5,5% gelegen hatte, im ersten Halbjahr 2013 auf 4,6%, im zweiten Halbjahr auf 2,6% (vgl. Tab. 1). In den Jahren 2011 und 2012 war hier eine durchschnittliche Inflationsrate von 4¾% p.a. verzeichnet worden. In Zypern betrug die durchschnittliche Rate für Güter mit direkt administrierten Preisen in diesem Zeitraum sogar 9,5% p.a., in Spanien 9,1% p.a., in Italien 6,2% p.a. und in Frankreich

4,5% p.a. (Deutschland zum Vergleich: + 2,2% p.a.). Auch bei Gütern mit *überwiegend administrierten* Preisen sind die Inflationsraten im Verlauf des vergangenen Jahres gesunken; in der zweiten Jahreshälfte 2013 lag die Rate sogar unter der 1-Prozentmarke. Bei dieser Gütergruppe konnte die höchste Inflationsrate mit 3,5% im ersten Halbjahr 2012 registriert werden. Eine noch stärkere Teuerung ist lediglich im Jahr 2004 beobachtet worden. Damals trat in Deutschland eine umfassende *Gesundheitsreform* in Kraft. Wegen des hohen Ländergewichts von Deutschland lag die Inflationsrate für den gesamten Euroraum im Jahresdurchschnitt 2004 bei 4,5%.

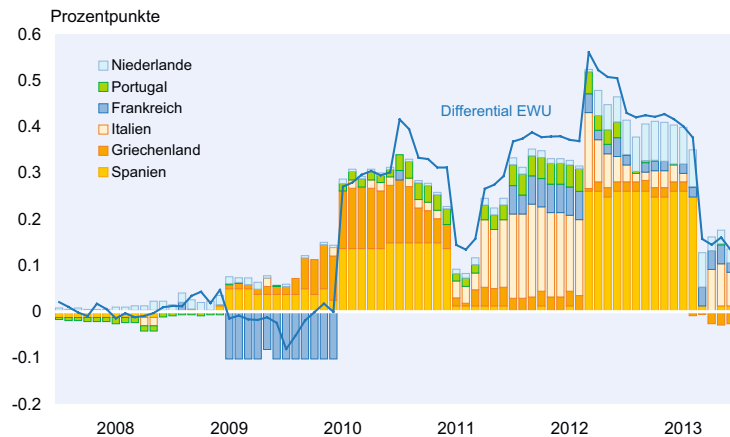
Aufgrund des beträchtlichen Produktgewichts von Gütern mit administrierten Preisen am gesamten HVPI-EWU hat die seit dem Jahr 2013 wieder günstigere Preisentwicklung quantitativ signifikant zum Rückgang der Gesamtinflation im Euroraum beigetragen. Der Inflationsbeitrag dieser Gütergruppe, der im zweiten Halbjahr 2012 bei 0,5 Prozentpunkten gelegen hatte, sank im ersten Halbjahr 2013 auf 0,3 Prozentpunkte, im zweiten Halbjahr ermäßigte er sich dann sogar auf 0,2 Prozentpunkte (vgl. Tab. 1). Auf Güter mit direkt administrierten Preisen entfielen zuletzt 0,1 Prozentpunkte,

das Gleiche gilt für Güter mit überwiegend administrierten Preisen.³ Administrierte Preisanhebungen trugen im zweiten Halbjahr 2013 noch 17½% zur Inflation im Euroraum bei, das ist deutlich weniger als im Mittel der Jahre 2008 bis 2012 (rund 25%).

Unberücksichtigt bleibt beim Index der administrierten Preise der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Teuerung. Eurostat gibt hierzu seit Oktober 2009 einen speziellen *harmonisierten Preisindex zu konstanten Steuersätzen* (hier: HVPI-EWU-CT; CT = »constant taxes«) heraus, bei dem der unmittelbare Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Verbraucherpreisentwicklung ausgeschaltet ist. Zu den im HVPI-EWU-CT berücksichtigten indirekten Steuern zählen die Mehrwertsteuer sowie die Verbrauchsteuern auf alkoholische Getränke, Tabakwaren und Energie. Hinzu kommen Steuern auf bestimmte Produkte wie Pkw, Versicherungen und Unterhaltung. Durch den Vergleich des HVPI-EWU-CT mit dem globalen Verbraucherpreisindex HVPI-EWU können die Auswirkungen der indirekten Besteuerung auf das Verbraucherpreisniveau abgeschätzt werden. Dabei wird angenommen, dass Änderungen der indirekten Steuern umgehend und vollständig auf die Verbraucherpreise wirken (vgl. European Commission 2009). Steuererhöhungen steigern ab dem Monat ihres Inkrafttretens einmalig das durch den HVPI-EWU gemessene Verbraucherpreisniveau und fallen zwölf Monate später aus der Berechnung der Vorjahresteuern wieder heraus (vgl. Europäische Zentralbank 2014, S. 56).

Im Zeitraum 2008 bis 2013 betrug der durchschnittliche Einfluss der indirekten Steuern auf die Inflation im Euroraum 0,20 Prozentpunkte, gemessen am Durchschnittswert der Differenzen zwischen der Veränderungsrate des HVPI-EWU und der Veränderungsrate des HVPI-EWU-CT. Dabei schwankte der Inflationsbeitrag der indirekten Besteuerung bis zur Jahresmitte 2010 lediglich um die Nullmarke. Zwar war es bereits im Juli 2009 in Spanien und Griechenland zu ersten krisenbedingten Steueranhebungen (Spanien: Mineralöl- und Tabaksteuer) gekommen, der hiervon ausgehende Inflationsbeitrag auf den HVPI-EWU wurde aber dadurch kompensiert, dass in Frankreich zeitgleich der in der Gastronomie geltende Mehrwertsteuersatz von 19,6 auf 5,5% gesenkt wurde. Abbildung 3 zeigt die entsprechenden län-

Abb. 3
Beiträge ausgewählter Länder zum Differential zwischen dem HVPI-EWU und dem HVPI-EWU-CT



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

derspezifischen Beiträge zum Inflationsdifferential zwischen dem HVPI-EWU und dem HVPI-EWU-CT.

Das besonders große Inflationsdifferential von Mitte 2010 bis Mitte 2013 (durchschnittlicher Einfluss der indirekten Besteuerung auf die EWU-Inflation in diesem Zeitraum: 0,36 Prozentpunkte) steht im direkten Zusammenhang mit wiederholten Anhebungen der Mehrwertsteuer zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, so etwa in Spanien, Portugal, Italien, Irland und Griechenland (vgl. Europäische Kommission 2014). So wurde am 15. März 2010 in Griechenland der Normalsatz zur Mehrwertsteuer von 19 auf 21% angehoben, am 1. Juli 2010 erfolgte eine weitere Erhöhung auf 23%. Ebenfalls zum 1. Juli wurden in Spanien und Portugal die Regelsätze angehoben (von 16 auf 18% bzw. von 20 auf 21%). Am 1. Januar 2011 erhöhte Portugal den Regelsatz erneut auf 23%. Zum 1. Juli führte Irland einen zeitlich befristeten Zwischensteuersatz von 9% ein. Schließlich wurde im September 2011 in Italien der Normalsatz um 1 Prozentpunkt auf 21% erhöht. Auch im Jahr 2012 kam es in einigen Mitgliedsländern der EWU zu Anhebungen des Normalsatzes, so in Irland zum 1. Januar 2012 um 2 Prozentpunkte, in Spanien zum 1. September um 3 Prozentpunkte und in den Niederlanden zum 1. Oktober um 2 Prozentpunkte. Seit den Herbstmonaten 2013 wird die Entwicklung des HVPI-EWU im Vorjahresvergleich dadurch gedämpft, dass die Mehrwertsteuererhöhungen des Jahres 2012 nunmehr in die statistische Basis eingegangen sind, was die Inflationsrate senkt.

Fazit

Mit dem *harmonisierten Index für die Entwicklung administrierter Preise* (HVPI-EWU-AP) im Euro-Währungsgebiet liefert Eurostat ein zeitnahes Instrument für die Konjunkturan-

³ Der Inflationsbeitrag eines Teilindex zur Gesamtinflationsrate des HVPI-EWU-AP in Prozentpunkten wird approximativ aus dem Produkt Gewicht des Teilindex x Veränderungsrate des Teilindex berechnet. Der Inflationsbeitrag ist c.p. umso höher, je größer das Produktgewicht ist und je größer die Änderung des Teilindex im Rechenzeitraum ist. Werden die Inflationsbeiträge auf die Veränderungsrate des VPI-EWU bezogen, so erhält man Inflationsbeiträge in Prozent der Gesamtinflation (vgl. Nierhaus 2006).

lyse. Der HVPI-EWU-AP erfasst die Preisentwicklung von Sachgütern und Dienstleistungen, deren Preise direkt oder zum überwiegenden Teil vom Staat bzw. von staatlichen Regulierungsbehörden beeinflusst werden. Güterpreise, die durch spezielle Verbrauchsteuern beeinflusst werden, zählen nicht zu dieser Kategorie. Die Ergebnisse zeigen, dass im vergangenen Jahr die Preisdynamik bei Gütern mit administrierten Preisen deutlich nachgelassen hat. In der zweiten Jahreshälfte 2013 trug dieses Gütersegment knapp ein Fünftel zur Inflation im Euroraum bei, was deutlich weniger ist als im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012.

Neben dem HVPI-EWU-AP stellt Eurostat auch einen *harmonisierten Preisindex zu konstanten Steuersätzen* (HVPI-EWU-CT) bereit, bei dem der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Verbraucherpreisentwicklung rechnerisch ausgeschaltet ist. Die Differenz zwischen der Veränderungsrate des HVPI-EWU und der Veränderungsrate des HVPI-EWU-CT kann als Maß für den Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Inflation in der Währungsunion herangezogen werden. In den vergangenen Jahren wurde die Teuerung durch die in vielen Euroländern vorgenommenen Mehrwertsteueranhebungen immer wieder in die Höhe getrieben. In der Spitze belief sich der durchschnittliche Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Gesamtinflation im Euroraum auf mehr als einen halben Prozentpunkt (September bis Dezember 2012). Erst in den Herbstmonaten 2013 waren wieder niedrigere Werte zu registrieren, was vornehmlich aus teuerungsdämpfenden Basiseffekten resultiert. Alles in allem dürfte die Inflationsrate im Euroraum im vierten Quartal 2013 durch die geringeren Preiseffekte der indirekten Besteuerung bzw. der Preisadministrierung um ½ Prozentpunkte nach unten gedrückt worden sein.

Angesichts der vielfach weiter defizitären öffentlichen Haushalte dürfte auch in diesem Jahr ein aufwärtsgerichteter Druck von administrierten Preisen und indirekten Steuern auf die Inflationsrate im Euroraum ausgehen. So wurde im Oktober 2013 in Italien die Mehrwertsteuer erneut angehoben, was für sich genommen die monatliche Inflationsrate im Euroraum bis September 2014 im Vorjahresvergleich rechnerisch um 0,1 Prozentpunkte erhöht. Im Januar 2014 folgten Frankreich und auch Zypern. Dies dürfte den inflationsdämpfenden Effekten der zurzeit recht günstigen Preise für Energieträger und Nahrungsmittel tendenziell entgegenwirken.

Literatur

Europäische Zentralbank (2014), *Monatsbericht* Februar, Frankfurt am Main.

European Commission (2009), *Eurostat, HICP-CT Manual*, Oktober, 1–24, online verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/hicp/documents_meth/HICP-CT/HICP-CT_manual_2009.pdf.

Europäische Kommission (2014), *Die Mehrwertsteuersätze in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union*, Stand: 13. Januar 2014, online ver-

fügbar unter: http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/how_vat_works/rates/vat_rates_de.pdf

Fritzer, F. (2011), »Administrierte Preise, Inflation und Konjunkturzyklus – Selektive Aspekte«, *Geldpolitik & Wirtschaft*, Quartalshefte zur Geld- und Wirtschaftspolitik (1), 44–62, online verfügbar unter: http://www.oenb.at/de/img/gewi_2011_q1_analyse03_tcm14-230618.pdf.

Hill, P. (1999), *Inflation, the Cost of Living and the Domain of a Consumer Price Index*, Joint ECE/ILO Meeting on Consumer Price Indices, Genf.

von der Lippe, P. (2002), »Konzeptionelle Probleme des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI/HICP)«, in: Europäische Gemeinschaften (Hrsg.), *15. CEIES-Seminar: Inflation in Europa – Unterschiedliche Messkonzepte und deren Nutzer*, Luxemburg, 67–73, online verfügbar unter: <http://edz.bib.uni-mannheim.de/daten/edz-ma/eus/02/KS-PB-02-003-DE.PDF>.

Nierhaus, W. (2006), »Harmonisierte Verbraucherpreisindizes – Zur Inflationssmessung in Europa«, *ifo Schnelldienst* 59(6), 11–16.

Nierhaus, W. (2013), »Administrierte Preise und indirekte Steuern: Auswirkungen auf die Inflation im Euroraum«, *ifo Schnelldienst* 66(5), 42–46.

OECD (2011), *Economic Outlook* 89(1), Paris.

Die richtige Größe der Lagerbestände spielt für viele Handelsunternehmen eine sehr wichtige Rolle. So steigern zu große Warenbestände die Lagerhaltungskosten und erhöhen zudem das Risiko von Abschreibungen infolge technischer Veralterung oder des Verderbs von Waren. Andererseits können zu geringe Bestände zu Umsatzeinbußen sowie zur Unzufriedenheit der Kunden führen, wenn in Zeiten hoher Nachfrage nicht genügend Waren auf Lager sind. Zur Erhebung der Lagerentwicklung bittet das ifo Institut im Rahmen des ifo Konjunkturtests die Umfrageteilnehmer aus dem Handelsbereich jeden Monat darum, ihre Lagerbestände unter bestmöglicher Ausblendung saisonaler Schwankungen als »zu klein«, »befriedigend (saisonüblich)« oder »zu groß« einzustufen. Da von amtlicher Seite keine monatlichen Statistiken zur Entwicklung der Lagerbestände im Handelsgewerbe Deutschlands existieren, liefern die Ergebnisse wichtige Erkenntnisse über Tendenzen, die ansonsten nur stark verzögert oder gar nicht identifiziert werden könnten. Der vorliegende Artikel beschreibt die unterschiedlichen Bewertungsmuster in den einzelnen Handelssparten und analysiert den Zusammenhang der Lagerentwicklung mit dem aktuellen Geschäftsverlauf und anderen Variablen aus dem ifo Konjunkturtest.

Die Beurteilung der Lagerbestände im ifo Konjunkturtest

Im »Test des Tests«, einer Metaumfrage zum Antwortverhalten der Teilnehmer am ifo Konjunkturtest im Handelsbereich, wurde unter anderem erhoben, an welchen Anhaltspunkten¹ sich die Firmen bei der Beurteilung ihrer Lagerbestände orientieren (vgl. Abberger, Sauer und Seiler 2011). In Tabelle 1 sind die Anteile der am häufigsten genannten Faktoren für verschiedene Handelsbereiche aufgelistet. Die Erhebungsergebnisse lassen erkennen, dass zahlreiche Betriebe dabei vor allem den Vergleich des aktuellen zum saisonüblichen Lagerbestand zu Rate ziehen (52%). Besonders im Einzelhandel sowie im landwirtschaftlichen Großhandel und dem Nahrungs- und Genussmittelgroßhandel ist dies häufig ein ausschlaggebender Faktor. Des Weiteren bewerten viele Firmen ihre Warenbestände anhand des aktuellen Lagerumschlags (40%). Die Bedeutung dieser Kennzahl, die angibt, in welcher Zeit der durchschnittliche Lagerbestand umgesetzt wird, ist den Ergebnissen zufolge speziell im Verbrauchs- und Gebrauchsgütergroßhandel sowie im Produktionsverbindungshandel hoch. Der durchschnittliche Lagerbestand, die er-

wartete Nachfrage und die Kapitalhöhe des Lagerbestands stellen jeweils vor allem für die Kfz-Händler wichtige Bewertungskriterien dar.

Differenziert man die Antworten nach Umsatzgrößenklassen der Firmen, so lässt sich feststellen, dass der saisonübliche Lagerbestand zwar durchweg das wichtigste Kriterium ist, die Bedeutung mit zunehmender Unternehmensgröße jedoch etwas abnimmt. Dafür messen die umsatzstärkeren Handelsunternehmen dem aktuellen Lagerumschlag eine nahezu gleichwertige Bedeutung bei.

Wir betrachten nun die Zeitreihen aus dem ifo Konjunkturtest Handel über einen längeren Zeitraum: Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Lagerbestände seit 1997 für die drei Handelsstufen Einzel-, Groß- und Kfz-Handel. Auffallend ist, dass die Lagerbestände per saldo nahezu ausnahmslos als zu groß angesehen werden, also nicht systematisch um null schwanken. Lediglich der Kfz-Handel berichtete am Jahresende 2010, das von einer hervorragenden Geschäftslage und reger Nachfrage in diesem Bereich geprägt war, zeitweise von Lieferengpässen. Dies deutet darauf hin, dass die Handelsunternehmen die Größe ihrer Warenbestände so ausrichten, dass sie die Nachfrage der Kunden mit hoher Wahrscheinlichkeit befriedigen können. Gleichzeitig haben sie aber den Wunsch, ihre Bestände und somit auch die Kosten für Vorratshaltung

¹ Die vorgegebenen Faktoren lauteten: durchschnittlicher Lagerbestand, saisonüblicher Lagerbestand, aktueller Lagerumschlag, erwartete Nachfrage, gegenwärtige Lieferfristen, Kapitalhöhe Lagerbestand, Lagerhaltungskosten, Einkaufspreise, Verkaufspreise, Kollektionswechsel, Sonstiges.

Tab. 1
Woran orientieren Sie sich, wenn Sie beurteilen, ob Ihre Lagerbestände zu klein, befriedigend oder zu groß sind?
 Anteil der »ja«-Antworten in Prozent (Mehrfachnennungen möglich)

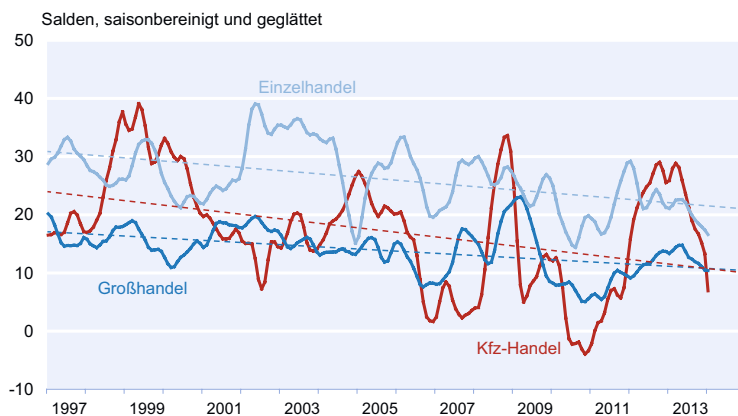
| | Durchschnittlicher Lagerbestand | Saisonüblicher Lagerbestand | Aktueller Lagerumschlag | Erwartete Nachfrage | Kapitalhöhe Lagerbestand |
|---|---------------------------------|-----------------------------|-------------------------|---------------------|--------------------------|
| Kfz-Handel | 37,7 | 50,0 | 43,9 | 46,5 | 40,4 |
| Großhandel | 34,2 | 45,0 | 45,6 | 32,0 | 28,1 |
| mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren | 13,3 | 80,0 | 13,3 | 26,7 | 0,0 |
| mit Nahrungs- und Genussmitteln | 31,3 | 67,2 | 40,6 | 32,8 | 25,0 |
| mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern | 36,6 | 45,5 | 45,5 | 32,2 | 34,7 |
| mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen | 32,7 | 44,6 | 50,8 | 32,3 | 21,9 |
| mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör | 38,9 | 23,3 | 40,0 | 31,1 | 37,8 |
| Einzelhandel | 30,5 | 61,3 | 33,2 | 28,6 | 30,9 |
| mit Waren verschiedener Art (insb. Waren- und Kaufhäuser) | 29,0 | 74,2 | 32,3 | 22,6 | 22,6 |
| mit Nahrungs- und Genussmitteln | 28,6 | 63,3 | 24,5 | 42,9 | 26,5 |
| mit medizinischen und kosmetischen Artikeln | 41,2 | 50,0 | 35,3 | 17,6 | 32,4 |
| Sonstiger Facheinzelhandel in Verkaufsräumen | 31,2 | 62,2 | 34,7 | 27,5 | 33,1 |
| Unternehmen mit Jahresumsatz | | | | | |
| unter 2,5 Mill. Euro | 29,6 | 55,6 | 32,6 | 32,6 | 30,7 |
| 2,5–12,5 Mill. Euro | 34,9 | 52,8 | 40,5 | 28,4 | 33,0 |
| über 12,5 Mill. Euro | 34,6 | 48,6 | 48,1 | 34,8 | 27,1 |
| Gesamt | 33,0 | 52,2 | 40,3 | 31,9 | 30,3 |

Quelle: Test des Tests im ifo Konjunkturtest Handel.

oder Verfall von Waren zu minimieren. Vor allem im Einzelhandel berichten zahlreiche Firmen von Lagerüberhängen; für den Zeitraum seit 1997 ergibt sich in diesem Bereich ein durchschnittlicher Saldowert von + 26,2%. Hohe Werte wei-

sen dabei besonders der Schuh- und Bekleidungseinzelhandel, deren Nachfrage häufig von schwer zu kalkulierenden Faktoren wie Wettereinflüssen abhängt (vgl. Sauer 2013), sowie der Schmuckhandel, dessen Waren viel Kapital binden und eine geringe Abverkaufsgeschwindigkeit haben, auf.

Abb. 1
Entwicklung der Lagerbestände im Handel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Unter Ausblendung der konjunkturellen Schwankungen ist in den Verläufen aller drei Kurven allerdings jeweils ein leicht negativer Trend zu erkennen (gestrichelte Linien in Abbildung 1). Das heißt, dass die Lagerbestände von den Befragungsteilnehmern im Durchschnitt nicht mehr ganz so häufig als zu groß eingestuft werden wie noch etwa vor einem Jahrzehnt. Ausschlaggebend dafür könnte unter anderem sein, dass durch Investitionen in moderne Kommunikations- und Informationssysteme Abläufe im Bestellprozess und in der Lagerhaltung immer mehr automatisiert und optimiert werden können (»just in time«).

Zusammenhang mit anderen Variablen aus dem ifo Konjunkturtest

Die Betrachtung von Abbildung 1 lässt bereits einen Zusammenhang zwischen den Lagerbeständen und dem Geschäftsverlauf in den verschiedenen Handelsbereichen erahnen. So ist etwa im Kfz-Handel zu Beginn der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise im Jahr 2008 ein beträchtlicher Anstieg der Bestände an unverkauften Fahrzeugen zu sehen, welche im Zuge des durch die Umweltprämie verursachten konjunkturellen Sondereffekts im Laufe des Jahres 2009 wieder spürbar verringert werden konnten. Auch in der zweiten Jahreshälfte 2013 machte sich das Aufhellen der schwachen Geschäftslage im Kfz-Handel in einem sichtlichen Abbau zu großer Warenbestände bemerkbar.

Im Großhandel war der höchste Saldowert bei der Lagerbeurteilung zu Beginn des Krisenjahres 2009 zu verzeichnen. Den niedrigsten Lagerdruck meldeten die Firmen dagegen während der konjunkturell günstigen Phase in den Jahren 2010 und 2011. Nach einem stetigen Lageranstieg im Jahr 2012 verbesserte sich die Geschäftssituation im Großhandel 2013 angesichts steigender Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe, günstiger Bedingungen für Bauinvestitionen sowie aufwärts tendierender Ausgaben

der privaten Haushalte zusehends (vgl. Lachner 2013). Im Zuge dessen bewerteten die Händler auch ihre Lagerbestände wieder seltener als zu hoch.

In der Entwicklung der Lagerbestände des Einzelhandels machte sich die Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 kaum bemerkbar, da auch der Geschäftsverlauf nicht so stark beeinträchtigt wurde wie in den anderen Bereichen. In den vergangenen beiden Jahren, in denen die Konjunkturergebnisse keine großen Veränderungen des Geschäftsklimas im Einzelhandel anzeigten, gab es nur geringfügige Schwankungen bei den Lagerüberhängen. Lediglich zum Jahresende 2013 sowie zu Beginn des laufenden Jahres stuften deutlich weniger Einzelhändler ihre Lagerbestände als zu groß ein.

Der Zusammenhang der Lagerentwicklung mit Geschäftsklima, Lage und Erwartungen der Unternehmen sowie Preisentwicklungen und Bestelltätigkeit soll im Folgenden etwas näher untersucht werden. Tabelle 2 enthält die Korrelationen der Lagerurteile mit den anderen Variablen aus dem ifo Konjunkturtest für die drei Hauptsparten Kfz-, Groß- und Einzelhandel. Die Korrelationen wurden für einen maximalen Vor- und Nachlauf von drei Monaten berechnet. Wie deutlich zu erkennen ist, weist die Entwicklung der Lagerbestände zu

Tab. 2
Korrelationen der Lagerurteile mit anderen Variablen aus dem ifo Konjunkturtest Handel
(betragsmäßig größte Korrelation in fett)

| | | Lagerurteile | | | | | | |
|--------------|----------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------|--------|--------|
| | | t - 3 | t - 2 | t - 1 | t | t + 1 | t + 2 | t + 3 |
| Kfz-Handel | Geschäftslage | -0,525 | -0,525 | -0,553 | -0,605 | -0,566 | -0,555 | -0,541 |
| | Geschäftserwartungen | -0,460 | -0,448 | -0,491 | -0,488 | -0,462 | -0,451 | -0,435 |
| | Geschäftsklima | -0,524 | -0,520 | -0,556 | -0,589 | -0,552 | -0,541 | -0,525 |
| | Bestelltätigkeit | -0,565 | -0,548 | -0,578 | -0,592 | -0,522 | -0,513 | -0,482 |
| | Preisänderungen | -0,273 | -0,251 | -0,244 | -0,267 | -0,200 | -0,170 | -0,126 |
| | Preiserwartungen | -0,262 | -0,272 | -0,253 | -0,297 | -0,290 | -0,277 | -0,246 |
| Großhandel | Geschäftslage | -0,696 | -0,672 | -0,654 | -0,675 | -0,611 | -0,559 | -0,533 |
| | Geschäftserwartungen | -0,704 | -0,712 | -0,733 | -0,727 | -0,707 | -0,652 | -0,608 |
| | Geschäftsklima | -0,737 | -0,725 | -0,723 | -0,734 | -0,685 | -0,629 | -0,595 |
| | Bestelltätigkeit | -0,752 | -0,770 | -0,762 | -0,753 | -0,693 | -0,623 | -0,558 |
| | Preisänderungen | -0,575 | -0,567 | -0,603 | -0,612 | -0,541 | -0,512 | -0,465 |
| | Preiserwartungen | -0,626 | -0,633 | -0,626 | -0,650 | -0,582 | -0,546 | -0,491 |
| Einzelhandel | Geschäftslage | -0,418 | -0,455 | -0,460 | -0,449 | -0,402 | -0,322 | -0,252 |
| | Geschäftserwartungen | -0,333 | -0,346 | -0,302 | -0,312 | -0,296 | -0,278 | -0,211 |
| | Geschäftsklima | -0,432 | -0,460 | -0,441 | -0,440 | -0,402 | -0,343 | -0,265 |
| | Bestelltätigkeit | -0,453 | -0,482 | -0,457 | -0,457 | -0,396 | -0,338 | -0,265 |
| | Preisänderungen | -0,433 | -0,425 | -0,383 | -0,327 | -0,346 | -0,263 | -0,242 |
| | Preiserwartungen | -0,442 | -0,433 | -0,445 | -0,381 | -0,370 | -0,346 | -0,269 |

Quelle: ifo Konjunkturtest.

allen anderen untersuchten Variablen einen negativen Zusammenhang auf. Das bedeutet, dass der Verlauf der Lagerbestände entgegengesetzt verläuft. Eine Verbesserung der Lage oder ein Aufhellen der Geschäftsperspektiven geht demnach im Allgemeinen mit einem Abnehmen des Lagerdrucks einher. Außerdem wirkt sich eine Abnahme der Warenbestände in Bezug auf die Bestelltätigkeit stimulierend aus und steht zudem oftmals in Verbindung mit Preisauftriebskräften.

Des Weiteren besitzen die Lagerurteile in Bezug auf die anderen Variablen meist einen Vorlauf, zumindest aber einen Gleichlauf. Besonders stark ausgeprägt ist dieser Zusammenhang im Einzelhandel. Erhöhen sich in diesem Bereich die Lagerüberhänge, so ist zu erwarten, dass die Preise in drei Monaten gesenkt werden müssen. Auch für die Geschäftslage haben die Lagerüberhänge eine unmittelbare Auswirkung im folgenden Monat. Im Kfz- und Großhandel sind die Zusammenhänge betragsmäßig sogar noch größer, wenn auch bei unterschiedlichem Vorlauf. Ähnliches gilt auch für die Geschäftserwartungen.

Diese Erkenntnisse decken sich mit den Ergebnissen aus dem »Test des Tests«, die dem Lagerbestand eine insgesamt bedeutende Rolle bei der Beurteilung der aktuellen Geschäftssituation sowie den Geschäftserwartungen beimisst (vgl. Abberger, Birnbrich und Seiler 2009). Betragsmäßig ist die Wechselwirkung im Großhandel am stärksten ausgeprägt. In diesem Bereich dürften sich überhöhte Warenbestände demnach noch stärker auf die Planungen auswirken als in den anderen Bereichen.

Fazit

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass überhöhte Warenlager im ifo Konjunkturtest ein Indikator für zu schwache Nachfrage sind. Die Firmen sind dann in diesen Phasen gezwungen, korrigierende Maßnahmen zu ergreifen. Sowohl zwischen den drei Handelsstufen als auch innerhalb des Einzel- und des Großhandels unterscheiden sich die Lagerentwicklungen sowie die Höhe der durchschnittlichen Lagerüberhänge deutlich. Dies hängt unter anderem mit Unterschieden in der Komplexität der Warenkalkulation sowie unterschiedlicher Lagerumschlagsdauer der Waren in den einzelnen Handelsbereichen zusammen. Es wird interessant sein, in den kommenden Jahren zu beobachten, ob es den Handelsunternehmen gelingt, durch eine fortwährende Optimierung von Planungen und Abläufen, die durchschnittlichen Lagerüberhänge weiter zu verringern.

Literatur

Abberger, K., M. Birnbrich und C. Seiler (2009): »Der »Test des Tests« im Handel – eine Metaumfrage zum ifo Konjunkturtest«, *ifo Schnelldienst* 62(21), 34–41.

Abberger, K., S. Sauer und C. Seiler (2011), *Der Test des Tests im ifo Konjunkturtest Handel*, ifo Forschungsbericht 52, ifo Institut, München.

Lachner, J. (2013): »Großhandel«, *Branchen special*, Oktober.

Sauer, S. (2013) »Konjunkturtest im Fokus: Sonderfrage zu Umsatzbehinderungen im Einzelhandel«, *ifo Schnelldienst* 66 (3), 44–45.

Annette Weichselberger

Nach den aktuellen Ergebnissen des ifo Investitionstests wollen die Unternehmen des deutschen Verarbeitenden Gewerbes 2014 ihre Investitionen um rund 9% erhöhen. Für das Jahr 2013 ergaben die Meldungen der Testteilnehmer einen Anstieg von 3%. An der im vierten Quartal 2013 durchgeführten Investitionsbefragung beteiligten sich etwas mehr als 2 500 Unternehmen. Gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen repräsentieren die erfassten Unternehmen das Verarbeitende Gewerbe Deutschlands zu gut 48%. Erhoben wurden neben den Anlagezugängen im Jahr 2013 die Investitionspläne für 2014 sowie die Zielsetzung der Investitionstätigkeit.

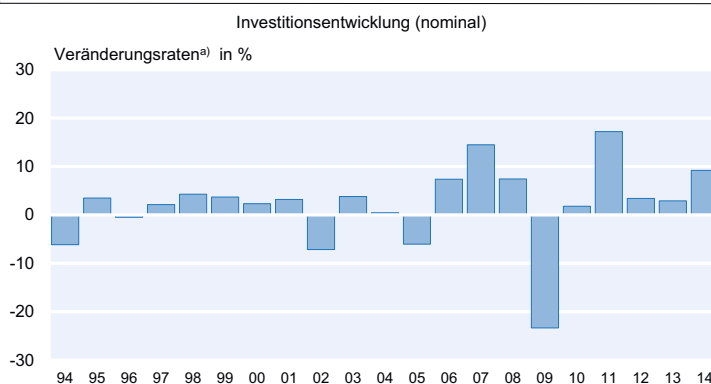
2013: Investitionsanstieg um 3%

Nach den aktuell vorliegenden Zahlen haben die Firmen ihre Investitionsabsichten im Laufe des Jahres insgesamt gesehen geringfügig nach unten korrigiert. Die Ergebnisse vom Frühjahr 2013 ließen noch eine etwas stärkere Investitionserhöhung von 4% erwarten. Mit rund 57 Mrd. Euro übertrafen die Industrieinvestitionen nach der aktuellen Hochrechnung das Vorjahresniveau um 3% (vgl. Tab. 1 und Abb. 1). Der reale Anstieg bewegt sich aufgrund der im Jahr 2013 relativ stabilen Preise für Investitionsgüter in ähnlicher Größenordnung.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sind die Investitionen hingegen 2013 leicht gesunken.¹ Die nichtindustriellen Sektoren, wie z.B. Unternehmensdienstleistungen, spielen seit längerem in der Gesamtwirtschaft und damit auch im Investitionsgeschehen eine immer stärkere Rolle. So dürften die Investitionen in den nichtindustriellen Sektoren im vergangenen Jahr im Durchschnitt zurückgegangen sein. Das Gewicht des Verarbeitenden Gewer-

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.1, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erste Jahresergebnisse 2013.

Abb. 1
Entwicklung der Investitionen im deutschen Verarbeitenden Gewerbe



^{a)} Bruttoanlageinvestitionen, 2013: vorläufig; 2014: ermittelt aufgrund der Planangaben.

Quelle: ifo Investitionstest.

bes an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen (ohne Wohnungsbau) hat sich inzwischen auf knapp 20% reduziert – entsprechend hielt sich der Einfluss der hier 2013 etwas regeren Investitionstätigkeit auf das gesamtwirtschaftliche Ergebnis in Grenzen (vgl. Abb. 2).

Investitionsentwicklung 2013 im Verarbeitenden Gewerbe im Detail

Die Investitionen wurden 2013 in fast allen Industriehauptgruppen erhöht, nur im

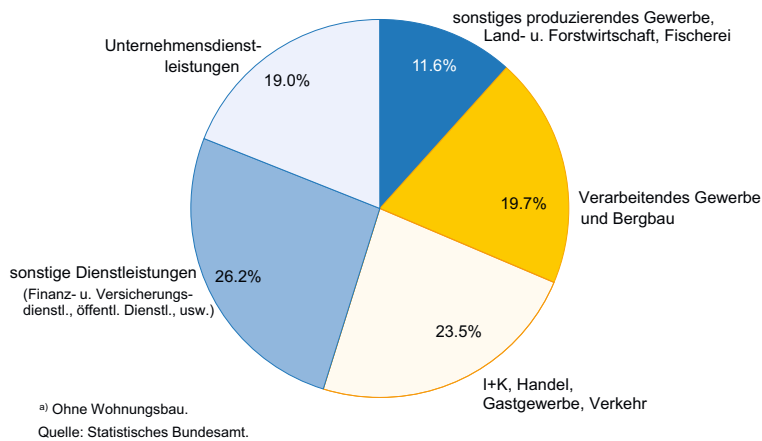
Tab. 1
Bruttoanlageinvestitionen

| Bereich | Mill. € | | Veränderungsraten | | |
|--|---------|--------|-------------------|-----------|-----------|
| | 2011 | 2012 | 2012/2011 | 2013/2012 | 2014/2013 |
| Bergbau u. Gewinnung von Steinen und Erden | 1 140 | 1 020 | - 2 | + 5 | - 6 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 52 390 | 54 180 | + 3 | + 3 | + 9 |
| darunter: | | | | | |
| Vorleistungsgütergewerbe | 22 560 | 21 970 | - 3 | ± 0 | + 8 |
| Investitionsgütergewerbe | 21 170 | 23 050 | + 9 | + 4 | + 10 |
| Gebrauchsgütergewerbe | 1 130 | 1 400 | + 24 | + 2 | + 4 |
| Verbrauchsgütergewerbe | 7 325 | 7 400 | + 1 | + 9 | + 9 |
| insgesamt ^{a)} | 53 530 | 55 300 | + 3 | + 3 | + 9 |

^{a)} Ohne allgemeine Energie- und öffentliche Wasserversorgung.

Quelle: ifo Investitionstest.

Abb. 2
Bruttoanlageinvestitionen der einzelnen Wirtschaftssektoren^{a)} 2012



Vorleistungsgüter produzierenden Gewerbe verharren die Ausgaben für neue Sachanlagen auf dem Vorjahresniveau (vgl. Tab. 1). Die stärkste Investitionssteigerung war 2013 in der vorwiegend mittelständisch strukturierten Hauptgruppe – dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe – zu verzeichnen. Differenziert man die Ergebnisse nach Größenklassen, so haben die kleinen Firmen ihre ursprünglichen Investitionsabsichten im Laufe des vergangenen Jahres eher nach oben korrigiert, während die größeren Unternehmen ihre Investitionspläne für 2013 nicht im vollen Umfang realisiert haben dürften.

Auf Branchenebene wird das Investitionsgeschehen stark von der Investitionstätigkeit der Automobilbranche geprägt: Rund ein Viertel der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes wird von dieser Branche getätigt (vgl. Abb. 3). Nach den aktuellen Meldungen der Hersteller von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen haben diese im vergangenen Jahr ihre Investitionen um rund 7% erhöht. Um konkurrenzfähig zu bleiben, sind die Automobilhersteller stets bestrebt, mit neuen Modellen mit verbesserten technischen Neuerungen auf den Markt zu kommen. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten spielen in der Automobilbranche eine sehr große Rolle. Entwicklungskosten, die einem konkreten Projekt zuordenbar sind, dürfen im Gegensatz zum HGB nach den international geltenden Bilanzierungsvorschriften IAS (International Accounting Standards) als Investitionen verbucht werden. Zahlreiche – insbesondere große und international agierende – Unternehmen haben in den vergangenen Jahren ihre Buchhaltung auf die IAS umgestellt. Auch im Maschinenbau, in der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen und im Nahrungsmittelgewerbe dürften die Investitionen gestiegen sein: Hier waren Zuwachsraten zwischen 5 und 10%

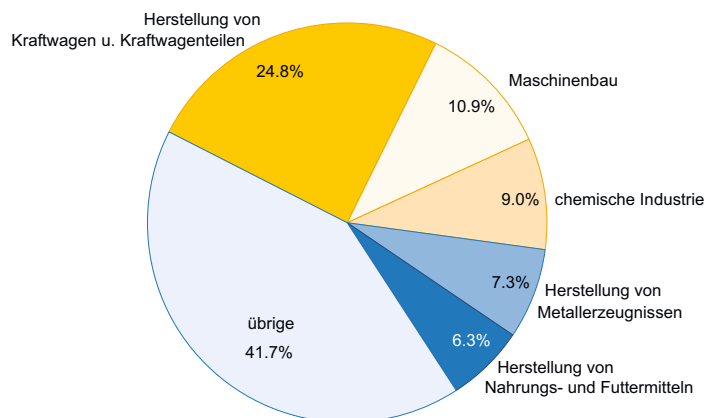
zu verzeichnen (vgl. Tab. 3). Die stärksten Erhöhungen – um rund 15% – meldeten für 2013 jedoch die chemische und die pharmazeutische Industrie. Auch in diesen beiden Branchen spielen Forschungs- und Entwicklungskosten für neue Produkte eine große Rolle.

Gekürzt wurden die Investitionsausgaben 2013 vor allem in der Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (– 15%). Diesem Wirtschaftszweig wird auch ein großer Teil der Solarindustrie zugeordnet, die aufgrund der zunehmenden internationalen Konkurrenz über eine mangelnde Auslastung ihrer Produktionskapazitäten klagt und dementsprechend ihre Investitionen drastisch eingeschränkt hat. Investitionsrückgänge von 5 bzw. 10% meldeten auch die Metallerzeugung und die Branche Herstellung von Metallerzeugnissen. Der Bereich Metallerzeugung musste 2013 eine deutliche Umsatzeinbuße hinnehmen.

2014: Spürbarer Anstieg der Investitionen

Nach den aktuellen Ergebnissen der Investitionserhebung werden die Investitionen der deutschen Industrie 2014 im Vergleich zu 2013 merklich zunehmen. Rund 66% der Unternehmen haben geplant, ihre Investitionsausgaben 2014 zu erhöhen, während 30% weniger als im vergangenen Jahr investieren wollen. Ein gegenüber 2013 konstantes Investitionsvolumen meldeten 4% der Befragungsteilnehmer. Der aus den »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen für 2014 resultierende Saldo beträgt somit + 36 (vgl. Tab. 2). Berücksichtigt man neben den Tendenzangaben die von den Unternehmen gemachten quantitativen Angaben, dann ist damit

Abb. 3
Investitionen der Wirtschaftszweige 2012



Tab. 2
Tendenzen der Investitionsplanung

| Bereich | Im Jahr 2014 wollen gegenüber 2013 ...% der Unternehmen ^{a)} investieren | | | |
|--------------------------|---|------------|---------|---------------------|
| | mehr | gleichviel | weniger | Saldo ^{b)} |
| Verarbeitendes Gewerbe | 66 | 4 | 30 | + 36 |
| darunter: | | | | |
| Vorleistungsgütergewerbe | 64 | 7 | 29 | + 35 |
| Investitionsgütergewerbe | 72 | 2 | 26 | + 46 |
| Gebrauchsgütergewerbe | 46 | 5 | 49 | - 3 |
| Verbrauchsgütergewerbe | 58 | 8 | 34 | + 24 |

^{a)} Gewichtet mit dem Firmenumsatz. – ^{b)} Differenz der Prozentanteile der gewichteten »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen.

Quelle: ifo Investitionstest.

Tab. 3
Investitionsentwicklung nach Branchen

| Bereich | Bruttoanlageinvestitionen in Mill. € | | | |
|---|--------------------------------------|---------------|--------------------|---|
| | 2011 | 2012 | 2013 ^{a)} | 2014 Veränderung in der Größenordnung von ...% ^{b)} |
| Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden | 1 140 | 1 120 | 1 180 | - 6 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 52 390 | 54 180 | 55 755 | + 9 |
| Herst. von Nahrungs- u. Futtermitteln | 3 350 | 3 430 | 3 700 | + 10 |
| Getränkeherstellung | 915 | 925 | 1 045 | + 10 |
| Tabakverarbeitung | 145 | 190 | 155 | ± 0 |
| Textilgewerbe | 340 | 335 | 300 | + 10 |
| Bekleidungsindustrie | 100 | 105 | 95 | ± 0 |
| Ledergewerbe | 130 | 95 | 90 | ± 0 |
| Holzgewerbe (o. Herst. v. Möbeln) | 495 | 525 | 475 | - 5 |
| Papiergewerbe | 1 290 | 1 330 | 1 400 | + 5 |
| H. v. Druckerz.; Vervielf. und v. Ton-, Bild-, Datenträgern | 670 | 605 | 605 | ± 0 |
| Kokerei und Mineralölverarbeitung | 540 | 700 | 770 | + 5 |
| Chemische Industrie | 4 990 | 4 875 | 5 620 | + 10 |
| Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen | 1 210 | 1 280 | 1 470 | + 20 |
| H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren | 2 635 | 2 745 | 2 480 | + 10 |
| Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung v. Steinen u. Erden | 1 585 | 1 590 | 1 750 | + 10 |
| Metallerzeugung u.-bearbeitung | 2 705 | 2 960 | 2 810 | + 10 |
| H. v. Metallerzeugnissen | 3 880 | 3 970 | 3 550 | + 15 |
| H. v. DV-Gerät., elektronische u. optische Erzeugnissen | 3 990 | 3 075 | 2 610 | + 20 |
| H. v. elektrische Ausrüstungen | 2 805 | 2 945 | 3 090 | + 10 |
| Maschinenbau | 5 355 | 5 880 | 6 170 | + 5 |
| H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen | 12 180 | 13 440 | 14 370 | + 10 |
| Sonstiger Fahrzeugbau | 855 | 980 | 880 | + 15 |
| Herstellung von Möbeln | 485 | 500 | 450 | ± 0 |
| Herstellung von sonstigen Waren | 970 | 1 000 | 1 100 | + 10 |
| Rep. u. Inst. v. Maschinen u. Ausrüstungen | 770 | 700 | 770 | - 10 |
| Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau (einschl. Gew. von Steinen und Erden) | 53 530 | 55 300 | 56 935 | + 9 |

^{a)} Vorläufig. – ^{b)} Geplant, die Veränderungsrate der Bruttoanlageinvestitionen liegt:

- ± 0 = zwischen + 2,5 und - 2,5%
- + 5 = zwischen + 2,5 und + 7,5%
- + 10 = zwischen + 7,5 und + 12,5%
- + 15 = zwischen + 12,5 und + 17,5%
- + 20 = zwischen + 17,5 und + 22,5%
- = entsprechend.

Quelle: ifo Investitionserhebungen, Stand: Herbst 2013.

zu rechnen, dass die deutsche Industrie 2014 um gut 9% mehr investieren wird als im abgelaufenen Jahr (vgl. Tab. 1). Real gesehen, d.h. unter Ausschaltung der zu erwartenden Veränderungen der Preise für neue Bauten und Ausrüstungen, werden sich die Bruttoanlageinvestitionen voraussichtlich um rund 8% erhöhen.

Im Laufe der letzten Investitionsbefragungen hat sich gezeigt, dass die Unternehmen anscheinend immer kurzfristiger planen. So war es selbst zu Beginn dieses Jahres einigen Unternehmen noch nicht möglich, Aussagen zu den für 2014 geplanten Investitionen zu machen. Ein Grund hierfür sind z.B. die internationalen Unternehmensverflechtungen. Oft muss die ausländische Unternehmensführung die Investitionsplanung des deutschen Tochterunternehmens erst bewilligen.

Investitionssteigerungen in fast allen Bereichen

Im Jahr 2014 ist in allen Hauptgruppen eine Anhebung der Investitionsausgaben geplant. Die stärkste Erhöhung des Investitionsbudgets – um 10% – hat das *Investitionsgüter produzierende Gewerbe* vorgesehen. Aber auch die Produzenten von *Vorleistungsgütern* und die von *Verbrauchsgütern* wollen 2014 verstärkt investieren (+ 8% bzw. + 9%). Demgegenüber ist der Zuwachs (+ 4%), den die *Hersteller von Gebrauchsgütern* meldeten, moderat. Im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe hat der *Bergbau* ein Investitionsvolumen geplant, das rund 6% unter dem Vorjahresniveau liegt.

Differenziert man die Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen, so wollen die meisten Branchen ihre Investitionsbudgets 2014 erhöhen. Den stärksten Zuwachs um rund ein Fünftel meldete die pharmazeutische Industrie. Aber auch die Hersteller von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, die ihre Ausgaben für Sachanlagen 2012 und 2013 spürbar eingeschränkt hatten, konnten zuletzt im Rahmen des ifo Konjunkturtests wieder von einer erhöhten Kapazitätsauslastung berichten und planten ebenfalls eine starke Investitionsenerhöhung um fast ein Fünftel. Nach der nur verhaltenen Investitionstätigkeit 2013 haben auch die Hersteller von Metallerzeugnissen und der »Sonstige Fahrzeugbau«, zu dem auch der Luft- und Raumfahrzeugbau und der Schiffbau zählen, kräftige Investitionsenerhöhungen von 15% vorgesehen. Die – gemessen an ihrem Investitionsvolumen – gewichtige Branche Herstellung von Kraftwagen und -teilen plant, ihre Investitionen 2014 um knapp 10% zu erhöhen. Investitionsrückgänge – von rund 5% – sind aus heutiger Sicht z.B. im Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) zu erwarten.

Kapazitätserweiterungen und Ersatzbeschaffungen dominieren

Im Rahmen der Herbstbefragung werden die Unternehmen auch zu ihren Investitionsmotiven befragt. Aufgrund unterschiedlicher Fragestellungen sind die hier dargestellten Ergebnisse hinsichtlich der Investitionsziele jedoch nicht mit denen der Frühjahrserhebung vergleichbar. Während im Frühjahr die Unternehmen das Hauptmotiv ihrer Investitionstätigkeit angeben, werden sie in der Herbstbefragung um eine prozentuale Aufteilung der Investitionen nach den unterschiedlichen Investitionsmotiven gebeten. Diese Fragestellung erlaubt es somit, die Investitionen im Hinblick auf die jeweilige Zielsetzung unmittelbar zu quantifizieren. Des Weiteren ist der Zielekatalog breiter aufgefächert als in der Investitionserhebung im Frühjahr.

Wie in Zeiten reger Investitionstätigkeit zu erwarten ist, hat die *Kapazitätserweiterung* recht hohe Bedeutung. Nach den aktuellen Ergebnissen wird das Erweiterungsziel jedoch 2014 gegenüber 2013 etwas an Gewicht verlieren (von

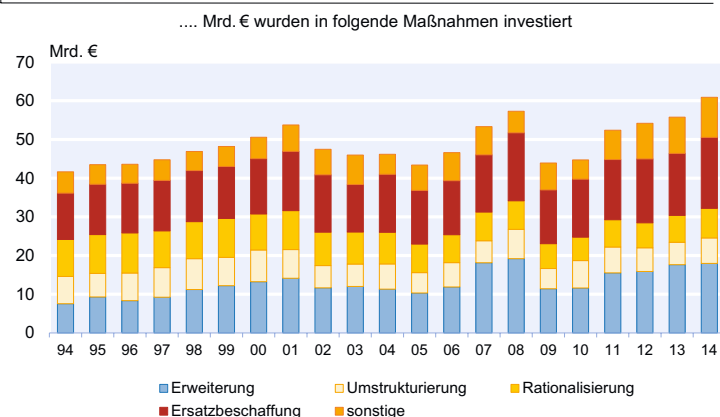
Tab. 4
Struktur der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe

| Investitionskategorien | Anteil an den Gesamtinvestitionen in % ^{a)} | |
|---|--|-------|
| | 2013 | 2014 |
| Kapazitätserweiterung | 31,6 | 29,5 |
| Umstrukturierung | 10,4 | 10,8 |
| Rationalisierung | 12,5 | 12,6 |
| Ersatzbeschaffung | 28,7 | 30,1 |
| Andere Investitionsvorhaben ^{b)} | 16,8 | 17,0 |
| Investitionen insgesamt | 100,0 | 100,0 |

^{a)} Hochgerechnete, strukturbereinigte Anteilswerte. –
^{b)} Investitionen für Umweltschutzzwecke, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für Forschung und Entwicklung sowie für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung u.a.m.

Quelle: ifo Investitionserhebung, Herbst 2013.

Abb. 4
Investitionen in Ersatzbeschaffungen dominieren



31,6 auf 29,5%, vgl. Tab. 4). Damit dürfte in diesem Jahr aber dennoch mit rund 18 Mrd. Euro etwas mehr für Kapazitätserweiterungen ausgegeben werden als im Vorjahr (vgl. Abb. 4). Ein relativ starkes Gewicht hat die Kapazitätserweiterung in diesem wie schon im vorangegangenen Jahr in der chemischen Industrie, in der Mineralölverarbeitung (einschließlich Vertrieb) sowie im »Sonstigen Fahrzeugbau«.

Die *Ersatzbeschaffung*, die im vergangenen Jahr mit 28,7% der Investitionen an zweiter Stelle stand, gewinnt 2014 wieder knapp die Oberhand (30,1%). Verglichen mit dem Industriedurchschnitt hat dieses Investitionsmotiv in den beiden hier beobachteten Jahren einen vergleichsweise hohen Anteil in den – gemessen an ihrem Investitionsvolumen – recht kleinen Branchen: Gewinnung von Steinen und Erden, Tabakverarbeitung und im Ledergewerbe.

In *Rationalisierungsvorhaben* fließt im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes rund ein Achtel der Investitionen. Dieses Investitionsmotiv, das Mitte der 1990er Jahre noch ein recht starkes Gewicht hatte, verlor insgesamt gesehen im Laufe der vergangenen Jahre an Bedeutung. Nach den Meldungen besteht 2014 in folgenden Branchen ein relativ hoher Rationalisierungsbedarf: Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden, Tabakverarbeitung sowie im Textilgewerbe.

Gut ein Zehntel der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes dienen in diesem Jahr *Umstrukturierungsmaßnahmen*. Darunter sind Veränderungen des Produktionsprogramms ohne wesentliche Erweiterungseffekte zu verstehen, wie z.B. Erweiterung der Kapazität zur Herstellung bestimmter Produkte/Produktprogramme bei gleichzeitiger Einschränkung anderer Fertigungskapazitäten. Dieses Motiv hat seit Anfang der 1980er Jahre eine besonders starke Bedeutung im Straßenfahrzeugbau. Im vergangenen sowie im laufenden Jahr war bzw. ist in dieser Branche knapp ein Viertel der Investitionsausgaben für Umstrukturierungen vorgesehen. 2014 dürfte dieses Investitionsmotiv auch im Bekleidungsindustrie ein relativ hohes Gewicht haben.

Die restlichen Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe (rund ein Sechstel) sind den sog. »*anderen Investitionsvorhaben*« zuzuordnen. Darunter fallen z.B. Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Umweltschutzinvestitionen. Einen hohen Anteil von rund einem Drittel haben diese Investitionen im Straßenfahrzeugbau, was die oben angesprochene große Bedeutung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in dieser Branche belegt.

Zusammenfassung

Wie sich bereits in der vorangegangenen Investitionserhebung abzeichnete, haben die Unternehmen des deutschen

Verarbeitenden Gewerbes ihre Investitionen 2013 leicht erhöht. Insgesamt gesehen wurde nach der aktuellen Hochrechnung in der Industrie mit fast 57 Mrd. Euro rund 3% mehr in neue Bauten und Ausrüstungsgüter investiert als 2012. Der reale Anstieg bewegt sich aufgrund der zurzeit stabilen Preise für Investitionsgüter in ähnlicher Größenordnung.

Für dieses Jahr ist nach den Plänen der Unternehmen mit einem weiteren Anstieg der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen. Rund 66% der Unternehmen haben geplant, ihre Investitionsausgaben 2014 zu erhöhen, während 30% weniger als im letzten Jahr investieren wollen. Ein im Vergleich zu 2013 konstantes Investitionsvolumen meldeten die restlichen 4% der Befragungsteilnehmer. Der aus den »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen für 2014 resultierende Saldo beträgt somit + 36. Berücksichtigt man neben den Tendenzangaben die von den Unternehmen gemachten quantitativen Angaben, dann ergibt sich für 2014 eine Aufstockung der Investitionen der Industrie um 9%. Real gesehen, d.h. unter Ausschaltung der zu erwartenden Preissteigerungen für neue Bauten und Ausrüstungen, werden sich die Bruttoanlageinvestitionen im laufenden Jahr voraussichtlich um knapp 8% erhöhen.

Erweiterungsinvestitionen und Investitionen in Ersatzbeschaffungen halten sich in den beiden hier betrachteten Jahren, 2013 und 2014, in etwa die Waage. In diesem Jahr sind je rund 30% der Sachanlageinvestitionen den beiden Investitionsmotiven zuzuordnen. Rationalisierungsmaßnahmen spielen im Vergleich zu den 1990er Jahren nur noch eine untergeordnete Rolle.

Die Abholzung der weltweiten Wälder ist nach der Verbrennung fossiler Brennstoffe die zweitgrößte anthropogene CO₂-Quelle. Je nach Breitengrad und Zusammensetzung der Wälder verursacht sie durchschnittlich 12% aller Emissionen (vgl. van der Werf et al. 2009). Zwar ist das diesbezügliche Problembewusstsein in den letzten Jahren gewachsen, aber die bisherigen Anstrengungen reichen bei weitem nicht aus, um die Umwandlung von Wäldern in landwirtschaftliche Flächen sowie den illegalen Holzeinschlag dauerhaft einzudämmen. Bisher konnten aber einige Maßnahmen zur Kontrolle des Holzeinschlags und des Handels mit Holzprodukten erfolgreich eingeführt und durchgesetzt werden, u.a. das internationale ITTA-Abkommen sowie das europäische Programm FLEGT (*Forest Law Enforcement, Governance and Trade*). Letzteres sind freiwillige Abkommen zur Kontrolle des Handels mit Holz und dessen Produkten. Sie werden seit 2005 bilateral zwischen der EU und holzexportierenden Partnerländern geschlossen und sollen die Einfuhr von ausschließlich legal geschlagenem Holz garantieren. Mit Ghana, Kamerun und der Republik Kongo konnten bereits solche bilateralen Abkommen vereinbart werden, wobei u.a. die Einbeziehung der Bevölkerung und anderer Akteure in sämtliche Verhandlungen und Entscheidungsprozesse sowie die Schaffung von Transparenz und klarer Kontrollmechanismen zum Erfolg beigetragen haben (vgl. FERN 2010). Mit weiteren tropischen Ländern, wie Gabun, Malaysia, Honduras und Vietnam, führt die EU derzeit noch Verhandlungen (vgl. European Commission 2014).

Die hauptsächlich durch die Abholzung entstehenden Emissionen werden durch Brandrodung zur Schaffung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen oder zur Nutzung durch die ansässige Bevölkerung verursacht. Besonders in den tropischen Regionen werden dadurch enorme Mengen Kohlendioxid freigesetzt (vgl. CBD 2011). Dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist das Ziel der Anstrengungen der UN, die unter dem Namen REDD (*Reducing Emissions from Deforestation and Degradation*) zusammengefasst werden. REDD wurde 2005 im Rahmen der 11. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Montréal ins Leben gerufen, 2007 wurde es in Bali (COP 13) als offizielles, wenn auch noch weitgehend undifferenziertes Klimaschutzinstrument eingeführt. Ausgehend von Vorschlägen Costa Ricas und Papua Neuguineas sollte ein Mechanismus geschaffen werden, der waldreiche Entwicklungsländer – als Anreiz für das Nicht-Abholzen der Wälder bzw. die Eindämmung der Entwaldung – entschädigt. Hierfür wird dem in den Wäldern gespeicherten Kohlenstoff ein Wert zugewiesen (vgl. FERN 2011). Man geht davon aus, dass dadurch die Emissionsreduktionen besonders kostengünstig erreicht werden können (vgl. KfW Entwicklungsbank 2012), denn durch eine vermiedene Entwaldung kann jährlich deutlich

mehr CO₂ eingespart werden, als durch Wiederaufforstungsmaßnahmen angereichert werden könnte.¹

In Bali wurde REDD um zusätzliche Merkmale zu REDD+ erweitert: So steht neben der reinen Eindämmung der Abholzung und der Schädigung der Wälder der Erhalt und die Erhöhung der Kohlenstoffvorräte sowie die nachhaltige Forstwirtschaft im Vordergrund (vgl. Wils 2011). Ein besonderes Augenmerk liegt bei REDD+ zudem auf Gebieten, in denen erst in Zukunft mit einer Abholzung gerechnet wird. Zusätzlich wurde der Mechanismus auch auf boreale Wälder, wie z.B. in der Mongolei, ausgedehnt.

Wie funktioniert REDD+?

Im Rahmen der Beschlüsse von Cancún (2010) und Durban (2011) sollen Entwicklungsländer, die an REDD+ teilnehmen, in einer ersten Phase nationale Strategien und Aktionspläne erstellen und Kapazitäten zur späteren Umsetzung der Maßnahmen aufbauen. In der zweiten Phase werden die Aktionspläne implementiert und erste Pilotprojekte gestartet, welche in der letzten Phase ergebnisbasiert vergütet und überwacht werden sollen. Im Laufe dieser drei Phasen sollen die teilnehmenden Länder nationale Referenzlevel für die Vergleichbarkeit und Messbarkeit der Reduktion der Emissionen und Entwaldung formulieren und darüber hinaus Monitoring- und Informationssysteme für den Austausch sowie die Einhaltung der Schutzmechanismen schaffen. Diese Referenzlevel sind ein wichtiges Maß für die Beurteilung der REDD-Mechanismen, da sie letztendlich die Kosten der Umsetzung bestimmen und die Grundlage für die Finanzierung des Waldschutzes bilden (vgl. Meridian Institute (2011)). Seit den Klimaverhandlungen in Cancún erhalten Entwicklungsländer durch Richtlinien des IPCC sowie durch die Bereitstellung von Vegetationsdaten der FAO eine schrittweise Unterstützung bei der Erstellung der Referenzlevel (vgl. Herold et al. 2012). Bei der Überwachung der Emissionen und Entwaldung bestehen die Herausforderungen vor allem bei der Definition von Wald und der von Land zu Land unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen für die durch den Waldschutz eingesparten Emissionen. Besonders wichtig für die Erstellung der Referenzlevel ist zudem das Wissen über die Gründe für die Entwaldung und Waldschädigung, hierbei spielen auch his-

¹ Treibhausgasemissionen, die aus der Verbrennung fossiler Energie resultieren, können nicht allein durch den Erhalt und die Aufforstung der Wälder, geschweige denn durch die Anpflanzung von Plantagen kompensiert werden. Trotz eines nachweisbaren Düngungseffekts des CO₂ auf das Pflanzenwachstum hängt die vermehrte Aufnahme durch die Pflanzen auch von vielen weiteren Standortfaktoren wie Wasservorrat, Verfügbarkeit von Nährstoffen, Temperatur sowie dem Alter und der Zusammensetzung der Bestände ab (vgl. Bader et al. 2013). Diese optimalen Voraussetzungen sind in der Natur nur selten zu finden und können nach dem bisherigen Stand nur vorübergehend zu einem vermehrten Wachstum führen. Holzplantagen und Monokulturen zeichnen sich generell durch eine geringe Biodiversität aus, sind damit weitaus weniger widerstandsfähig und speichern zudem rund 28% weniger Kohlenstoff als intakte naturnahe Wälder (vgl. CBD 2011).

torische Emissionsdaten und länderspezifische Besonderheiten eine wesentliche Rolle (vgl. Herold et al. 2012). Gegenwärtig befinden sich die teilnehmenden Länder weitgehend noch in Phase 1.

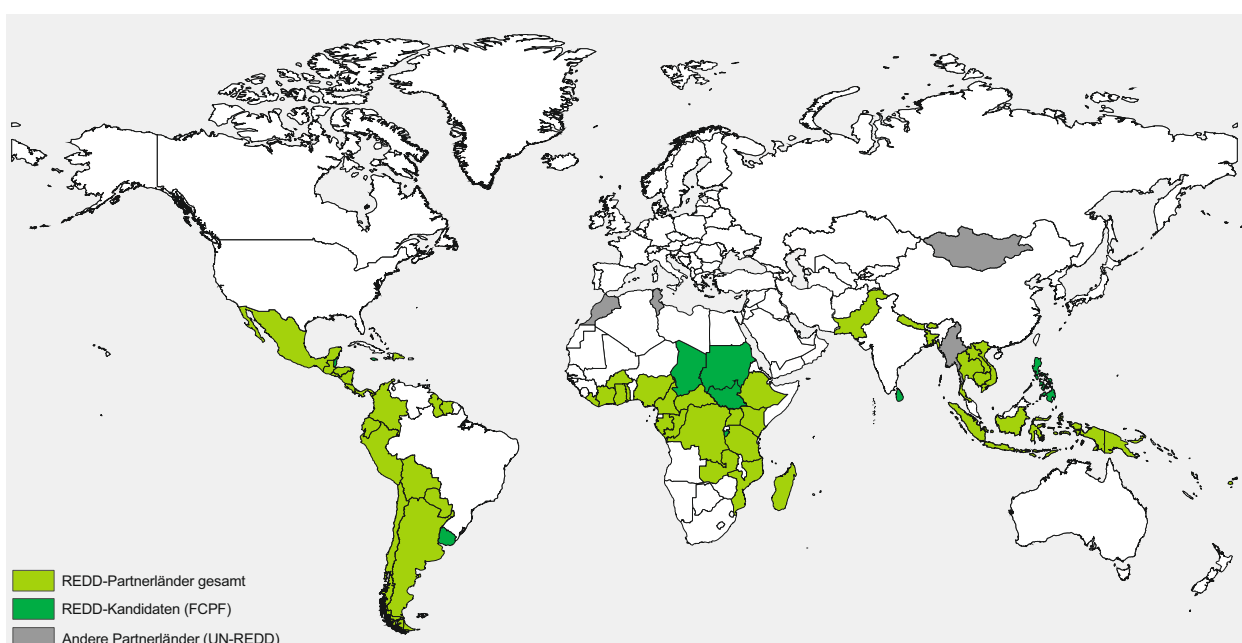
Zwei große Initiativen koordinieren – neben zahlreichen anderen zum Teil privaten Initiativen – weltweit die Durchführung der REDD-Projekte. Zu ihnen zählen das *UN-REDD-Programm* und die *Forest Carbon Partnership Facility* der Weltbank, an denen bisher über 40 Länder teilnehmen (vgl. Abb. 1). Die Programme stellen eine Finanzierung in Form von Fonds zur Verfügung, aus denen die Ausgleichszahlungen an die Länder ergebnisbasiert getätigt werden sollen. Ebenfalls in Cancún wurden zum Schutz und der Teilhabe indigener Völker sowie zum Erhalt der Biodiversität verschiedene Schutzmechanismen (*Safeguards*) festgelegt (vgl. Kant et al. 2011). Diese Schutzmechanismen enthalten unter anderem Leitlinien zu verschiedenen Themen:

- die Schaffung einer transparenten und effektiven Politikgestaltung im Forstsektor;
- die Respektierung der Rechte indigener Völker und Mitglieder lokaler Gemeinschaften;
- die vollständige Beteiligung sämtlicher Akteure;
- die Zusicherung, dass die Programme im Einklang mit dem Schutz natürlicher Wälder und der biologischen Vielfalt einhergehen und nicht zur Umwandlung in Plantagen o.Ä. führen;
- die Vermeidung der Verlagerung der Emissionen in andere Regionen.

Seit der ersten Verhandlung in Montréal ist das REDD-Programm kontinuierlich diskutiert und auch kritisiert worden. In zähen Verhandlungen kam der Prozess nur langsam voran, und erst 2013 wurden in Warschau generelle Einigungen bezüglich der Voraussetzungen für Ausgleichszahlungen festgelegt. Obwohl REDD+ als Klimaschutzinstrument durchaus gute Erfolge erzielen könnte, weist es auch viele Schwachstellen auf.

Auf der institutionellen Seite könnte REDD+ langfristig dazu führen, dass sich Industrieländer vermehrt auf den Waldschutz konzentrieren, anstatt in die eigene Energieeffizienz und Emissionsvermeidung zu investieren. Dadurch könnten die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen aus dem Kyoto-Protokoll und dem europäischen Emissionshandelssystem zunehmend entkräftet werden (vgl. Misereor 2011). Dieser Kritikpunkt stand in Zusammenhang mit anfänglichen Vorschlägen, REDD+ in das Europäische Emissionshandelssystem zu integrieren. Basierend auf den im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) festgestellten Missbrauch der Emissionsgutschriften vieler Firmen, wurde von den Verhandlungspartnern ein Ausschluss von REDD+ aus dem Emissionshandel gefordert. Wie beim Emissionshandel wurde zudem auch bei REDD+ trotz der eingerichteten Schutzmechanismen eine Verlagerung (*Leakage*) der Abholzung in andere Regionen befürchtet, nachdem in der Zielregion zunächst auf den Holzeinschlag verzichtet wurde (vgl. Wils 2011). Auch besteht hier die Gefahr, dass Waldbesitzer naturnahe Wälder in Holzplantagen umwandeln, um somit von den Zahlungen für die vermeintliche Kohlenstoffanreicherung zu profitieren. Die negativen Folgen der Gutschriften aus dem Umweltschutz sind seit

Abb. 1
REDD+ Partnerländer der Forest Carbon Partnership Facility (FCPF) und UN-REDD



Quelle: Forest Carbon Partnership Facility (2013) und UN-REDD Programme (2013).

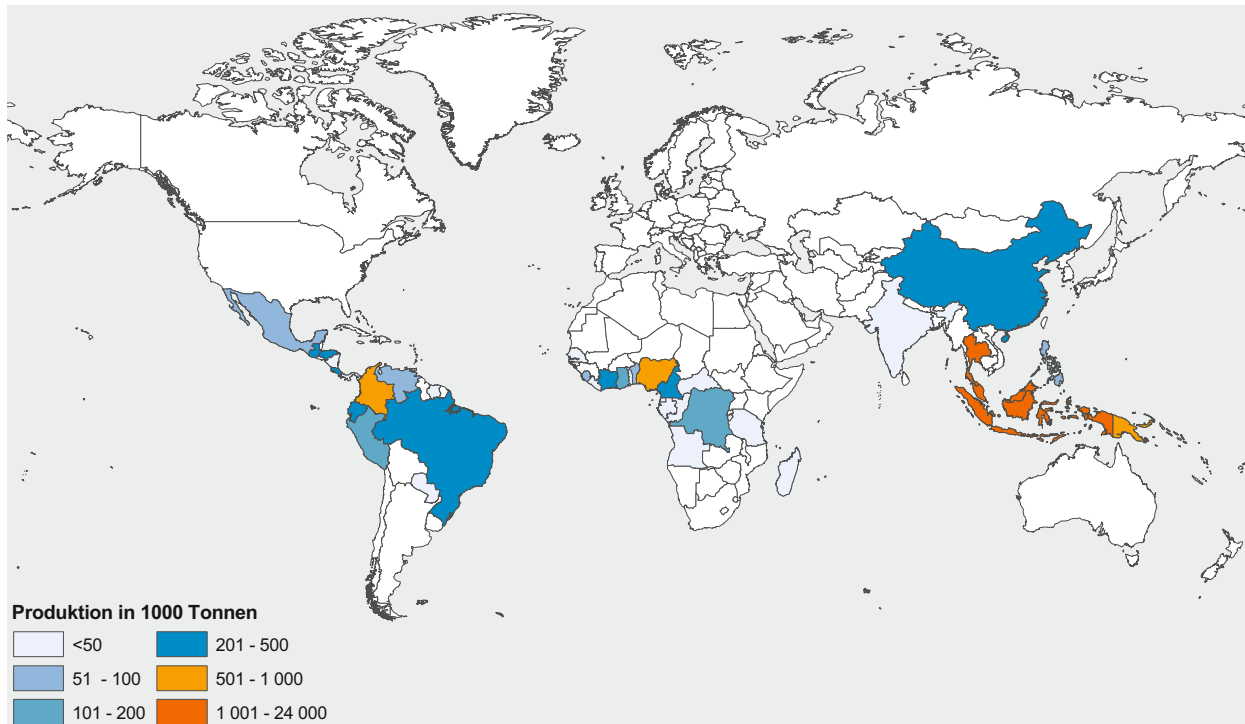
kurzem am Beispiel von Brasilien sichtbar. Hier trat im Dezember 2012 die *Bolsa Verde do Rio de Janeiro* in Kraft, eine Handelsplattform für verschiedene Umweltzertifikate. Dies führte (zusätzlich zur Lockerung bisheriger Waldgesetze) unter anderem dazu, dass die Entwaldungsraten im Amazonasgebiet entgegen früherer erfolgreicher Entwicklungen aufgrund der Verlagerung der Waldzerstörung und der Untergrabung der Umweltauflagen wieder anstiegen (vgl. Heinrich Böll Stiftung 2013a; 2013b). Um Entwicklungen im Zusammenhang mit Verlagerungseffekten zu vermeiden, wurden die Ausgleichszahlungen im Rahmen von REDD+ an die Bedingung geknüpft, dass Schutzmaßnahmen auch tatsächlich bzw. im Sinne des Schutzes der Wälder durchgeführt wurden. Die ergebnisbasierte Zahlungsweise soll mit Hilfe eines satelliten- und bodengestützten Monitorings unterstützt werden (vgl. KfW Entwicklungsbank 2012). Diese Systeme sollen neben den bestehenden Kohlenstoffvorräten auch die Emissionen aus Wäldern und den Zustand der Waldgebiete überwachen und gewährleisten, dass die Schutzmaßnahmen eingehalten werden. Ein einheitliches System zur Messung, Berichterstattung und Überwachung konnte jedoch auch bei den Verhandlungen in Warschau nicht durchgesetzt werden (vgl. Maraz und Fatheuer 2013).

Eine Finanzierung von REDD durch den Emissionshandel wurde neben oben genannten Risiken in Warschau 2013 auch aufgrund des bereits übersättigten Marktes für Emissionszertifikate und des niedrigen Kohlenstoffpreises weitgehend ausgeschlossen (vgl. Fatheuer 2013). Bisher war und ist jedoch weiterhin unklar, auf welchem Wege die REDD-Zahlungen finanziert werden sollen. Im Gespräch sind verschiedene Modelle, die von einer Schaffung internationaler Fonds – zusätzlich zu den bereits existierenden Fonds der Weltbank und UN – ausgehen. 2009 wurde während der Kopenhagener Klimakonferenz der *Green Climate Fund* vorgestellt, aus dem die Zahlungen an Entwicklungsländer im Rahmen ihrer Maßnahmen zur Vermeidung und Anpassung an den Klimawandel (inklusive REDD+) getätigt werden sollen. Im Jahr darauf wurde er in Cancún offiziell beschlossen und hat seinen Sitz seit Ende 2013 in Südkorea. Offen ist weiterhin jedoch die Höhe der Zahlungen, und bisher reichen die von den Industrieländern eingezahlten Gelder (rund 74 Mill. Dollar) nicht aus. Für den Zeitraum bis 2020 wurde zwar ein Betrag von jährlich rund 100 Mrd. Dollar festgelegt, konkrete Zahlen über die künftige Art und Höhe der Finanzierung konnten jedoch noch nicht angegeben werden (vgl. Heinrich Böll Stiftung 2013b). Die mangelnde Finanzierung der Ausgleichszahlungen ist eines der großen gegenwärtigen Probleme bei REDD+, da ohne sie keine ausreichenden Anreize für die Entwicklungsländer, den Schutz der Wälder voranzutreiben, bestehen. REDD ist im Gegensatz zur Anfangsphase zudem sehr viel teurer und komplizierter geworden, was die Anreize zur freiwilligen Teilnahme weiter sinken lässt. Besonders in der Fol-

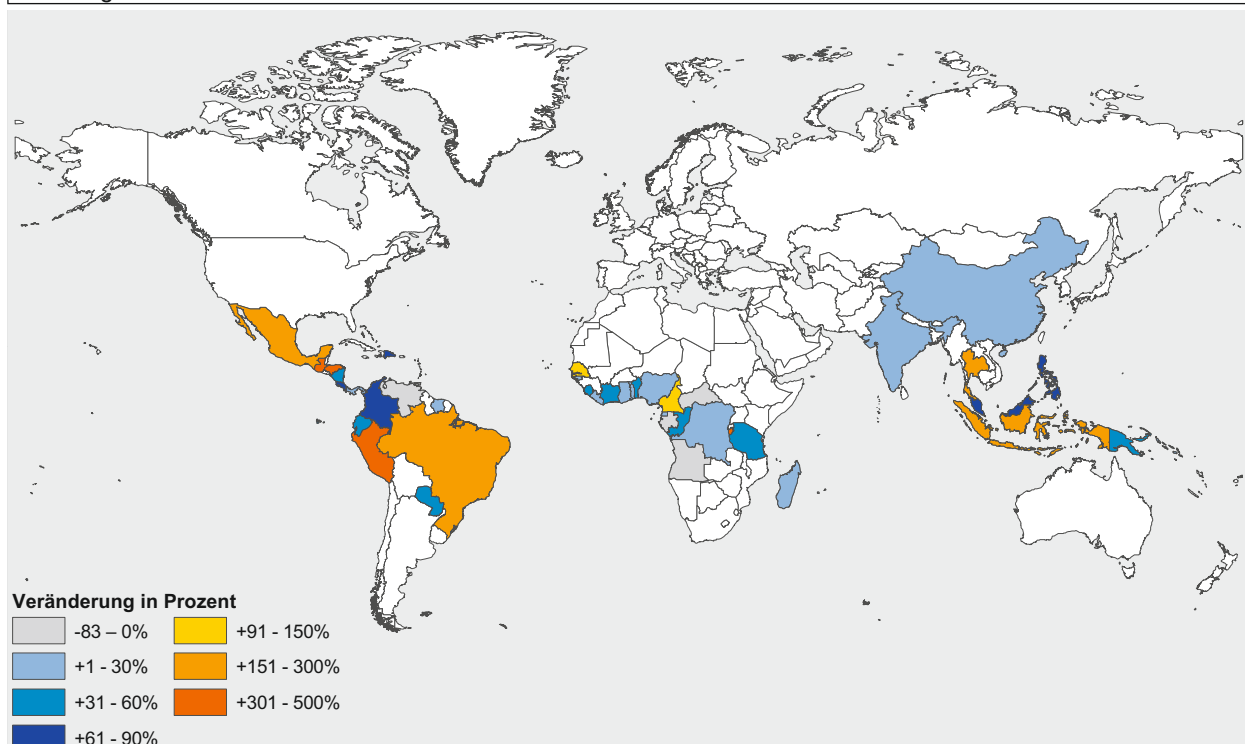
gephase (2015–2020) wird daher mehr Geld aus zuverlässigen Quellen benötigt. In diesem Zusammenhang wird der private Sektor für die Finanzierung immer wichtiger. Doch auch hier bestehen aufgrund der langsamen Fortschritte bei den Klimaverhandlungen Schwierigkeiten, private Investoren zu finden. Zudem müssten die Zahlungen an Waldbesitzer und Regierungen die Einnahmen aus Produkten wie Kakao, Palmöl oder Kautschuk bei weitem übertreffen, um hier überhaupt Anreize zum Schutz natürlicher Wälder schaffen zu können (vgl. Förster 2013). Angesichts der Gewinne beispielsweise aus Palmölplantagen wären hier enorme Beträge nötig. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung bei der Produktion von Palmöl seit 2000. Indonesien und Malaysia stellen hierbei die bekanntesten Beispiele dar, jedoch ist auch in einigen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern (Peru, Guatemala, Honduras, Brasilien, Kamerun) eine starke Zunahme mit zum Teil weit über 100% in den letzten zwölf Jahren zu sehen. Weltweit hat sich die Fläche für den Palmölanbau zwischen 1961 und 2006 aufgrund der starken Nachfrage der Ernährungs- und Kraftstoffindustrie ungefähr vervierfacht, wobei Indonesien und Malaysia bereits 2006 eine Fläche von durchschnittlich 4 Mill. Hektar für den Anbau verbrauchten (vgl. CBD 2011). Der Anbau von Ölpalmen ist in Indonesien dabei der Hauptgrund für die Abholzung.

Einen anderen wesentlichen Kritikpunkt bei REDD stellt die Tatsache dar, dass das Programm bislang noch zu wenig bei den Ursachen für die Entwaldung ansetzt, sondern hauptsächlich auf die Möglichkeit zur Emissionsvermeidung und deren Finanzierung ausgerichtet ist (vgl. FERN 2010). Dies wurde bei den Warschauer Gesprächen erstmals angesprochen. In diesem Zusammenhang wurde auf mögliche Anreize aus nicht kohlenstoffbasierten Leistungen wie dem Erhalt von Biodiversität oder der Bekämpfung von Armut hingewiesen. Anders als beispielsweise bei FLEGT werden die Verträge bei REDD+ meist multilateral geschlossen. Hier besteht die Gefahr, dass während des gesamten Prozesses die Transparenz der Verträge und der Zahlungen nicht mehr gewährleistet werden kann. Zudem kam es in bisherigen Vertragsabschlüssen zum Teil dazu, dass die ansässige Bevölkerung wenig oder überhaupt nicht in den Prozess miteinbezogen wurde. Indigene Bevölkerungsgruppen sollen durch die vereinbarten Schutzmechanismen abgesichert werden. Im Falle der durch REDD+ vereinbarten Safeguards sind zwar internationale Standards und Prinzipien geschaffen worden, deren Umsetzung wird aufgrund des freiwilligen Charakters der REDD-Aktivitäten jedoch hauptsächlich in Leitlinien und Empfehlungen festgeschrieben (vgl. Kant et al. 2011). Berichte über deren Einhaltung sind bisher nicht gesetzlich vorgeschrieben und daher wenig kontrollierbar. Infolge dessen verläuft der REDD+-Prozess oft zu Lasten der Kleinbauern und der lokalen Bevölkerung, die die Wälder schon in der Vergangenheit auf nachhaltige Weise genutzt

Abb. 2
Palmölproduktion 2012



Änderung der Produktion 2000 – 2012



Quelle: FAO Stat (2013).

hatten. Dadurch, dass Zahlungen meist an die Regierungen von Ländern und Regionen gehen, profitieren lokale Bevölkerungsgruppen intakter Wälder zudem meist nicht von den Zahlungen, und oftmals wird der Bevölkerung durch von der Regierung aufgesetzte Verträge das Recht

auf Nutzung ihrer angestammten Lebensräume abgesprochen (vgl. CBD 2011). In einigen Fällen wird die Waldbevölkerung sogar selbst für die Abholzung verantwortlich gemacht. Dies kann letzten Endes zu einer weiteren Abnahme der Akzeptanz der Aktivitäten führen.

Die Meinungen bezüglich REDD+ gehen seit jeher zum Teil stark auseinander. Einerseits kann diese Maßnahme einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz und Schutz der Wälder leisten. Von anderer Seite wird aufgrund der schleppenden Verhandlungen und der unklaren Finanzierungssituation nicht mehr mit durchschlagenden Ergebnissen gerechnet (vgl. Maráz und Fatheuer 2013). Der zukünftige Erfolg von REDD+ hängt unter anderem von den Erkenntnissen aus der ersten Phase des Prozesses und den daraus abgeleiteten weiteren Schritten ab. Erfahrungen aus anderen Programmen (wie z.B. FLEGT) können dabei helfen, den Waldschutz an den Ursachen für die Entwaldung auszurichten und mit bilateralen Verträgen sowie ausreichender Transparenz zu unterstützen. Besonders die Miteinbeziehung weiterer Maßnahmen in den Waldschutz kann zusätzliche Anreize für die ergebnisorientierten Zahlungen bilden. In den kommenden Klimaverhandlungen soll Ende des Jahres in Lima weiter über die konkreten Inhalte von Safeguards verhandelt werden.

Literatur

Bader, M.F.K., S. Leuzinger, S.K. Keel, R.T.W. Siegwolf, F. Hagedorn, P. Schleppi und C. Körner (2013), »Central European hardwood trees in a high-CO₂ future: synthesis of an 8-year forest canopy CO₂ enrichment project«, *Journal of Ecology* 101(6), 1509–1519.

CBD – Convention on Biological Diversity (2011), *REDD-plus and Biodiversity*, CBD Technical Series No. 59, online verfügbar unter: <https://www.cbd.int/doc/publications/cbd-ts-59-en.pdf>.

European Commission (2014), *FLEGT Voluntary Partnership Agreements (VPAs)*, online verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/environment/forests/flegt.htm>.

Fatheuer, Th. (2013), »Doch noch ein Hoffnungsschimmer? REDD+ Paket in Warschau verabschiedet«, *Klima der Gerechtigkeit*, online verfügbar unter: <http://klima-der-gerechtigkeit.boellblog.org/2013/12/03/doch-ein-hoffnungsschimmer-redd-paket-in-warschau-verabschiedet/>.

FERN (2010), »Lessons learned from FLEGT for REDD – Why ignoring key lessons from initiatives to control illegal logging will lead REDD to a dead-end«, online verfügbar unter: http://www.fern.org/sites/fern.org/files/Lessons%20from%20FLEGT%20summary_internet.pdf.

Förster, J. (2013), »Einigung bei REDD+ Verhandlungen in Warschau«, online verfügbar unter: <http://www.scilogs.de/umweltforsch/einigung-bei-redd-verhandlungen-in-warschau/>.

Heinrich Böll Stiftung (2013a), »Brasilien: Naturschutz durch Handel mit Zertifikaten?«, online verfügbar unter: <http://www.boell.de/de/oekologie/lateinamerika-brasilien-umweltpolitik-bolsa-verde-16415.html>.

Heinrich Böll Stiftung (2013b), »Nach der COP 19 in Warschau: Schachmatt für die internationale Klimapolitik«, online verfügbar unter: <http://www.boell.de/de/2013/12/10/after-cop-19-warsaw-checkmate-international-climate-politics>.

Herold, M., L. Verchot, A. Angelsen, D. Maniatis und S. Bauch (2012), *A step-wise framework for setting REDD+ forest reference emission levels and forest reverence levels*, CIFOR Infobriefs 52, online verfügbar unter: http://www.cifor.org/publications/pdf_files/Infobrief/3788-infobrief.pdf.

Kant, P., S. Chaliha W. Shuirong (2011), »The REDD Safeguards of Cancun«, IGREC Working Paper, online verfügbar unter: http://igrec.in/The_REDD_Safeguards_of_Cancun.pdf.

KfW Entwicklungsbank (2012), »REDD – Q&A Juni 2012«, REDD Fachdialog 4, online verfügbar unter: <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/migration/Entwicklungsbank-Startseite/Entwicklungsfinanzierung/Sektoren/Naturressourcen-und-Tropenwald/REDD-Fachdialog-4-Fragen-und-Antworten.pdf>.

Maráz, L. und Th. Fatheuer (2013), »Wald/142: REDD Plus – Um den heißen Brei verhandelt«, *Forum Umwelt & Entwicklung – Rundbrief 4*, online verfügbar unter: <http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uiwa0142.html>.

Meridian Institute (2011), »Guidelines for REDD+ Reference Levels«, online verfügbar unter: <http://www.redd-oar.org/links/REDD+RL.pdf>.

Misereor (2011), »REDD Plus – Internationaler Waldschutz für den Menschen?«, Misereor Positionspapier, online verfügbar unter: http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Positionspapier_REDD.pdf.

Van der Werf, G. R., D.C. Morton, R.S. DeFries, J.G.J. Olivier, P.S. Kasibhatla, R.B. Jackson, C.J. Collatz und J.T. Randerson (2009), »CO₂ emissions from forest loss«, *Nature Geoscience* (2), 737–738.

Wils, S. (2011), »REDDplus: Waldschutz oder Kohlenstoffmarkt?«, online verfügbar unter: <http://klimaschutz-netz.de/index.php/erde-und-mensch/klimaschutz-und-technik/176-reddplus-waldschutz-oder-kohlenstoffmarkt>.

ifo Dresden Studien

- 50 *Sächsischer Technologiebericht 2009.*
Von J. Ragnitz, H. Schmalholz, B. Ziegenbalg, B. Gehrke, U. Schasse. 426 S. 2010. € 15,-
- 51 *Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Fortschritte im Osten Deutschlands 1998–2008.*
Von J. Ragnitz, S. Scharfe, B. Schirwitz. 74 S. 2009. € 15,-
- 52 *Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Ausgabenstruktur künftiger Haushalte.*
Von J. Ragnitz, H. Seitz. 240 S. 2010. € 15,-
- 53 *Methodenexpertise zur Analyse der Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Wirtschaft im Land Brandenburg.*
Von J. Ragnitz, S. Arent, W. Nierhaus, B. Schirwitz, J. Steinbrecher, G. Vogt, B. Ziegenbalg. 117 S. 2010. € 15,-
- 54 *Wachstumsperspektiven und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen für Sachsen-Anhalt.*
Von J. Ragnitz, S. Arent, J. Steinbrecher, B. Ziegenbalg. 159 S. 2010. € 15,-
- 55 *Fiskalische Einsparpotenziale durch die Kreisstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern.*
Von J. Ragnitz, J. Steinbrecher, C. Thater. 60 S. 2010. € 15,-
- 56 *Öffentliche Abgaben als Belastungsfaktoren der Unternehmen – dargestellt am Beispiel der Region Leipzig.*
Von A. Montén, J. Ragnitz, Chr. Thater. 280 S. 2010. € 25,-
- 57 *Langfristige Prognose der Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025.*
Von J. Steinbrecher, Chr. Thater, M. Thum. 60 S. 2010. € 15,-
- 58 *Haushaltskonsolidierung, Infrastruktur und Standortwettbewerb.*
Von A. Eck, J. Ragnitz, J. Steinbrecher, Chr. Thater. 114 S. 2011. € 15,-
- 59 *Wirtschaftliche Entwicklung Sachsens im Ländervergleich: Bestandsaufnahme und Perspektiven.*
Von S. Arent, A. Eck, O. Krohmer, R. Lehmann, W. Nagl, J. Ragnitz, M. Thum. 142 S. 2011. € 15,-
- 60 *Evaluierung des aktuellen Standes und der Potenziale der Industriellen Biotechnologie im Freistaat Sachsen.*
Von A. Ballin, K. Baum, J. Freitag. 246 S. 2011. € 20,-
- 61 *Einkommensentwicklung im Freistaat Sachsen.*
Von S. Arent, W. Nagl, J. Ragnitz. 122 S. 2011. € 15,-
- 62 *Finanzierungserfordernisse des sächsischen Handwerks: gegenwärtige Situation, Perspektiven und wirtschaftliche Implikationen.*
Von J. Ragnitz, J. Steinbrecher. 220 S. 2011. € 20,-
- 63 *Auswirkungen veränderter Transferzahlungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Länder.*
Von M. Kloß, R. Lehmann, J. Ragnitz, G. Untiedt, O. Fiala. 100 S. 2012. € 15,-
- 64 *Wachstum und Beschäftigung am Wirtschaftsstandort Dresden.*
Von J. Kluge, A. Montén, W. Nagl, B. Schirwitz, M. Thum. 60 S. 2012. € 15,-
- 65 *Wirtschaftliche Verflechtungen im Grenzraum Sachsen – Böhmen – Niederschlesien.*
Von R. Lehmann, J. Steinbrecher, M. Thum. 146 S. 2012. € 15,-
- 66 *Analyse der Selbstfinanzierungsquote von staatlichen Förderprogrammen.*
Von M. Kloß, O. Krohmer, J. Ragnitz. 134 S. 2012. € 15,-
- 67 *Evaluation der Zukunftsfestigkeit des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen.*
Von A. Eck, J. Ragnitz, J. Steinbrecher, Chr. Thater. 130 S. 2012. € 15,-
- 68 *Bildungsland Sachsen – Eine Zukunftsinvestition für Deutschland.*
Von S. Arent, W. Nagl, J. Ragnitz. 100 S. 2013. € 15,-
- 69 *Ausgestaltung eines neuen EFRE-Förderinstruments Innovationszulage.*
Von J. Kloos, O. Krohmer, Chr. Ochsner, J. Ragnitz, C. Rauch und M. Schulte. 60 S. 2013. € 15,-
- 70 *Bedarf an berufsschulischen Einrichtungen im Direktionsbezirk Dresden.*
Von J. Kluge, J. Ragnitz und J. Steinbrecher. 120 S. 2013. € 15,-

ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

- 43 *The Role of Public Procurement in Innovation: Theory and Empirical Evidence.*
Von S. Wiederhold. 231 S. 2012. € 25,-
- 44 *Three Empirical Essays on the Long-run Consequences of Early-life Living Conditions.*
Von S. Neelsen. 84 S. 2012. € 18,-
- 45 *Determinants of Firm Innovation – Evidence from German Panel Data.*
Von S. Kipar. 156 S. 2012. € 23,-
- 46 *Human Capital, Technology Diffusion and Economic Growth – Evidence from Prussian Census Data.*
Von E. Hornung. 200 S. 2012. € 20,-
- 47 *Business Fluctuations, Job Flows and Trade Unions. Dynamics in the Economy.*
Von B. Schirwitz. 185 S. 2013. € 23,-
- 48 *Gravity Model Applications and Macroeconomic Perspectives. Five Empirical Essays in International Economics.*
Von J.K. Gröschl, 204 S. 2013. € 20,-
- 49 *Trade Climate Policy and Carbon Leakage: Theory and Empirical Evidence.*
Von R. Aichele. 248 S. 2013. € 20,-
- 50 *Institutional Determinants of Student Achievement – Microeconomic Evidence.*
Von S. Link. 193 S. 2013. € 20,-
- 51 *Nachfrageorientierte Innovationspolitik: Bestandsaufnahme und ökonomische Bewertung.*
Von O. Falck, S. Wiederhold. 136 S. 2013. € 20,-
- 52 *Nonresponse in Business Tendency Surveys: Theoretical Discourse and Empirical Evidence.*
Von Chr. Seiler. 166 S. 2013. € 20,-
- 53 *Empirical Essays in the Economics of Ageing and the Economics of Innovation.*
Von J. Reinkowski. 141 S. 2013. € 21,-

ifo Forschungsberichte

- 54 *Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs und der Kreisstruktur in Mecklenburg-Vorpommern.* Eine finanzwissenschaftliche Analyse der Auswirkungen auf Landkreise, Städte und Gemeinden.
Von T. Büttner, P. Enß, N. Fabritz, B. Kauder, J. Meya, R. Schwager. 198 S. 2011. € 20,-
- 55 *Konstruktion von Indikatoren zur Analyse der wirtschaftlichen Aktivität in den Dienstleistungsbereichen.*
Von K. Wohlrabe. 245 S. 2011. € 25,-
- 56 *Der Beitrag des öffentlichen Sektors zur Wertschöpfung: Messprobleme und Lösungsansätze.*
Von T. Büttner, R. Fenge, O. Röhn, T. Strobel. 75 S. 2012. € 18,-
- 57 *Die Zukunft der Energiemärkte.* Ökonomische Analyse und Bewertung von Potenzialen und Handlungsmöglichkeiten.
Von K. Pittel, W. Buchholz, U. Triebswetter u.a. 332 S. 2012. € 25,-
- 58 *Finanzwissenschaftliche Begutachtung des kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz.*
Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz.
Von Th. Büttner, A. Ebertz, B. Kauder und M. Reischmann. 417 S. 2013. € 29,-
- 59 *Kinderbetreuung.*
Von H. Rainer, S. Bauernschuster, W. Auer, N. Danzer, T. Hener, Chr. Holzner, J. Reinkowski u.a. 264 S. 2013. € 25,-
- 60 *Kindergeld.*
Von H. Rainer, S. Bauernschuster, T. Hener, N. Danzer, Chr. Holzner, J. Reinkowski. 188 S. 2013. € 25,-
- 61 *Koordination von Innovations-, Energie- und Umweltpolitik.*
Von T. Rave, U. Triebswetter, J. Wackerbauer. 301 S. 2013. € 25,-
- 62 *Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA.*
Von G. Felbermayr, M. Larch, L. Flach, E. Yalcin, S. Benz und F. Krüger. 164 S. 2013. € 23,-
- 63 *Evaluierung der Beschäftigungseffekte der Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland (Hermesdeckungen).*
Von G. Felbermayr, E. Yalcin und I. Heiland. 107 S. 2013. € 20,-

ifo Institut

im Internet:

<http://www.cesifo-group.de>

